

**DIE EIGENTUMSLEHRE
IN DER NATIONALÖKONOMIE**

Inaugural-Dissertation
zur Erlangung der Doktorwürde
einer Hohen Staatswirtschaftlichen Fakultät
der Ludwig-Maximilians-Universität
zu München

vorgelegt von
Eva-Maria Monski

1967



Digitized by the Internet Archive
in 2026

**DIE EIGENTUMSLEHRE
IN DER NATIONALÖKONOMIE**



**Inaugural-Dissertation
zur Erlangung der Doktorwürde
einer Hohen Staatswirtschaftlichen Fakultät
der Ludwig-Maximilians-Universität
zu München**

**vorgelegt von
Eva-Maria Monski**

1967

DEE EIGENTONNIGHEIT
IN DER NATIONAALGEMEINTE



De Eerste Afdeeling
van de Koninklijke Bibliotheek
in Leiden

1867

Referent:

Prof. Dr. B. Pfister

Korreferent:

Prof. Dr. W. Mahr

Tag der mündlichen Prüfung:

18.12.1967

INHALTSVERZEICHNIS

Seite

A.	Einführung	10
I.	Die Institution des Eigentums als Gegenstand der Nationalökonomie	10
1.	Die Institution als Datum des Wirtschaftsprozesses	10
2.	Die Institutionen Individualeigentum und Gemeineigentum	11
II.	Der Begriff des Eigentums	12
1.	Der rechtliche Gegenstand des Eigentums und seine Annäherung an die ökonomische Wirklichkeit	12
2.	Die rechtlichen Befugnisse des Eigentums und ihre Annäherung an die ökonomische Wirklichkeit	16
B.	Die Eigentumslehre der Physiokraten und der Klassiker	20
I.	Die naturrechtlichen Eigentumslehren	22
1.	Die Eigentumslehre bei John Locke	22
2.	Die Eigentumslehre bei den Physiokraten	23
3.	Die Eigentumslehre bei Adam Smith	24
II.	Die utilitaristischen Eigentumslehren	26
1.	Die Eigentumslehre bei David Hume	26
2.	Die Eigentumslehre bei David Ricardo	28
3.	Die Eigentumslehre bei McCulloch	29
4.	Die Eigentumslehre bei John Stuart Mill	30
C.	Die Eigentumslehre der historischen Schule	32
I.	Die Eigentumslehre der älteren historischen Schule	34
1.	Die Eigentumslehre bei Karl Knies	34
2.	Die Eigentumslehre bei Wilhelm Arnold und Burkhard Leist	35
II.	Die Eigentumslehre der jüngeren historischen Schule	37
1.	Die Eigentumslehre bei Gustav Schmoller	37
2.	Die Eigentumslehre bei Werner Sombart	39

	Seite
D. Die Eigentumslehre der sozialrechtlichen Schule	42
I. Die deutsche sozialrechtliche Schule	43
1. Die Eigentumslehre bei Rudolf Stammeler	43
2. Die Eigentumslehre bei Karl Diehl	44
II. Die amerikanische sozialrechtliche Schule	46
1. Die Eigentumslehre bei John R. Commons	46
2. Der Eigentumsbegriff in der amerikanischen Recht- sprechung	48
E. Die Eigentumslehre des Sozialismus	49
I. Die Kritik der Eigentumsverteilung	51
1. Die Eigentumslehre bei J. L. Sismonde de Sismondi	51
2. Die Eigentumslehre bei Adolph Wagner und Albert Schäffle	52
3. Die Eigentumslehre bei Franz Oppenheimer	54
II. Die Änderung des Privateigentums durch Änderung der Wirtschaftsordnung	57
1. Die Eigentumslehre der Saint-Simonisten	57
2. Die Eigentumslehre bei P. J. Proudhon	58
3. Die Eigentumslehre bei Johann Gottlieb Fichte	60
4. Die Eigentumslehre bei Karl Renner	62
III. Die Änderung des Privateigentums durch Änderung der rechtlichen Norm	64
1. Die Eigentumslehre bei Joseph Schumpeter	64
2. Die Eigentumslehre bei Karl Marx	66
IV. Die Änderung des Privateigentums durch Änderung der Wirtschaftsordnung und der rechtlichen Norm	71
1. Die Eigentumslehre bei Carl Rodbertus und Ferdinand Lassalle	71
2. Die Eigentumslehre bei Anton Menger	72
V. Die Eigentumslehre des freiheitlichen Sozialismus	73
1. Die Rechtfertigung des Privateigentums	73
2. Die Forderung einer gleichmäßigeren Eigentums- verteilung	76

	Seite
3. Die Forderung der Mitbestimmung	78
F. Die Eigentumslehre des Neoliberalismus	80
I. Die Wirkungen des Privateigentums	82
1. Die Antriebswirkungen	82
2. Die Steuerungswirkungen	85
II. Die Interdependenz zwischen Eigentumsordnung und Wirtschaftsordnung	87
1. Der Einfluß der Marktformen	87
2. Der Einfluß der staatlichen Planung	89
III. Die Politik der Eigentums- und Vermögensverteilung . . .	92
1. Die Ablehnung der direkten Umverteilung von Eigentum und Vermögen	92
2. Einkommensverteilung und Vermögensverteilung . . .	95
3. Einkommensverwendung und Vermögensverteilung . . .	97
4. Die Ablehnung der Mitbestimmung	98

A. Einführung

Bevor die Eigentumslehre in den verschiedenen Richtungen der Nationalökonomie untersucht wird, soll die Frage gestellt werden, welche grundsätzlichen Beziehungen zwischen der Institution des Eigentums und der Nationalökonomie bestehen. Der Begriff des Eigentums soll in einem allgemeinen Überblick dargestellt werden.

I. Die Institution des Eigentums als Gegenstand der Nationalökonomie

1. Die Institution als Datum des Wirtschaftsprozesses

Die **Institution** des Eigentums als Bestandteil des objektiven Rechts gehört in den Bereich der Rechtsordnung. Diese ist kein wirtschaftliches Gut. In dem Streit, ob die Rechtsordnung als wirtschaftliches Gut zu gelten habe, wurde von E. Böhm-Bawerk betont, daß die Rechtsordnung **kein** Gegenstand der Wirtschaft sei.¹⁾ Damit erhebt sich die Frage, welche Beziehung zwischen der Institution des Eigentums und der Nationalökonomie besteht. Wenn die Institution des Eigentums auch nicht Gegenstand der Wirtschaft ist, so vollzieht sich doch die Wirtschaft im Rahmen einer staatlichen Ordnung und damit einer bestimmten rechtlichen Organisation. Die rechtliche Organisation und die durch sie fixierte Eigentumsordnung sind ein **Datum** des Wirtschaftsprozesses. W. Eucken hat auf den „gesamtwirtschaftlichen Datenkranz“ hingewiesen, der aus sechs Daten oder Datengruppen besteht. Die Institution des Eigentums gehört in die sechste Datengruppe, in die „rechtliche und soziale Ordnung, die den Handlungen der Wirtschaftssubjekte Richtung geben kann und Grenzen setzt“.²⁾ Zerlegt man, wie N. Kloten vorschlägt, die sechste Datengruppe in seine Bestandteile, so stößt man auf die Teile Eigentumsordnung und Wirtschaftsordnung.³⁾ W. Eucken hat die „Interdependenz der Teilordnungen“ hervorgehoben, so auch die Interdependenz von Eigentumsordnung und Wirtschaftsordnung.⁴⁾ Aus dieser Wechselwirkung ergibt sich die große Bedeutung der Institution des Eigentums für die Nationalökonomie. Die Institution des Eigentums

¹⁾ Vgl. E. Böhm-Bawerk, Rechte und Verhältnisse vom Standpunkt der volkswirtschaftlichen Güterlehre, in: F. X. Weiss (Hrsg.), Gesammelte Schriften von Eugen von Böhm-Bawerk, Wien und Leipzig 1924, Seite 28 ff.

²⁾ Vgl. W. Eucken, Grundsätze der Wirtschaftspolitik, Bern/Tübingen, 1952, S. 377

³⁾ Vgl. N. Kloten, Das Eigentum in der Wirtschaftsordnung, in: Hamburgisches Weltwirtschafts-Archiv (Hrsg.), Wirtschaftsdienst 35 (1955), S. 79, Anm. 21

⁴⁾ Zum Begriff „Wirtschaftsordnung“: Die Wirtschaftsordnung ist „die Gesamtheit der realisierten Formen, in denen in concreto jeweils der alltägliche Wirtschaftprozeß abläuft“. (W. Eucken, Grundlagen der Nationalökonomie, 7. Aufl., Berlin Göttingen Heidelberg, 1959, S. 238)

hat einen bestimmenden Einfluß auf die Wirtschaftsordnung. „Hat sich der Gesetzgeber für ein wirtschaftspolitisches Ordnungssystem entschieden, so gewinnen die Organisationsprinzipien dieser Wirtschaftsordnung den Charakter von Rechtssätzen“.¹⁾ Die Institution des Eigentums ist ein solches Organisationsprinzip. Wird dieses Organisationsprinzip gar mit dem Rang des Verfassungsrechts bekleidet, so wird die Institution zum „wirtschaftsverfassungsrechtlichen Grundprinzip“.²⁾

2. Die Institutionen

Individualeigentum und Gemeineigentum

Hinsichtlich der **Eigentumsträger** unterscheidet H. Conrad zwischen Individual- und Gemeineigentum. Das Gemeineigentum wird dargestellt als ein Ergebnis der Sozialisierung, die lebenswichtige Güter (Boden, Naturschätze, Produktionsmittel) der privaten Nutzung entziehe und dem Staat oder einem sonstigen Sozialträger zur Nutzung zuweise.³⁾ Ähnlich ist die Einteilung bei N. Kloten. Stehe die Verfügungsmacht einzelnen Mitgliedern (natürlichen oder juristischen Personen) eines Gemeinwesens zu, so haben wir es mit der Institution des Privateigentums zu tun. Die Institution des Gemeineigentums dagegen sei dann gegeben, wenn die Verfügungsmacht bei einer oder mehreren öffentlich-rechtlichen Gesamtheiten, Gebietskörperschaften oder Interessenverbänden liege.⁴⁾ In einer konkreten Gesellschaftsordnung können sowohl Privateigentum als auch Gemeineigentum vorkommen. B. Molitor verwirft aus methodischen Gründen die Unterscheidung zwischen Privateigentum und Gemeineigentum. Bei einem Großunternehmen, wo die Anteilseigner Kapitalgesellschaften seien, und beim Eigentum, das durch öffentliche Träger repräsentiert werde, könnten die soziologischen Probleme gleichgelagert sein. Daher wird die Einteilung von Ferdinand Tönnies bevorzugt, der zwischen individuellem, gemeinschaftlichem und gesellschaftlichem Eigentum unterscheidet. Der Begriff des gesellschaft-

¹⁾ E. J. Mestmäcker, Verwaltung, Konzerngewalt und Rechte der Aktionäre, Karlsruhe 1958, S. 23

²⁾ Vgl. H. C. Nipperdey, Soziale Marktwirtschaft und Grundgesetz, Köln. Berlin. München. Bonn, 1961, S. 14

Zum Begriff „Wirtschaftsverfassung“: „Wirtschaftsverfassung . . . ist . . . der auf die Wirtschaft als Sach- und Funktionszusammenhang bezogene Teil . . . der Staatsverfassung und Staatsordnung“. (H. F. Zacher, Aufgaben einer Theorie der Wirtschaftsverfassung, in: Wirtschaftsordnung und Rechtsordnung, Festschrift zum 70. Geburtstag von Franz Böhm, Karlsruhe 1965, S. 75

³⁾ Vgl. H. Conrad, Eigentum II Begriff und Arten, in: Görres-Gesellschaft (Hrsg.), Staatslexikon Recht Wirtschaft und Gesellschaft, 2. Bd., 6. Aufl., Freiburg 1958, Sp. 1066

⁴⁾ Vgl. N. Kloten, Das Eigentum und die Wirtschaftsordnung, S. 76

lichen Eigentums umfaßt danach auch Personal- und Kapitalgesellschaften, Genossenschaften, Stiftungen und Körperschaften.^{1) 2)}

II. Der Begriff des Eigentums

1. Der rechtliche Gegenstand des Eigentums und seine Annäherung an die ökonomische Wirklichkeit

Der Begriff des Eigentums ist zunächst ein Rechtsbegriff. Das wird deutlich bei Erörterungen über die technisch-juristische Entwicklung des „subjektiven Rechts“ und deren Anwendungen auf das Eigentum.³⁾ Die Lehre vom subjektiven Recht betont, daß Verfügungsgewalt und Nutzungsgewalt hinsichtlich einer bestimmten Rechtsposition, hier des Eigentums, dem einzelnen kraft der Rechtsordnung übertragen sind. Daraus folgt, daß dem Rechtsbegriff des Eigentums ein ökonomischer Tatbestand zugrunde liegt. Das Verhältnis des Menschen zu den Dingen, die er braucht, um seine Bedürfnisse zu befriedigen. Die Nationalökonomie nennt sie Güter.⁴⁾

¹⁾ B. Molitor, Eigentum (I) Soziologie des Eigentums, in: Handwörterbuch der Sozialwissenschaften, 3. Bd. Göttingen 1961, S. 35

²⁾ Der Begriff des „gesellschaftlichen Eigentums“ ist von L. Mises analysiert und kritisiert worden. Die Sozialisten der marxistischen Schule bezeichnen das sozialistische Gemeinwesen als die „Gesellschaft“ und nennen die Überführung der Produktionsmittel in die ausschließliche Verfügungsgewalt des Gemeinwesens „Vergesellschaftung“ der Produktionsmittel. Mises weist darauf hin, daß die Redeweise, welche von der „Gesellschaft“ spreche, den Zweck verfolge, den Ausdruck „Staat“ zu vermeiden. (L. Mises, Die Gemeinwirtschaft, 2. Aufl., Jena 1932, S. 107 f.) – Auch Nell-Breuning zeigt, daß die ursprüngliche Forderung, die hinter dem Begriff des gesellschaftlichen Eigentums stehe, nämlich den nach Marx zum Absterben verurteilten Staat nicht zum Eigentumsträger zu machen, unvollziehbar sei. Die Forderung sei ein Bestandteil der eschatologischen Utopie des Marxismus, aber kein Gegenstand praktischer Politik. (Vgl. O. V. Nell-Breuning, Sozialisierung, in: Görres-Gesellschaft (Hrsg.), Staatslexikon Recht Wirtschaft und Gesellschaft, 7. Bd., 6. Aufl., Freiburg 1962, Sp. 296)

³⁾ Vgl. H. Coing, Zur Geschichte des Begriffs „subjektives Recht“, in: H. Dölle (Hrsg.), Das subjektive Recht und der Rechtsschutz der Persönlichkeit, Schriftenreihe der Gesellschaft für Rechtsvergleichung Hamburg, Frankfurt und Berlin 1959, S. 7 - 23.

⁴⁾ Carl Menger bezeichnete die Dinge, welche geeignet sind, der Befriedigung menschlicher Bedürfnisse zu dienen, nur als „Nützlichkeiten“. Erst der Umstand, daß wir es „... in unserer Macht haben, die ... Dinge zur Befriedigung unserer Bedürfnisse tatsächlich heranzuziehen“, mache sie zu Gütern. Die Verfügungsgewalt über das Ding ist also eine Voraussetzung für die Gutsqualität. (C. Menger, in: F. A. v. Hayek, Carl Menger Gesamelte Werke, 1. Bd., Grundsätze der Volkswirtschaftslehre 2. Aufl. 1871 Tübingen 1968, S. 2 f.

Allerdings erhebt sich die Frage, welcher Art diese Güter sind. Ist der Begriff „Gut“ nur auf Sachgüter anwendbar oder auch auf ökonomische Güter? E. Preiser betont, daß der ökonomische Hintergrund des Rechtsbegriffs Eigentum die Tatsache ist, „daß Wirtschaftssubjekte ökonomische Güter besitzen, einen Bestand von Wertdingen, der nicht nur ‘Sachen’ im Sinne des BGB umschließt, sondern auch Beteiligungen, Forderungen, Rechte aller Art und schließlich sogar so merkwürdige Dinge wie kapitalisierte Erträge aus marktmäßigen Machtpositionen“. E. Preiser nennt diesen Bestand „Vermögen“. ¹⁾ Ähnlich bezeichnete C. Menger „die Gesamtheit der einem wirtschaftenden Subjekt verfügbaren ökonomischen Güter“ als sein Vermögen“. ²⁾ Daraus folgt, daß es um die Verfügungsgewalt über Güter im weitesten Sinne geht. Der für die ökonomische Problematik entscheidende Begriff ist nicht das Eigentum, sondern das Vermögen. Vom juristischen Standpunkt aus betrachtet, bleiben allerdings Eigentum und Vermögen streng getrennt. R. Stammler betont: „Der Begriff des Vermögens deckt sich in keiner Weise mit dem vom Eigentum“. ³⁾ Das deutsche Zivilrecht begrenzt demnach im Bürgerlichen Gesetzbuch von 1896 in § 903 den Gegenstand, auf den sich das Eigentumsrecht beziehen kann. Der § 903 kennt das Eigentum nur als dingliches Recht an körperlichen Sachen (Grundstücken und Fahrnis). Es gibt kein Eigentum an sonstigen materiellen oder immateriellen Gütern, etwa ein Eigentum an Unternehmen, an Naturkräften, an Erfindungen, künstlerischen oder literarischen Schöpfungen. ⁴⁾ Doch schon der von der Verfassungsgarantie gemeinte Eigentumsbegriff ist so weit zu ziehen, daß er, wie Raiser angibt, „alle einer Person zustehenden privaten . . . Vermögensrechte umfaßt“. ⁵⁾ G. Dürig legt dar, wie der Art. 153 der Weimarer Verfassung zunächst noch den Eigentumsbegriff des Bürgerlichen Gesetzbuches voraussetzte, also unter Eigentum nur das Sacheigentum verstand. Aber unter der Führung von Martin Wolff, dem sich das Reichsgericht in der Rechtssprechung anschloß, wurde dann der verfassungsrechtliche Eigentumsbegriff auf alle subjektiven Privatrechte einschließlich der Forderungsrechte erweitert. Das Grundgesetz habe diese „geronnene Judikatur“ vorgefunden und aufgenommen. Infolgedessen erwäge heute niemand mehr eine Rückkehr zu einem nur auf Sachen beschränkten Eigentumsbegriff. Zum Eigentum im Sinne des Art. 14 Grundgesetz rechnen daher außer dem Sacheigentum die dinglichen Rechte, der Besitz, Immaterialgüterrechte („geistiges Eigentum“), Forderungen, vermögenswerte Mitgliedschaftsrech-

¹⁾ Erich Preiser, Theoretische Grundlagen der Vermögenspolitik, in: Wirtschaftspolitik heute, Grundprobleme der Marktwirtschaft, München 1967, S. 189 f.

²⁾ Carl Menger, Gesammelte Werke, 1. Bd. Grundsätze der Volkswirtschaftslehre, S. 70

³⁾ R. Stammler, Eigentum und Besitz, in: Handwörterbuch der Sozialwissenschaften, 3. Bd. 2. Aufl., Jena 1900 S. 295

⁴⁾ Vgl. L. Raiser, Eigentum (II) Eigentumsrecht, in: Handwörterbuch der Sozialwissenschaften, 3. Bd., Göttingen 1961, S. 41

⁵⁾ Vgl. L. Raiser, Eigentum (II) Eigentumsrecht, S. 41

te usw., kurz alle redlich erworbenen privaten **Vermögensrechte**.¹⁾ Auch die Eigentumssoziologie kann die Abgrenzung nach dem Gegenstand nicht auf das dingliche Recht an Sachen im Sinne des Privatrechts beschränkt sehen. Hier werden Eigentum und Vermögen gleichgesetzt.⁴⁾ Ebenso verfährt die Sozialphilosophie des Eigentums. Auch hier reicht der privatrechtliche Eigentumsbegriff nicht mehr aus. In diesem Zusammenhang gilt als Eigentum alles, was „Vermögen“ ist.³⁾

Um im Eigentumsbegriff eine Annäherung an die wirtschaftliche Wirklichkeit zu erreichen, wird von Nationalökonomern neben dem juristischen Eigentum das ökonomische Eigentum genannt. So unterscheidet E. Schneider zwischen dem juristischen Eigentümer und dem wirtschaftlichen Eigentümer. In einer Wirtschaft mit isolierten, sich selbst versorgenden Wirtschaftseinheiten seien die juristischen Eigentümer mit den wirtschaftlichen Eigentümern identisch. Bei Arbeitsteilung und Tausch dagegen können Grund und Boden und Sachgüter mit dem Vorbehalt eines Vermögensanspruches den juristischen Eigentümer wechseln. Von diesem Augenblick an liege über dem Realvermögen der Volkswirtschaft ein Netz von Forderungen und Kreditbeziehungen.⁴⁾ Das Auseinanderfallen von juristischem Eigentum und wirtschaftlichen Eigentum wird zur *conditio sine qua non* einer modernen Kreditwirtschaft. Wie A. Hahn bemerkt, ist unter einer Kreditwirtschaft nichts anderes zu verstehen, als eben die Tatsache, daß „die Inhaber der tatsächlichen Gewalt und des juristischen Eigentums an den Gütern mit denjenigen Personen, denen die Güter in letzter Linie zukommen, nicht identisch sind.“⁵⁾ Ebenso meint H. Höpker-Aschoff: „Kreditbeziehungen sind nur da vorhanden, wo die Güter nicht im Besitz des wahren Eigentümers sind, wo ein Schuldner die Güter besitzt (und auch das juristische Eigentum hat) und der wahre Eigentümer sich mit einer Forderung gegen den besitzenden Schuldner begnügt.“⁶⁾ Setzt man den Wert der Güter, die sich in einer Volkswirtschaft zu einem bestimmten Zeitpunkt nicht in den Händen der wirtschaftlichen Eigentümer befinden und daher nicht von ihnen unmittelbar genutzt werden, in Beziehung

1) Vgl. G. Dürig, Eigentum V Verfassungsrechtliche Eigentumsgarantien, in: Görres-Gesellschaft (Hrsg.), Staatslexikon Recht Wirtschaft und Gesellschaft, 2. Bd., 6. Aufl., Freiburg 1958, Sp. 1080

2) Vgl. B. Molitor, Eigentum (II) Soziologie des Eigentums, in: Handwörterbuch der Sozialwissenschaften, 3. Bd., Göttingen 1961, S. 34

3) Vgl. J. Höffner, Eigentum III Sozialphilosophie des Eigentums, in: Görres-Gesellschaft (Hrsg.), Staatslexikon Recht Wirtschaft und Gesellschaft, 2. Bd., 6. Aufl., Freiburg 1958 Sp. 1066

4) Vgl. Erich Schneider, Einführung in die Wirtschaftstheorie I, 12. Aufl. Tübingen 1965, S. 36 f.

5) A. Hahn, Volkswirtschaftliche Theorie des Bankkredits, 3. Aufl., Tübingen 1930, S. 56

6) H. Höpker-Aschoff, Geld und Gold, Jena 1939, S. 14

zum Wert aller Güter dieser Volkswirtschaft, so erhält man nicht nur ein Maß für den Grad der Arbeitsteilung und Marktabhängigkeit,¹⁾ sondern auch ein Maß für die Verschuldungsstruktur in volkswirtschaftlicher Sicht. Unter Berücksichtigung dieser Verschuldung sind nach E. Schneider folgende Eigentumsverhältnisse am Volksvermögen denkbar:

- a) Ein Wirtschaftssubjekt ist sowohl juristischer als auch unmittelbarer wirtschaftlicher Eigentümer von bestimmten Teilen des Realvermögens. Die Teile des Realvermögens, also die Eigentumsobjekte, können eingeteilt werden in Verbrauchs- und Gebrauchsgüter, Produktionsmittel einschließlich Grund und Boden.
- b) Ein Wirtschaftssubjekt ist Besitzer von Wertpapieren (Aktien, Obligationen, Pfandbriefen usw.) und damit unmittelbarer wirtschaftlicher Eigentümer von nicht näher bestimmten Teilen des Realvermögens.
- c) Ein Wirtschaftssubjekt ist Besitzer von Forderungen an Kreditinstitute und daher mittelbarer wirtschaftlicher Eigentümer von nicht näher bestimmten Teilen des Realvermögens.²⁾

B. Pfister bezeichnet den unter a) genannten Tatbestand, also das Zusammenfallen von juristischem und wirtschaftlichem Eigentum, als „ökonomisch direktes Eigentum“, die unter b) und c) genannten Tatbestände als „ökonomisch indirektes Eigentum“. Mit Nachdruck wird betont, daß die Fälle b) und c) eine Form des „Miteigentums“ darstellen: „Unabhängig davon, ob der Sparer Einzelheiten über Person, Betrieb, Ort des mitfinanzierten Objekts kennt oder nicht, sind alle Sparer, vertreten durch die Institute, denen sie ihre Sparbeträge übergeben, ökonomisch betrachtet, Miteigentümer. Soweit ihre Forderungen, die sie als 'indirekte Eigentümer' von Sachwerten kennzeichnen, auf Nominalwerte lauten, sind sie in hohem Maße inflationsgefährdet. Eine Sonderstellung nimmt das Sparen in der Form des Aktienkaufs ein: Die Aktie stellt einen genau benennbaren und lokalisierbaren Substanzwert dar und repräsentiert für den Eigentümer 'Miteigentum' am Unternehmen“. ³⁾ Auch E. J. Mestmäcker spricht in diesem Zusammenhang vom „Privateigentum . . . in Form der Mitgliedschaftsrechte“. ⁴⁾ Ähnlich wird in der Begründung des Regierungsentwurfs zum neuen Aktiengesetz auf die Eigentümerstellung der Aktionäre abgestellt: „Richtlinie aller aktienrechtlichen Regelungen

¹⁾ Vgl. H. v. Stackelberg, Grundlagen der theoretischen Volkswirtschaftslehre, Bern/Tübingen 1951, S. 7

²⁾ Vgl. E. Schneider, Einführung in die Wirtschaftstheorie I, S. 40

³⁾ Vgl. B. Pfister, Eigentum IV Eigentum in Gesellschaft und Wirtschaft, in: Görres-Gesellschaft (Hrsg.), Staatslexikon Recht Wirtschaft und Gesellschaft, 2. Bd., 6. Aufl., Freiburg 1958, Sp. 1075

⁴⁾ Vgl. E. J. Mestmäcker, Verwaltung, Konzerngewalt und Rechte der Aktionäre, Karlsruhe 1958, S. 22

muß . . . die Fragestellung sein, ob die einzelne Regelung der Stellung der Aktionäre als der **wirtschaftlichen Eigentümer** entspricht . . . ” ¹⁾ Interessanterweise bleibt zu erwähnen, daß die Vorstellung der Nationalökonomten von einem „Eigentum an Rechten“ dem Preußischen Allgemeinen Landrecht von 1794 nicht fremd war. In Teil I, Titel 8, § 1, ist zu lesen: „Eigentümer heißt derjenige, welcher befugt ist, über die Substanz einer Sache oder eines **Rechts** mit Ausschließung anderer aus eigener Macht durch sich selbst oder einen Dritten zu verfügen.“ Ebenso kennt das Österreichische Bürgerliche Gesetzbuch von 1811 in § 353 auch ein Eigentum an unkörperlichen Sachen und gebraucht in § 1424 den Ausdruck „Eigentümer der Forderung“. Auch war dem sächsischen und dem bayerischen Recht ein Eigentum an Forderungen nicht fremd.²⁾ Abschließend läßt sich also feststellen: Während sich der Rechtsbegriff des Eigentums in der Regel nur auf Sachgüter, also körperliche Gegenstände bezieht, muß unter ökonomischem Aspekt unter Eigentum „die in der Rechtsordnung verankerte Verfügungsmacht über materielle und immaterielle Güter“ verstanden werden.³⁾

2. Die rechtlichen Befugnisse des Eigentums und ihre Annäherung an die ökonomische Wirklichkeit

Hinsichtlich der Befugnisse, die das Eigentumsrecht in § 903 des Deutschen Bürgerlichen Gesetzbuches gewährt, fällt auf, daß der Gesetzgeber die Befugnisse nicht aufzählt, sondern sich auf die Formulierung „mit der Sache nach Belieben verfahren und andere von jeder Einwirkung ausschließen“ beschränkt. Der Mangel der Aufzählung mag seinen Grund in der Anschauung haben, daß das Eigentum durch Zergliederung der Befugnisse und anschließender Summierung nicht erschöpft werde, sondern vielmehr als ein ganzes ungeteiltes Recht zu nehmen sei. Wenn man doch eine Aufzählung angeben will, so beinhaltet die Formulierung „mit der Sache nach Belieben verfahren“ die Befugnisse, auf diese **tatsächlich** durch Benutzung, Verbrauch oder Zerstörung oder **rechtlich** durch Veräußerung oder Belastung einzuwirken.⁴⁾ Man hat diese Befugnisse auch als den „positiven Eigentumskern“ bezeichnet.⁵⁾ Ökonomisch betrachtet lassen sich die Befugnisse auf eine abgekürzte Formel bringen: Verfügungs- und Nutzungsbefugnisse. In der Eigentumssoziologie werden daran anknüpfend entsprechende Funktionen des Eigentums abgeleitet. So die Dispositionsfunktion, die nicht nur die Verfügung über den Gegenstand als solchen beinhaltet; sondern auch die faktischen sozialen Kontrollmöglichkeiten, die damit verknüpft sein können. Ferner die Sekuritäts- und Einkommensfunktion, die die Chance liefert, Vermögensteile zur Einkommensbeschaffung zu veräußern oder

1) Vgl. Regierungsentwurf eines Aktiengesetzes und eines Einführungsgesetzes zum Aktiengesetz, Deutscher Bundestag, 4. Wahlperiode, Drucksache Nr. IV/171, S. 92 f.

2) Vgl. W. Kuhla, Eigentum an Forderungen, Diss. Marburg 1934, S. 10

3) Vgl. N. Kloten, Das Eigentum in der Wirtschaftsordnung, S. 76

4) Vgl. H. Conrad, Eigentum II Begriff und Arten, Sp. 1065

5) Vgl. L. Raiser, Eigentum (II) Eigentumsrecht, S. 41

Vermögenserträge an die Stelle von Arbeitseinkommen treten zu lassen.¹⁾ Dem „positiven Eigentumskern“ entspricht ein „negativer Eigentumskern“, der in dem „andere von jeder Einwirkung ausschließen“ liegt.²⁾ Der Eigentümer kann die Sache von einem unberechtigten Besitzer herausverlangen und Unterlassung unbefugter Eingriffe in sein Eigentum fordern.³⁾ Es ist klar, daß sich aus der Ausschlusswirkung eine besondere „soziologische Relevanz“ des Eigentums ergibt.⁴⁾

Nach der Auffassung des spätrömischen Rechts, die in das Deutsche Bürgerliche Gesetzbuch eingegangen ist, müssen Verfügungs- und Nutzungsbefugnisse in eine Hand fallen. Eine Spaltung des Eigentumskerns ist nicht denkbar. Das Eigentum erscheint „als Vollrecht und Spitze der sachenrechtlichen Hierarchie“.⁵⁾ H. Conrad weist darauf hin, daß im germanisch-deutschen Recht die Befugnis des Eigentümers, über die Sache zu verfügen, hinter dem Recht der Nutzung zurücktrat. Infolgedessen bestand im germanischen Recht kein scharfer Unterschied zwischen dem Eigentum als dem vollen Sachenrecht und den beschränkten Nutzungsrechten an einer Sache. Man sah denjenigen als Herrn der Sache an, der die unmittelbare Nutzung innehatte. Weiter führte die unscharfe Grenzziehung zwischen dem Eigentum und den beschränkten Nutzungsrechten dazu, daß man in der eigentümerähnlichen Stellung des Nutzungsberechtigten ein vom Eigentum des Herrn verschiedenes Eigentum sah. Es kam somit zu einem zwischen dem Herrn und dem Nutzungsberechtigten geteilten Eigentum.⁶⁾ Daher kommt es, wie Preiser meint, daß Nationalökonomien auch heute noch eine Verfügungsgewalt minderen Rechts, zum Beispiel ein Erbbaurecht, als Eigentum gelten lassen.⁷⁾ Im Deutschen Bürgerlichen Gesetzbuch wurde 1896 die Rechtsfigur des geteilten Eigentums in Übereinstimmung mit der herrschenden wissenschaftlichen Ansicht abgelehnt, weil das Eigentum nicht die Summe einzelner Befugnisse sei, die unter mehrere Personen mit dem Charakter des Eigentums aufgeteilt werden könnte.⁸⁾ Wortführer der wissenschaftlichen Meinung waren B. Windscheid, aber auch R. Stammler. Wörtlich stellt Stammler fest: „Eigentümer einer Sache ist danach die Person, deren rechtliches Ermessen für die Sache in letzter Linie nach dem Spruche des Gesetzes maßgebend ist“.⁹⁾ Nach Stammler ist also das Eigentum im Vergleich zu anderen Rechten an

1) Vgl. B. Molitor, Eigentum (I) Soziologie des Eigentums, S. 34

2) Vgl. L. Raiser, Eigentum (II) Eigentumsrecht, S. 41

3) Vgl. H. Conrad, Eigentum II Begriff und Arten, Sp. 1065

4) Vgl. B. Molitor, Eigentum (I) Soziologie des Eigentums, S. 34

5) F. Wieacker, zitiert bei H. Conrad, Eigentum I Die moderne Entwicklung des Eigentumsbegriffes, Sp. 1062

6) Vgl. H. Conrad, Eigentum I Die moderne Entwicklung des Eigentumsbegriffes, Sp. 1061

7) Vgl. E. Preiser, Wirtschaftspolitik heute, München 1967, S. 162

8) Motive, Mugdan, Materialien III, S. 145, zitiert bei H. Conrad, Eigentum I Die moderne Entwicklung des Eigentumsbegriffes, Sp. 1064

9) R. Stammler, Eigentum und Besitz, in: Handwörterbuch der Sozialwissenschaften, 3. Bd. 2. Aufl. Jena 1900, S. 304

der Sache das letzte Recht, das im Instanzenzug drankommt.¹⁾ Eine Aufspaltung und Zuordnung der Befugnisse zu verschiedenen Eigentumsträgern ist deshalb nicht möglich. Folgerichtig zieht Stammler in bezug auf das Lehnrecht, wo es Ober- und Untereigentum gibt, den Schluß, der Lehnsherr sei der eigentliche Eigentümer, womit der unmittelbar mit der Verwaltung und Nutzung beauftragte kein Eigentum hätte.

Unter ökonomischem Aspekt ist hier eine Annäherung an die Wirklichkeit geboten. Keinesfalls sind die Befugnisse ein unteilbares Ganzes. Sie können vielmehr verschiedenen Personen zugeordnet sein. Raiser weist darauf hin, daß nur „in der Regel“ das Eigentum **gleichzeitig** die Befugnis zum Haben und Besitzen, zum Ge- und Verbrauchen und zur Verfügung über das Gut verleihe.²⁾ Unterstellt man dennoch, daß sämtliche Befugnisse in eine Hand fallen, dann kann es zu einer Unterschätzung der bloßen Verfügungsgewalt über Produktionsmittel kommen, welche sich äußerst in der Befugnis zu planen und zu entscheiden. Gemeint ist die Verfügungsgewalt, die dem Management zusteht, das juristisch gesehen in der Regel eigentumslos ist. Es wird damit die Einsicht verhindert, wie wichtig diese Verfügungsgewalt für die Lenkung des Wirtschaftsprozesses ist. Lenel weist auf die Bedeutung dieses Tatbestandes hin: „Die Trennung zwischen dem rechtlichen Eigentum an Produktionsmitteln und der Verfügungsbefugnis hierüber . . . ist eine der wichtigsten Begleiterscheinungen der wirtschaftlichen Entwicklung . . .“³⁾ Sehr klar ist dieser Tatbestand schon von Ihering im Jahre 1877 erkannt worden. Es sei für die Aktiengesellschaft charakteristisch, daß sich hier zwei Momente trennen, die bei der „natürlichen Gestalt“ des Rechts zusammenfallen: „Interesse und Verfügung“. Der Aktionär habe das Interesse ohne die Verfügung, die Verwaltung die Verfügung ohne das Interesse.⁴⁾ Marx dagegen hatte diesem Umstand zu wenig Bedeutung beigemessen. Er sah nur die Konzentration des Eigentums an den Produktionsmitteln, nicht die mögliche Konzentration der Verfügungsgewalt über Güter ohne Eigentum, wie Lenel meint, da Marx nicht voraussehen konnte, in welchem Ausmaß juristische Personen unabhängig von den natürlichen Personen, welche die Anteile besitzen, Eigentum erwerben würden.⁵⁾ Ebenso meint H.-D. Ortlieb: „Eigentümlicherweise ist die Bedeutung der Eigentumsfrage von Marx genauso wie von seinen liberalistischen Gegenspielern überschätzt worden.“ Marx habe nicht gesehen, „daß mit der Sozialisierung des Produktiveigentums das Macht- und Verteilungsproblem auf eine andere Ebene . . . verschoben, aber noch nicht gelöst wird. Denn mit der Sozialisierung können zwar formal alle Menschen Miteigen-

1) Vgl. E. Preiser, Einkommensverteilung und Vermögensverteilung, in: Wirtschaftspolitik heute, S. 162

2) L. Raiser, Eigentum (II) Eigentumsrecht, S. 39

3) H. O. Lenel, Ursachen der Konzentration, 2. Aufl. Tübingen 1968, S. 12

4) Vgl. R. v. Ihering, Der Zweck im Recht, 1. Bd., Leipzig 1877, S. 225 f.

5) Vgl. Lenel, Ursachen der Konzentration, S. 11

tümer an den Produktionsmitteln werden, aber sie können nicht gemeinsam über sie verfügen. Die Verfügungsmacht muß . . . delegiert werden . . .”¹⁾

Mit der Teilung der Eigentumsbefugnisse und der Delegation der Verfügungsmacht auf Manager erhebt sich die Frage, auf welcher Seite das Schwergewicht liegt. B. Molitor ist der Ansicht, daß das Übergewicht beim Management liege, weshalb er von der „Entfunktionalisierung des Eigentums“ spricht. Zwar behalte der ökonomische Eigentümer die Verfügungsgewalt über ein abstraktes Papier. Aber die Dispositionsbefugnis, die mit dem Sachvermögen verbunden ist, liege beim Management. Das Management übe faktisch die Kontrolle über die Produktion und die Außenbeziehungen der Unternehmung aus. Deshalb sei die Herrschaft der Anteilseigner eine Fiktion.²⁾ Berle stellt die Frage, ob man die Anteilseigner unter diesen Bedingungen überhaupt noch als Eigentümer bezeichnen kann.³⁾ Zusammenfassend läßt sich also feststellen, daß die Verfügungsbefugnisse über Produktionsmittel mindestens ebenso wichtig sind wie die mittelbaren Nutzungsbefugnisse der Anteilseigner. Bei isolierter Wirtschaft und wenig entwickeltem Tauschverkehr fallen Verfügung und Nutzung in eine Hand, nämlich in die des rechtlichen Eigentümers. In unserer arbeitsteiligen Wirtschaft fallen sie weitgehend auseinander und sind verschiedenen Personen oder Personengruppen zugeordnet.

1) H.-D. Ortlieb, Die Legende des Volkskapitalismus, in: Hamburger Jahrbuch für Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik, 7. Jahr, Tübingen 1962, S. 15 f.

2) B. Molitor, Eigentum (I) Soziologie des Eigentums, S. 36

3) A. A. Berle, Macht ohne Eigentum, Meisenhain am Glan, 1967, S. 51

B. Die Eigentumslehre der Physiokraten und Klassiker

L. Robbins stellt fest, daß die liberalen Theorien des 18. und 19. Jahrhunderts auf zwei verschiedene philosophische Ausgangspunkte zurückgehen. Auf der einen Seite stehe die naturrechtliche Begründung des Privateigentums bei John Locke, den Physiokraten und Adam Smith. Auf der anderen Seite werde der Standpunkt des Utilitarismus von David Hume, Jeremias Bentham und anderen vertreten, wonach sich das Privateigentum aus Nutzenüberlegungen rechtfertige. Zwar trage auch die Eigentumslehre bei Adam Smith utilitaristische Merkmale, ja selbst von den Physiokraten könne man behaupten, daß ihnen der Standpunkt des Utilitarismus nicht ganz fremd gewesen sei. Aber im großen und ganzen existiere dieser Unterschied und sei bedeutend.¹⁾

Wie nun auch immer der Ausgangspunkt gewesen sein mag, fest steht, daß die Physiokraten und die Klassiker neben der naturrechtlichen Begründung, nach der sich alles Eigentum auf das Recht an der eigenen Arbeit stützt, auch eine ökonomische Rechtfertigung für das Privateigentum geliefert haben. Als Ausgangspunkt diene die Überlegung, daß der Mensch in seiner wirtschaftlichen Verhaltensweise vom Selbstinteresse gelenkt werde. Diese Tatsache unterliegt nach Ansicht der Klassiker keinem geschichtlichen Wandel. Damit sei die Notwendigkeit des Privateigentums erwiesen. Am meisten hat sich Adam Smith mit dieser Frage beschäftigt und gezeigt, wie Arbeitsleistung, Sparleistung, Produktivität, gesellschaftliche Arbeitsteilung und der Austausch der Güter auf dem Markt durch die Existenz des Privateigentums gefördert werden.

Als zweites Merkmal fällt in der Eigentumslehre der Physiokraten und der Klassiker der sehr weit gefaßte Eigentumsbegriff auf. Nach F. A. Hayek umfaßt das Eigentum in der liberalen Lehre „die geschützte Sphäre anderer Menschen“. „Seit der Zeit John Lockes ist es üblich, diese Sphäre als Eigentum zu umschreiben“. Hayek weist darauf hin, daß diese geschützte Sphäre „... nicht nur materielle Güter umfaßt, sondern auch verschiedene Ansprüche und gewisse Erwartungen“.²⁾ Im einzelnen ist hervorzuheben, daß das Recht an der eigenen Arbeitskraft selbst als Eigentumsrecht deklariert wird. A. Smith schreibt über das „Eigentum, das jedermann an seiner eigenen Arbeit hat“. „Das Erbteil eines . . . Mannes liegt in der Kraft und Geschicklichkeit seiner Hände“.³⁾ Bei der Aufzählung der Kapitalsarten sieht Smith die von einer Per-

1) Vgl. L. Robbins, *The Theory of Economic Policy in English Classical Political Economy*, London 1952, S. 46 ff.

2) F. A. v. Hayek, *Grundsätze einer liberalen Gesellschaftsordnung*, in: *ORDO*, Jahrbuch für die Ordnung von Wirtschaft und Gesellschaft, 18. Bd. (1967), S. 20

3) A. Smith, *Eine Untersuchung über Natur und Wesen des Volkswohlstandes*, I. Bd., 4. Aufl. 1786, in: H. Waentig (Hrsg.), *Sammlung sozialwissenschaftlicher Meister*, 11. Bd., Jena 1908, S. 161

son „erworbenen . . . nützlichen Fähigkeiten“ als ein „sozusagen in seiner Person realisiertes Kapital“ an. Sie seien Teil seines Vermögens.¹⁾ Folgt man der Annahme von Smith, so würde sich ein Eigentum ergeben, das auch in einer Zentralverwaltungswirtschaft vorkommt. Das Eigentum an der eigenen Leistungsfähigkeit und dem Leistungswillen des Arbeiters.²⁾ E. Böhm-Bawerk stellt die Frage, ob sich A. Smith hier nicht einer pleonastischen Doppelzählung schuldig macht, da er die persönlichen Kräfte und Eigenschaften als Objekte des Eigentums anführt, statt nur die durch dieselben ermöglichten nützlichen Leistungen in die Vermögensliste aufzunehmen.³⁾

Ebenso weit sind in der klassischen Eigentumslehre die Eigentumsbefugnisse gefaßt. W. Hasbach stellt fest, daß Smith das Eigentumsrecht in eine ganze Reihe von „wirtschaftlichen Urrechten“ auflöst.⁴⁾ Allerdings werden die Eigentümerbefugnisse in der klassischen Lehre nicht dadurch festgestellt, daß gesagt wird, was der Eigentümer tun darf, sondern durch Aufzählung der nicht erlaubten Eingriffe. Der positive Eigentumskern wird erst im Wege des Umkehrschlusses sichtbar. Das ist so, weil der Liberalismus die Regeln der Gerechtigkeit grundsätzlich negativ formuliert. F. A. v. Hayek bemerkt dazu: „Gerechtigkeitsregeln sind ihrem Wesen nach Verbote, oder mit anderen Worten, Ausgangspunkt ist die Ungerechtigkeit, und die Verhaltensregeln zielen darauf ab, ungerechte Handlungen zu verhindern“.⁵⁾ So werden also in der klassischen Eigentumslehre vorwiegend die Tatbestände der Eigentumsverletzung aufgezählt. Den Eigentümer „ . . . daran hindern zu wollen, . . . Kraft und Geschicklichkeit so anzuwenden, wie er es . . . passend findet, ist geradezu eine Verletzung dieses . . . Eigentums“.⁶⁾ Auch Beschränkungen des freien Marktes bezeichnet A. Smith als Eigentumsverletzung. Damit sind die Eingriffe in die Freiheit der rechtsgeschäftlichen Verfügung des Eigentümers gemeint, also Verletzungen der Vertragsfreiheit und der Preisfreiheit. Auch bei McCulloch und J. St. Mill wird deutlich, daß das Eigentumsrecht auch die Freiheit des Kaufens und Verkaufens einschließt. Ähnlich argumentieren die Physiokraten, die das Eigentum mit der Konsumfreiheit in Verbindung bringen.

1) Vgl. A. Smith, Eine Untersuchung über Natur und Wesen des Volkswohlstandes, II. Bd., 4. Aufl. 1786, in: H. Waentig (Hrsg.), Sammlung sozialwissenschaftlicher Meister, 12. Bd., Jena 1920, S. 10

2) Vgl. E. Liefmann-Keil, Ökonomische Theorie der Sozialpolitik, Berlin-Göttingen-Heidelberg, 1961, S. 24 f.

3) Vgl. E. Böhm-Bawerk, Rechte und Verhältnisse vom Standpunkt der volkswirtschaftlichen Güterlehre, Innsbruck 1881, in: F. X. Weiss (Hrsg.), Gesammelte Schriften von Eugen von Böhm-Bawerk, Wien/Leipzig 1924, S. 29 f.

4) Vgl. W. Hasbach, Die allgemeinen philosophischen Grundlagen der von Francois Quesnay und Adam Smith begründeten politischen Ökonomie, Leipzig 1890, S. 47

5) F. A. v. Hayek, Grundsätze einer liberalen Gesellschaftsordnung, S. 19

6) A. Smith, Eine Untersuchung, I. Bd., S. 161 f.

Die Klassiker übertragen die negativen Verhaltensweisen auch auf den Staat. So glauben sie, „... es sei, um eine für alle Zeiten ideale und gültige Wirtschaftsverfassung zu finden, nichts weiter vonnöten, als die Freiheit von staatlicher Beeinflussung“.¹⁾ Deshalb nehmen die Klassiker gegenüber Privatmonopolen eine gleichgültige Haltung ein. Sie übersehen, daß Privatmonopole die Möglichkeit haben, die Rechtssphäre anderer zu verletzen. Sofern das Selbstinteresse sich dahingehend äußert, bestimmte Marktpositionen zu erreichen, können private Machtstellungen Monopoleinkommen sichern. Diese gehen auf Kosten der Einkommen der Arbeitnehmer, denen die Bildung von Eigentum damit unmöglich wird. Oder die Monopoleinkommen werden über Preiserhöhungen durchgesetzt, die die Konsumenten benachteiligen und deren Chance zur Vermögensbildung hemmen. Die Klassik beschränkt sich auf ein allgemeines Mißtrauen gegenüber Privatmonopolen und vertraut im übrigen darauf, daß sie Einzelinteressen von selbst, also durch das freie Spiel der Kräfte in Harmonie zueinander kommen und mit dem Gesamtinteresse identisch sind.

I. Die naturrechtlichen Eigentumslehren

1. Die Eigentumslehre bei John Locke

John Locke lehrt: Das Recht auf Eigentum ist ein Naturrecht. Jeder Mensch habe von Natur aus ein Recht an seiner Person, daher auch an dem, was er durch den arbeitenden Einsatz seiner Person schaffe. Die Arbeit sei das Mittel, das den Gegenstand des Eigentums aus dem ursprünglich gemeinschaftlichen Besitz aussondere und das Recht des Eigentums daran begründe. Die Arbeit sei Rechtstitel auf Eigentum.²⁾

Ein Naturrecht bleibe das Eigentum auch nach Gründung eines Staatswesens. Das Ziel der Gründung des Staatswesens sei der Schutz des Eigentums. Die Rolle, die Locke dem Staat zuweist, besteht also vornehmlich darin, die Sicherheit der Wirtschaftssubjekte in der Ausübung ihrer Eigentumsbefugnisse zu garantieren.³⁾

Nicht unbeachtet bleibt von Locke die Frage der Konzentration von Eigentum in einer Hand. Nach Locke scheint die Lösung dieser Frage in der Natur vorgegeben zu sein. Er weist auf die beschränkte Konsumfähigkeit der Wirtschaftssubjekte hin. So viel jemand zum Nutzen gebrauchen könne, bevor es verderbe, so viel dürfe er sich durch seine Arbeit zum Eigentum machen.⁴⁾ Hasbach stellt fest, daß Locke

¹⁾ L. Miksch, Die sittliche Bedeutung der inneren Koordination, in: ORDO, Jahrbuch für die Ordnung von Wirtschaft und Gesellschaft, 3. Bd. (1950), S. 46

²⁾ Vgl. J. Locke, Zwei Abhandlungen über Regierung nebst Patriarcha von Robert Filmer, deutsche Übersetzung von „Treatises on Government“ von H. Wilmanns, Halle a/S. 1906, S. 240 ff.

³⁾ Vgl. J. Locke, Zwei Abhandlungen über Regierung, S. 304

⁴⁾ Vgl. J. Locke, Zwei Abhandlungen über Regierung, S. 242, 253

damit das Problem der Konzentration des Privateigentums nicht löst, zumal er den Umtausch des Überflüssigen gegen Gegenstände von dauerndem Wert für erlaubt hält.¹⁾

2. Die Eigentumslehre bei den Physiokraten

Auch die Physiokraten legen ihrem System das Naturrecht zugrunde. Die positive Gesetzgebung habe das Naturrecht nur zu definieren und über dessen Einhaltung zu wachen.²⁾ In Anlehnung an Locke gehen sie von der persönlichen Freiheit aus und leiten daraus das private Eigentumsrecht ab.³⁾ Sie betonen besonders den Erwerb von Eigentum durch den Einsatz der eigenen Arbeitskraft.⁴⁾

Trotz der Ähnlichkeit mit Locke beinhaltet die Lehre der Physiokraten eine bedeutsame Weiterentwicklung. Hatte Locke festgestellt, daß das „Werk“ der eigenen Hände im eigentlichen Sinne Eigentum sei, so betont Mercier de la Riviere: Das Recht, über die eigene Arbeitskraft frei zu verfügen, ist gleichbedeutend mit dem Eigentumsrecht. Mercier de la Riviere deduziert dieses Recht aus dem natürlichen Recht auf Selbsterhaltung,⁵⁾ Quesnay aus dem Recht, welches der Mensch auf die zu seinem Genuß geeigneten Dinge habe.⁶⁾ Das Problem des Eigentums wird also bei den Physiokraten mehr von der Konsumfreiheit gesehen. Das Recht der freien Konsumwahl wird als ein Naturrecht betrachtet, das in dem Eigentumsrecht enthalten sei. Die Sicherung des Eigentums sei ein großer Anreiz, mehr zu arbeiten. Sie liefere die höchstmögliche Entfaltung der materiellen Wohlfahrt und erweitere die Fähigkeit des einzelnen, Eigentümer zu werden.⁷⁾ Schon aus diesem Grunde sei die Sicherung des Eigentums zweckmäßig. Trotz der positiven Haltung der Physiokraten zum Naturrecht zeigen sich hier bereits die ersten Ansätze des Utilitarismus.⁸⁾ Insgesamt gesehen steht aber fest, daß die Physiokraten die **natürliche** Ordnung im wirtschaftlichen Bereich durch positive Gesetzgebung sichern wollten. Von der **natürlichen** Ordnung glaubten sie, daß das Privateigentum ihre

1) Vgl. W. Hasbach, Die allgemeinen philosophischen Grundlagen der von Francois Quesnay und Adam Smith begründeten politischen Ökonomie, Leipzig 1890, S. 51

2) Vgl. F. Quesnay, Allgemeine Grundsätze der wirtschaftlichen Regierung eines ackerbaubetriebenden Reiches (*Maximes générales du gouvernement économique d'un royaume agricole*, 1758) Physiokratische Schriften II, Jena 1921, S. 20

3) Vgl. Mercier de la Riviere, L'ordre naturel et essentiel des Sociétés Politique, I. Bd., London 1767, S. 45

4) Vgl. F. Quesnay, Allgemeine Grundsätze, S. 6

5) Vgl. Mercier de la Riviere, L'ordre naturel, I. Bd., S. 18

6) Vgl. F. Quesnay, Allgemeine Grundsätze, S. 1

7) Vgl. F. Quesnay, Allgemeine Grundsätze, S. 1

8) Vgl. L. Robbins, The Theory of Economic Policy in English Classical Political Economy, London 1952, S. 48

Säule sei. „La base fondamentale de cet ordre est évidemment le droit de propriété...“¹⁾

3. Die Eigentumslehre bei Adam Smith

In der Eigentumslehre von Adam Smith erkennt man den Einfluß von John Locke. Zunächst ist das Eigentumsrecht bei Smith ein Naturrecht. Aber Smith berücksichtigt auch die Gedanken seines Lehrers David Hume. Soweit tragen seine Ausführungen zum Eigentumsrecht utilitaristische Charakterzüge. Einer der Grundsätze, welche den Menschen zur Achtung des Privateigentums veranlasse, sei der **Nutzen**.²⁾ Die Eigentumslehre von Smith unterscheidet sich von der Eigentumslehre der Physiokraten. Während diese die **rechtliche** Seite des Eigentums betonen und alle auftauchenden Probleme des Eigentums durch Recht und Staat lösbar erscheinen, vertraut Smith in dieser Frage mehr auf die Wirksamkeit der natürlichen Kräfte.³⁾

Smith stellt fest, daß „das Eigentum, das jedermann an seiner eigenen Arbeit hat, die ursprüngliche Grundlage alles anderen Eigentums ist“.⁴⁾ Aber nicht nur die Arbeitskraft sei Eigentum, sondern auch das Recht der freien Verwendung. Eine Beschränkung dieses Rechts sei „eine Verletzung dieses heiligen Eigentums“.⁵⁾ In gleicher Weise beurteilt Smith Beschränkungen der Niederlassungsfreiheit, Zwangsmaßnahmen im Gewerbe und die Behinderung des freien Marktverkehrs. Der Erkenntnis, wie sich die Existenz des Privateigentums auf die Handlungsweise der Wirtschaftssubjekte auswirkt, dient die Annahme, der Mensch werde vom Eigennutz geleitet. Das Streben nach Eigennutz trete verstärkt in Aktion, wenn die Möglichkeit gegeben sei, Eigentum zu erwerben. Die Wirkungen seien höherer Arbeitseinsatz, gesteigerte Spartätigkeit und erhöhte Investitionen.⁶⁾

Produktivitätssteigernd wirke die Arbeitsteilung durch die Möglichkeit der Spezialisierung der Arbeitskraft und der Anwendung geeigneter Maschinen. Nach Smith ist das Privateigentum eine Voraussetzung der gesellschaftlichen Arbeitsteilung. Damit jeder seine Fähigkeiten entwickeln könne, sei es notwendig, daß er im Besitz der Dinge sei, mit denen er arbeite.⁷⁾ Allerdings macht B. Dempsey

1) Mercier de la Riviere. L'ordre naturel, I. Bd., S. 48

2) Vgl. A. Smith, Vorlesungen über Rechts-, Polizei-, Steuer- und Heereswesen, gehalten in der Universität Glasgow, nachgeschrieben von einem Studenten im Jahr 1763, nach der Ausgabe von Edwin Cannan (Oxford 1896) in: Alte Meister der Sozialwissenschaften, I. Bd., Halberstadt 1928, S. 8; Vgl. auch L. Robbins, The Theory of Economic Policy, S. 48

3) Vgl. W. Hasbach, Die allgemeinen philosophischen Grundlagen, S. 148, 157 f.

4) A. Smith, Eine Untersuchung, I. Bd., S. 161

5) A. Smith, Eine Untersuchung, I. Bd., S. 162

6) Vgl. A. Smith, Eine Untersuchung, II. Bd., S. 90 f., 96, 173

7) Vgl. B. W. Dempsey, The Functional Economy, The Bases of Economic Organization, New York 1958, S. 172 f.

Smith zum Vorwurf, daß er diesen Punkt nicht noch klarer herausgearbeitet habe. Smith hätte neben der Betonung der Arbeitsteilung einen gleichstarken Akzent auf die Feststellung legen müssen, daß Teilung der Arbeit und Teilung der übrigen Produktionsfaktoren analoge Vorgänge seien, womit die ökonomische Begründung des Privateigentums noch deutlicher sichtbar würde.¹⁾

Nach Smith ist die Arbeitsteilung noch in einem weiteren Sinne vom Privateigentum abhängig. Die Ausdehnung der Arbeitsteilung sei immer durch die Ausdehnung des Marktes begrenzt. „Wenn der Markt sehr beschränkt ist, wird niemand den Mut finden, sich einer einzigen Beschäftigung ganz hinzugeben.“²⁾ Die Ausdehnung des Marktes selbst ist aber von dem privaten „Reichtum und der Bevölkerungsdichte“ abhängig.³⁾

Die Frage nach dem „Recht“ am Eigentum und die Frage nach dem „Wert“ sind in der Literatur bisweilen für gleichbedeutend gehalten worden.⁴⁾ Dann lag dem meist die Vorstellung von der Arbeit als einzigem Grund für Wert und Eigentum zugrunde. Die oft zitierte Werterklärung von Smith besagt, daß die Kosten, welche den Wert und den Preis einer Ware bestimmen, durch die Menge der angewendeten Arbeit bestimmt werden.⁵⁾ G. Briefs stellt fest, daß Smith hier eine spezifische Wertleistung des Kapitals verneine und damit dem Sozialismus die schärfsten Waffen liefere.⁶⁾ Dabei wird allerdings übersehen, daß Smith noch eine zweite Werterklärung gegeben hat. Danach wird der natürliche Preis einer Ware durch die Kostenfaktoren Grundrente, Arbeitslohn und Profit bestimmt.⁷⁾ In den beiden Werterklärungen ist nicht unbedingt ein Widerspruch zu sehen. Viel näher liegt der Gedanke, das Smith mit der ersten Werterklärung mehr eine „philosophische“ Begründung von Wert und Eigentum geben wollte. Mit der zweiten Werterklärung wollte Smith eine „empirische“ Begründung geben, die den modernen Verhältnissen gerecht wird.⁸⁾ Es handelt sich also um „zwei Parallelerklärungen des Güterwertes“, wie F. von Wieser meint.⁹⁾ Gemäß der ersten Version ist das Eigentumsrecht das Recht der freien Verfügung über die eigene Arbeitskraft, gemäß der zweiten Version ist das Eigentumsrecht das Recht der freien Verfügung über die Produktionsfaktoren Boden und Kapital.

1) Vgl. B. W. Dempsey, *The Functional Economy*, S. 189 f.

2) A. Smith, *Eine Untersuchung*, I. Bd., S. 22

3) A. Smith, *Eine Untersuchung*, I. Bd., S. 25

4) Vgl. G. Myrdal, *Das politische Element in der nationalökonomischen Doktrinbildung*, Hannover 1963, S. 51 ff.

5) Vgl. A. Smith, *Eine Untersuchung*, I. Bd. S. 37

6) Vgl. G. Briefs, *Untersuchungen zur klassischen Nationalökonomie*, Jena 1915, S. 44

7) Vgl. A. Smith, *Eine Untersuchung*, I. Bd., S. 70

8) Vgl. E. Böhm-Bawerk, *Der letzte Maßstab des Güterwertes* (1894) in: F. X. Weiss (Hrsg.), *Gesammelte Schriften von Eugen Böhm-Bawerk*, Wien, Leipzig 1924, S. 436

9) Vgl. F. von Wieser, *Der natürliche Wert*, Wien 1889, S. III

Kritisch ist zur Eigentumslehre von Smith folgendes festzustellen: Einerseits ist für Smith das Eigentumsrecht das „heiligste und unverletzlichste“ Recht.¹⁾ Andererseits kann Smith nicht die Grenze angeben, an der die geforderte Unantastbarkeit verletzt wird, weil die aus dem Selbstinteresse der Beteiligten entstandenen Machtgruppen Einfluß nehmen auf das Eigentum derer, die marktmäßig von ihnen abhängig sind. Aus diesem Zwiespalt resultieren möglicherweise auch die Bemerkungen die Smith gelegentlich über die Grundeigentümer einstreut: „Sobald aller Grund und Boden eines Landes Privateigentum geworden ist, begehren die Grundherren . . . da zu ernten, wo sie nicht gesät haben“. ²⁾ Hasbach schreibt diese Bemerkungen dem Einfluß Hutchesons, einem Lehrer von Smith zu, der die Frage auch nicht lösen konnte, bei welcher Ausdehnung das Privateigentum an Grund und Boden aufhöre, durch das Naturrecht gerechtfertigt zu sein.³⁾

II. Die utilitaristischen Eigentumslehren

1. Die Eigentumslehre bei David Hume

David Hume erklärt: Wollte man das Eigentum mit dem Naturrecht begründen, so würde man sich einer philosophischen Fiktion bedienen.⁴⁾ In Wirklichkeit sei der einzig maßgebende Gesichtspunkt der des öffentlichen Nutzens. Alles Recht habe seinen Ursprung im öffentlichen Nutzen, so auch das Privateigentum.⁵⁾

Um die These zu beweisen, nimmt Hume an, daß sich die Gesellschaft viermal jeweils in einer sehr extremen Situation befindet.

1. Extremfall: Es gebe nicht die Knappheit der Güter, alle Güter wären „freie Güter“. Welchen Nutzen hätte dann das Privateigentum? Hume antwortet: Das Privateigentum wäre ein nutzloses „Zeremoniell“. ⁶⁾

2. Extremfall: Die Knappheit der Güter wäre so groß, daß auch nicht der größte Fleiß und die äußerste Sparsamkeit die Gesellschaft vor einem teilweisen Untergang bewahren würde. Welchen Nutzen hätte das Privateigentum? Der Nutzen des Privateigentums liegt zunächst darin, die Sicherheit des Besitzes zu gewährleisten. Wenn man nun das Privateigentum suspendieren würde, so wäre das zweifellos ein Nutzenentgang. Aber welcher Nutzenentgang wäre der größere? Der teilweise Untergang oder die vorübergehende Einschränkung der Sicherheit des Besitzes? Hume antwortet: Die öffentliche Hand würde auf jeden Fall die Kornspeicher öffnen, auch ohne die Zustimmung der Eigentümer. ⁷⁾

1) Vgl. A. Smith, Eine Untersuchung, I. Bd., S. 161

2) A. Smith, Eine Untersuchung, I. Bd., S. 63

3) Vgl. W. Hasbach, Die allgemeinen philosophischen Grundlagen, S. 79 ff.

4) Vgl. D. Hume, Essays, Literary, Moral and Political, 2. Aufl., London 1870, S. 419

5) Vgl. D. Hume, Essays, S. 416, 419, 422, 428 f.

6) Vgl. D. Hume, Essays, S. 416

7) Vgl. D. Hume, Essays, S. 417 f.

3. Extremfall: Die menschliche Natur würde sich so sehr ändern, daß die Interessen des Nachbarn stets vor den eigenen Interessen beachtet würden. Es sei offensichtlich, daß in diesem Fall der Nutzen des Privateigentums völlig substituiert würde durch den Nutzen, der aus der allgemeinen und umfassenden Wohltätigkeit resultiere. Man könnte sich also die Institution des Privateigentums sparen.¹⁾

4. Extremfall: Jemand befindet sich in einer Gesellschaft, in der nicht die Achtung vor dem Eigentum, sondern Raub oberstes Gebot sei. Dann würde ihm seine einzeln dastehende Beachtung des Eigentumsrechtes auch keinen Nutzen stiften.²⁾

In den geschilderten Extremfällen entfalle die Notwendigkeit des Privateigentums aus Nutzenüberlegungen. In allen Situationen, die zwischen diesen Extremen liegen, sei die Institution des Privateigentums eine Notwendigkeit. Nun befinde sich unsere Gesellschaft in der Mitte zwischen den geschilderten Extremen. Wir nehmen in unserem Verhalten teilweise Partei für uns selbst und teilweise für unsere Freunde, während die Natur uns nur wenige Güter zur Verfügung stellte. Durch Arbeit und Fleiß können wir sie reichlich vermehren. Aus diesen Gründen habe das Privateigentum für die Allgemeinheit einen großen Nutzen und sei in jeder bürgerlichen Gesellschaft notwendig.³⁾

Nun prüft Hume, ob es eine Möglichkeit gibt, den Nutzen, den das Privateigentum für die Gesellschaft hat, auf ein Maximum anzuheben. Er setzt dabei den Fall, daß das Privateigentum von einer öffentlichen Instanz jedem zugeteilt würde, mit der Maßgabe, daß derjenige am meisten davon erhalte, dessen Wirksamkeit den größten Wert schaffe. Hume kommt zu dem Schluß, daß die mangelnde Fähigkeit, den objektiven Wert festzustellen, und die fehlende subjektive Freiheit von „Eigendünkel“ die Gesellschaft zerstören würden.⁴⁾

Bleibt noch die Möglichkeit, daß die öffentliche Instanz das Eigentum völlig gleich verteilt. Eine Nutzensteigerung könnte dadurch entstehen, daß der Nutzenzuwachs bei den ärmeren Schichten größer wäre als der Nutzenentgang bei den reicheren Schichten.⁵⁾ Dennoch sei diese Gleichheit nicht realisierbar. Arbeitsgeist und Unternehmerwillen würden in einem solchen Ausmaß erliegen, daß sich die Gesellschaft in kürzester Frist im Zustand der Armut befinden würde, ganz abgesehen davon, daß man die Gleichheit wegen der unterschiedlichen Arbeitswilligkeit und Geschicklichkeit auf die Dauer gar nicht aufrecht erhalten könnte.

1) Vgl. D. Hume, Essays, S. 417

2) Vgl. D. Hume, Essays, S. 418

3) Vgl. D. Hume, Essays, S. 419

4) Vgl. D. Hume, Essays, S. 422

5) L. Robbins macht darauf aufmerksam, daß Hume den Zusammenhang zwischen Eigentumsverteilung und Größe des gesellschaftlichen Nutzens erkannt hat. (Vgl. The Theory of Economic Policy, S. 62)

Das ökonomisch wirksamste System der Eigentumsverteilung ist also nach Hume jenes, welches jedem an Eigentum das zubilligt, was er durch wirtschaftliche Tätigkeit, Austausch seiner Produkte auf dem Markt und Erbgang erwirbt.

2. Die Eigentumslehre bei David Ricardo

Die Eigentumslehre von David Ricardo stützt sich zum Teil auf das Gedankengut von J. Bentham.¹⁾ Bei Bentham ist Privateigentum kein Naturrecht. Es ist ein Produkt der Gesetzgebung. „Das Eigentum und die Gesetze werden zugleich geboren und gehen zugleich unter, vor den Gesetzen kein Eigentum; nimmt man die Gesetze hinweg, so hört alles Eigentum auf.“²⁾ So ist auch bei Ricardo das Eigentum kein Naturrecht, seine Begründung liegt allein in seiner Zweckmäßigkeit. Das Eigentum als Rechtsinstitut ist die Quelle privaten Nutzens, persönlichen Glücks. Das ist seine Rechtfertigung.³⁾

C. Gide und C. Rist stellen fest, daß Ricardo mit seiner Rentenlehre das Eigentumsrecht an Boden in eigentümlicher Weise dadurch bloß stellt, daß er das Einkommen des Grundbesitzers als nicht auf die Arbeit gegründet und folglich antisozial erscheinen läßt. Damit sei dem Rechtstitel des Bodeneigentümers jeder Rechtsgrund entzogen, jedenfalls solange man annehme, daß der einzige Rechtsgrund für das Eigentum die Arbeit sei.⁴⁾

Nach F. Oppenheimer besitzen die Eigentümer des Bodens höherer Rentierung ein natürliches Monopol⁵⁾, doch hütete sich Ricardo, „das weißglühende Eisen des Monopolbegriffs . . . anders als mit einer sehr langen Zange für einen Augenblick anzufassen, um sofort wieder davon abzulassen“.⁶⁾ Deshalb enthalte nach Ricardo die Rente niemals einen Monopolgewinn, obwohl die Eigentumsmacht der Grundeigentümer alles dasjenige vom Pächter erzwingt, was dieser zahlen kann, das heißt alles, was über den Profit des Grenzbodens hinausgeht. Die Appropriation der Grundeigentümer führt sogar langfristig dahin, daß die Profite in ihrer Gesamtheit relativ und absolut sinken.⁷⁾

1) J. Bentham stellte fest, daß Ricardo sein „geistiger Enkel“ sei. (Briefe an Malthus, S. 55, zitiert bei G. Briefs, Untersuchungen zur klassischen Nationalökonomie, S. 252)

2) J. Bentham, Grundsätze der Zivil- und Kriminalgesetzgebung, deutsche Übersetzung von F. Beneke, Berlin 1830, S. 279

3) Vgl. G. Briefs, Untersuchungen zur klassischen Nationalökonomie, S. 238

4) Vgl. C. Gide, C. Rist, Geschichte der volkswirtschaftlichen Lehrmeinungen, 2. Aufl., Jena 1913, S. 173 f.

5) Vgl. W. Oppenheimer, Theorie der reinen und politischen Ökonomie, 2. Aufl., Berlin 1911, S. 688; Vgl. auch G. Briefs: „ . . . die günstiger gestellten Produzenten erzielen bei der faktischen Monopolnatur des besseren Bodens eine Rente“. (Untersuchungen, S. 54)

6) F. Oppenheimer, Weder Kapitalismus noch Kommunismus, 3. Aufl., Stuttgart 1962, S. 108

7) Vgl. F. Oppenheimer, Theorie der reinen und politischen Ökonomie, S. 688

Eine ähnliche Stellung nimmt in Ricardos System der Kapitaleigentümer ein. Wegen der Substitution von Arbeit durch Kapital kommt Ricardo zu dem Resultat, daß der Eigentümer der Produktionsmittel nach Einführung besserer Maschinen einen Teil der Arbeitskräfte entlasse.¹⁾ Wie W. Eucken feststellt, kann der Eigentümer der Produktionsmittel auch den Lohn aller Arbeiter unter den Satz herunderdrücken, der sich aus der Produktivität der Arbeit ergibt.²⁾ Diese Aneignungsmöglichkeit hat der Eigentümer der Produktionsmittel aber nur dann, wenn er über eine Monopolstellung verfügt. Nach W. Eucken liegt dem System von Ricardo das einseitige Monopol auf Waren- und Arbeitsmärkten zugrunde.³⁾

3. Die Eigentumslehre bei McCulloch

Die ersten Anfänge des Eigentums sieht McCulloch in der Besitznahme von Land und in dem Erwerb durch Arbeit. Der Gesetzgeber führte das Privateigentumsrecht ein, als er dessen Nutzen erkannte.⁴⁾

Zunächst ist nach McCulloch Eigentum das Recht an der eigenen Arbeitskraft. „Von allen Formen des Eigentums, über das ein Mensch verfügen kann, sind seine geistigen und körperlichen Kräfte in ganz besonderem Maße sein Eigentum“.⁵⁾ Ferner weist McCulloch auf das Recht der freien Verwendung der Arbeitskraft hin und setzt dieses Recht dem Eigentumsrecht gleich. Das Eigentumsrecht werde ebenso verletzt, „wenn man einem Menschen verbietet, sich einem bestimmten Tätigkeitsbereich zu widmen, als wenn er ungerechterweise des von ihm erworbenen oder ersparten Besitzes beraubt wird.“⁶⁾

Wenn das Recht der freien Verwendung der eigenen Arbeitskraft unter das Eigentumsrecht fällt, so muß diese Feststellung auch für die anderen Produktionsfaktoren gelten. Deshalb sind nach McCulloch staatliche Anweisungen, sein Kapital oder seinen Boden in einer vorgeschriebenen Weise in dem Produktionsprozeß einzusetzen, Verletzungen des Eigentumsrechts. Es wird „ . . . dieses Recht verletzt, wenn jemand durch irgendeine Bestimmung gezwungen wird, . . . sein Kapital in bestimmter Weise anzuwenden. Das Eigentumsrecht eines Grundbesitzers wird verletzt, wenn man ihn zwingt, ein bestimmtes System der Bebauung einzuführen,

1) Vgl. D. Ricardo, Grundsätze der Volkswirtschaft und Besteuerung (3. Aufl. 1821) in: H. Waentig (Hrsg.), Sammlung sozialwissenschaftlicher Meister, V. Bd., 3. Aufl., Jena 1923, S. 399 ff.

2) Vgl. W. Eucken, Kapitaltheoretische Untersuchungen, 2. Aufl., Tübingen 1954, S. 176

3) Vgl. W. Eucken, Kapitaltheoretische Untersuchungen, S. 176

4) Vgl. McCulloch, Das Recht am Eigentum, aus: The Principles of Political Economy, 4. Aufl., Edinburgh 1859, Kap. 2 Abschnitt 1, in: Diehl/Mombert (Hrsg.), Ausgewählte Lesestücke zum Studium der politischen Ökonomie, 17. Bd., Karlsruhe 1924, S. 55 f.

5) McCulloch, Das Recht am Eigentum, S. 58

6) McCulloch, Das Recht am Eigentum, S. 58

selbst wenn es vorteilhafter wäre, als sein bisheriges".¹⁾ Nach McCulloch bedeuten auch staatliche Preisfestsetzungen einen Eingriff in das Privateigentum. „Das Eigentumsrecht des Kapitalisten wird verletzt, wenn man ihn nötigt, einen festgesetzten Zinsfuß für sein Geld zu verlangen, und das Eigentumsrecht eines Arbeiters wird verletzt, wenn man ihn zwingt, sich einer . . . Beschäftigung zu einem festgesetzten Lohnsatz zu widmen.“²⁾ Aus demselben Grund sind auch „Monopole . . . in Wirklichkeit eine Verletzung des Eigentumsrechtes der großen Masse“, denn sie verleihen einzelnen Personen die Macht, bestimmte Geschäftszweige unter Ausschluß aller anderen zu betreiben.³⁾

McCulloch übernimmt den Gedanken von A. Smith, daß das Wirtschaftssubjekt in seiner Verhaltensweise immer vom Selbstinteresse geleitet werde. Durch die Einführung von Gemeineigentum werde dieses Prinzip nicht aufgehoben. Es werde sozusagen in sein Gegenteil gekehrt, nicht in seiner potentiellen Wirksamkeit eingeschränkt.⁴⁾ Alle seine negativen Wirkungen würden zum Vorschein kommen. Der Antrieb zu planvollem Handeln würde ausfallen, Arbeit, Erfindergeist, Unternehmertätigkeit und Produktion würden erlahmen.⁵⁾

4. Die Eigentumslehre bei John Stuart Mill

Das Eigentum als ein „Recht eines jeden auf seine Fähigkeiten“⁶⁾ beinhaltet nach John Stuart Mill auch das „Eigentumsrecht auf die Produkte anderer . . .“, soweit man sie auf dem Markt im Austausch für seine eigenen Produkte erlangen kann. „Das Eigentumsrecht schließt danach die Freiheit eines Erwerbs durch Verträge ein“. Eine Einschränkung der Freiheit des Marktes bedeutet für die Eigentümer in Wirklichkeit „eine Verletzung ihres Eigentumsrechtes an dem Produkte ihrer eigenen Tätigkeit“.⁷⁾

Das private Eigentumsrecht an Grund und Boden wird von Mill infrage gestellt. „Da das wesentliche Prinzip des Eigentums ist, allen Personen das zuzusichern, was sie durch ihre Arbeit hervorgebracht . . . haben, kann das Prinzip keine Anwendung finden auf das, was nicht das Produkt der Arbeit ist, also auf das Rohmaterial der Erde. Wenn der Boden seine produktive Kraft ganz von der Natur

1) Vgl. McCulloch, Das Recht am Eigentum, S. 58

2) Vgl. McCulloch, Das Recht am Eigentum, S. 58

3) Vgl. McCulloch, Das Recht am Eigentum, S. 58

4) Vgl. McCulloch, A Treatise on Succession to Property vacant by Death, London 1848, S. 164

5) Vgl. McCulloch, Das Recht am Eigentum, S. 55 - 57, 62; McCulloch, A Treatise on Succession, S. 163 - 165

6) J. St. Mill, Grundsätze der politischen Ökonomie, I. Bd., 7. Aufl., London 1871, in: H. Waentig (Hrsg.), Sammlung sozialwissenschaftlicher Meister 17. Bd., Jena 1924, S. 329

7) J. St. Mill, Grundsätze, I. Bd., S. 328

und überhaupt nicht von menschlichem Fleiß ableitet . . . würde es nicht nur nicht nötig sein, sondern würde den Gipfelpunkt der Ungerechtigkeit bedeuten, das Geschenk der Natur einzelnen Individuen allein zur Aneignung zu überlassen".¹⁾

„Wenn in einem Land der Eigentümer . . . nicht mehr Verbesserer des Bodens ist, hat die Nationalökonomie zur Verteidigung des Landeigentums . . . nichts vorzubringen.“²⁾

Die Verteilung des Eigentums ist nach J. St. Mill ungerecht. „Die gesellschaftliche Verfassung des heutigen Europa nimmt ihren Ausgangspunkt von einer Verteilung des Eigentums, die nicht das Ergebnis gerechter Teilung und nicht durch Erwerbstätigkeit erworben, sondern das Ergebnis von Eroberung und Gewalt war“. „Absichtlich hat man Ungleichheiten begünstigt und verhindert, daß alle unter gleichen Bedingungen beginnen“. Und „ . . . wenn die Tendenz der Gesetzgebung gewesen wäre, die Verteilung, statt die Konzentration des Vermögens zu begünstigen, eine weitere Verteilung großer Massen anzuregen, statt Konzentration zu beschleunigen, dann würde sich herausgestellt haben, daß das Prinzip des Privateigentums nicht notwendig in Verbindung mit den physischen und sozialen Übeln steht, welche fast alle sozialistischen Schriftsteller für untrennbar von ihm annehmen“. ³⁾

¹⁾ J. St. Mill, Grundsätze, I. Bd., S. 343

²⁾ J. St. Mill, Grundsätze, I. Bd., S. 345

³⁾ J. St. Mill, Grundsätze, I. Bd., S. 314

C. Die Eigentumslehre der historischen Schule

Die Eigentumslehre der historischen Schule richtet sich in gewisser Weise gegen die klassische Lehre vom Eigentum. Wie G. Briefs angibt, will die historische Schule den „Fetischcharakter“ des Eigentumsbegriffs der klassischen Lehre durchschauen und die gesellschaftlichen Verhältnisse ergründen, die sich hinter der Kategorie des Eigentums verbergen.¹⁾ Der Schwerpunkt der Untersuchungen liegt damit nicht in der Durchleuchtung ökonomischer Zusammenhänge in ihrer Abhängigkeit von Bedingungen, die als gegeben angenommen werden. Vielmehr will die historische Schule die Bedingungen selbst untersuchen und aufzeigen, wie diese durch ökonomische und außerökonomische Faktoren bestimmt werden. Sammlung und Zusammenstellung von empirischem Material ist dazu eine notwendige Voraussetzung. Deswegen erschöpft sich die Eigentumslehre der historischen Schule im wesentlichen in der Aufzählung, der Aneinanderreihung und dem Vergleich von geschichtlichen Tatsachen.

Wenn nun das Privateigentum, wie K. Knies meint, eine „geschichtliche Erscheinung“ ist, so folgt daraus, daß es verschieden sein müsse nach Zeiten und Völkern.²⁾ Die Untersuchung der Geschichte zeige, daß das Privateigentum einer außerordentlichen Wandlungsfähigkeit unterworfen sei. Die Ursache dafür suchen die meisten Vertreter der historischen Schule in der unterschiedlichen Nationalität der Völker. Sie führen damit die Lehren des Juristen Friedrich Karl von Savigny fort, der den Zusammenhang des Rechtes, auch des Eigentumsrechtes, mit dem Charakter des Volkes betonte. Die Quellen des Eigentumsrechtes sind nach seiner Lehre nicht in der individuellen Vernunft zu suchen, sondern im Volksgeist.³⁾ Damit ist auch bereits die Aufgabe des Gesetzgebers umrissen. Sie bestehe nicht in der Ausführung dessen, was die Vernunft durch Reflexion als ein für alle Zeiten geltendes Recht gefunden habe. Der Gesetzgeber müsse die Geschichte eines bestimmten Volkes durchforschen und nach dieser Erkenntnis das diesem Volk gemäße Recht aussprechen.⁴⁾ Wie G. Radbruch erklärt, werden in der historischen Schule Wirklichkeit und Wert gleichgesetzt. Alle Rechtsformen werden gleich hoch bewertet, weil das durch Geschichte und Volksgeist Hervorgebrachte auch schon als das Richtige erscheine. Die Frage in der historischen Schule lautet nicht, ob ein Eigentumsrecht richtig sei. Die Fragestellung sei eingeschränkt auf den ganz engen Bereich, wie das geltende Eigentumsrecht richtig begriffen werden könne.⁵⁾ Dieses Verhalten des Gesetzgebers ist nach Meinung der historischen Schule um so mehr berechtigt, als sich diese Schule

1) Vgl. G. Briefs, Untersuchungen zur klassischen Nationalökonomie, Jena 1915, S. 131

2) K. Knies, Die politische Ökonomie vom geschichtlichen Standpunkte, Neue Auflage der Politischen Ökonomie vom Standpunkte der geschichtlichen Methode, Leipzig 1930, S. 180

3) F. K. von Savigny, System des heutigen Römischen Rechts, 3 Bände, Berlin 1840

4) Vgl. W. Hasbach, Die allgemeinen philosophischen Grundlagen, S. 129

5) Vgl. G. Radbruch, Rechtsphilosophie, 5. Aufl., Stuttgart 1956, S. 108, 110, 114

durch eine besondere Fortschrittsgläubigkeit auszeichnet. Es wird nicht nur gelehrt, daß Begriff und Begründung des Eigentums sich in der Geschichte ändern. Ebenso wird behauptet, daß diese Veränderung immer in einer ganz bestimmten Richtung erfolge, nämlich in der Richtung des Fortschritts. Es wird „... mit den Fortschritten der Bildung und der öffentlichen Moralität das Privateigentum in immer engere Beziehung zu den ethischen Zwecken des Gemeinwesens treten“ und „von seinen Besitzern immer mehr als ein ihnen zu ihrer geistigen und sittlichen Ausbildung anvertrauter Teil des Gemeinwesens erkannt ... und so immer mehr und mehr seine wahre Bestimmung erreichen“. ¹⁾

Die Annahme bestimmter Entwicklungsgesetze, die in der Richtung des Fortschritts wirken, verhindert eine überzeugende ökonomische Rechtfertigung des Privateigentums. Rudolf Eucken meint, daß die Annahme von Entwicklungsgesetzen dazu führe, alle Individualität für die Wissenschaft auszuschalten, ihr zumindest einen sehr bescheidenen Platz zuzuweisen. Jedes einzelne Geschehen sei nur mehr ein Sonderfall des allgemeinen, durch das Entwicklungsgesetz bestimmten Geschehens. ²⁾ Die Annahme, daß das wirtschaftliche Geschehen durch Entwicklungsgesetze determiniert sei, führt also dazu, den Dispositionen der einzelnen Wirtschaftssubjekte keine Bedeutung beizumessen. Deswegen wird die Analyse der individuellen Wirtschaftsakte in ihrer Abhängigkeit vom Eigentum in der historischen Schule bewußt in den Hintergrund gerückt. Es ist das erklärte Anliegen der Schule, das Privateigentum nicht so zu betrachten, als wenn es ein Verhältnis des Eigentümers zur Sache sei, das sich innerhalb der staatlichen und wirtschaftlichen Lebensgemeinschaft auch isoliert vorfinde. ³⁾ Als einziger der älteren historischen Schule diskutiert W. Roscher den Einfluß des Privateigentums auf das individuelle Sparen und die Kapitalbildung. Das Kapital entfalte seine produktive Kraft nur unter der Voraussetzung des Privateigentums. Daher liege die volkswirtschaftliche Notwendigkeit des Privateigentums in der Notwendigkeit der Kapitalbildung begründet. Aber er fügt sogleich hinzu, daß die Mitwirkung der Gesellschaft – selbst wenn man den individuellen Sparprozess ins Auge fasse – wesentlich sei. ⁴⁾ Ähnlich wendet K. Knies gegen die Arbeitstheorie des Eigentums ein, daß wir nicht vereinzelt arbeiten, sondern in der Gesellschaft, weshalb es kein von der Gesellschaft entbundenes Eigentum geben kann. ⁵⁾

¹⁾ B. Hildebrand, Die Nationalökonomie der Gegenwart und Zukunft und andere gesammelte Schriften, in: H. Waentig (Hrsg.), Sammlung sozialwissenschaftlicher Meister, 22. Bd., Jena 1922, S. 205

²⁾ Vgl. R. Eucken, Geistige Strömungen der Gegenwart, 6. Aufl., Berlin/Leipzig 1920, S. 153

³⁾ Vgl. K. Knies, Die politische Ökonomie vom geschichtlichen Standpunkte, S. 206

⁴⁾ Vgl. W. Roscher, Grundlagen der Nationalökonomie, 24. Aufl., Stuttgart/Berlin 1906, S. 209 f.

⁵⁾ Vgl. K. Knies, Die politische Ökonomie vom geschichtlichen Standpunkte, S. 201

I. Die Eigentumslehre der älteren historischen Schule

1. Die Eigentumslehre bei Karl Knies

In Anlehnung an die Lehren des Juristen Friedrich Carl von Savigny¹⁾ wird in der älteren historischen Schule das Eigentum nur als Spiegelbild der Entwicklung der Nationen in den verschiedenen Zeiten verstanden.²⁾ Es schließe sich die „begriffliche Auffassung des Privateigentums mit unterschiedlichen Merkmalen an die Nationalität“ in einem solchen Ausmaß an, daß Karl Knies sogar eine „nationale Auffassung des Privateigentums“ vorfindet.³⁾ Die Geschichte des Eigentums eines Volkes sei gleichsam die Literaturgeschichte seiner Handlungen.⁴⁾ Um die These von der Veränderbarkeit des Eigentums zu stützen, untersucht K. Knies das Eigentum bei den Hellenen, den Römern und den Germanen.

Nach der **nationalen** Grundanschauung der Hellenen sei der **Staat** der eigentliche und ursprüngliche Eigentümer allen Grund und Bodens gewesen. Das habe zur Folge gehabt, daß der Privateigentümer nur eine Verwaltung des Besitztums ausgeübt habe und in der Verfügung darüber nur soweit berechtigt gewesen sei, wie es den Zwecken des Gemeinwesens entsprochen habe. Eingriffe der griechischen Staatsgewalt seien daher grundsätzlich zulässig gewesen. Der Begriff des Privateigentums habe von vornherein diese Beschränkung in sich getragen.⁵⁾

Der **nationale** Grundzug des Privateigentums bei den Römern sei aus dem Lebensprinzip dieses Volkes hervorgegangen, das die Kriegseroberung gewesen sei. Der Gang der Eroberung und nicht ein ökonomischer Gesichtspunkt habe darüber entschieden, wieviel der römische Staat von den neu gewonnenen Territorien an sich gezogen habe und in welcher Weise er sie zur Nutznießung oder als bleibenden Besitz an einzelne überlassen habe. Je mehr aber im Verlauf der römischen Entwicklung das Eroberungsprinzip zurückgetreten sei, um so mehr hätten sich auch die staatlichen Beschränkungen des Privateigentums verloren, bis unter Justinians Gesetzgebung die volle Unbeschränktheit des Privateigentums erreicht worden sei.⁶⁾

Nach der **nationalen** Auffassung der Germanen sei das Privateigentum zwar nicht im Hinblick auf den Staat beschränkt gewesen, wohl aber mit Rücksicht auf die Familie und das Verhältnis des einzelnen zur Markgenossenschaft. Alle Gemein-

1) Friedrich Carl von Savigny, System des heutigen Römischen Rechts, I., II. und III. Bd., Berlin 1840

2) Vgl. K. Knies, Die politische Ökonomie vom geschichtlichen Standpunkte, Neue Auflage der Politischen Ökonomie vom Standpunkte der geschichtlichen Methode, Leipzig 1930, S. 198

3) Vgl. ebenda, S. 180, 183

4) Vgl. B. Hildebrand, Die Nationalökonomie der Gegenwart und Zukunft, S. 198

5) Vgl. K. Knies, Die politische Ökonomie vom geschichtlichen Standpunkte, S. 182 ff.

6) Vgl. K. Knies, Die politische Ökonomie vom geschichtlichen Standpunkte, S. 185 ff.

demitglieder hätten auf ihren Grundstücken die für die Feldmark vorgeschriebenen Vorschriften der Bodenbewirtschaftung einhalten müssen. Mit dem Eindringen des römischen Rechts in den germanischen Bereich sei dann erst die Dispositionsfähigkeit des einzelnen über das Grundeigentum freigestellt worden.¹⁾

Die Untersuchungen, die zeigen sollen, wie die unterschiedlichen Volkscharaktere den Begriff des Eigentums jeweils unterschiedlich geprägt haben, veranlassen K. Knies zu der Feststellung, daß die geschichtlichen Unterschiede sich gerade darin bemerkbar machen, wie die „Privateigentümer in sehr verschiedenen Abständen an dieses Eigentumsrecht herantreten“. ²⁾ Einmal sei es der Staat, ein andermal die Markgenossenschaft, die beachtet werden müssen, wenn der eigentliche Träger des Eigentumsrechtes aufgefunden werden solle.³⁾ Und K. Knies folgert daraus, daß der Begriff des Eigentums deswegen die **unbeschränkte** generelle Machtbefugnis des Eigentümers – der „Rechtsidee“ nach – nicht enthalten könne.⁴⁾ Er stimmt in diesen Ausführungen mit der historischen Rechtsschule überein, nach deren Lehre es allenfalls sinnvoll sei, in bezug auf jede Sache die **Frage** zu stellen, wer ihr Eigentümer sei. Aber da die Antwort auf diese Frage nur der Rechtserfahrung zu entnehmen sei, seien Privateigentum, beziehungsweise Gemeineigentum, keine apriorischen Rechtskategorien. Das einzige, was man mit Bestimmtheit sagen könne, sei die aus der Erfahrung gewonnene Feststellung, ob in dem untersuchten Zeitraum das eine oder das andere in Geltung gewesen sei oder noch gelte.⁵⁾

2. Die Eigentumslehre bei Wilhelm Arnold und Burkhard Leist

In ähnlicher Weise wie K. Knies unternimmt auch Wilhelm Arnold den Versuch, das Eigentum und seinen Begriff zu erklären.⁶⁾ Er bezieht sich aber dabei nicht auf die allgemeinen Volksanschauungen, sondern untersucht, welche Wirkungen sich für das Eigentum aus der Geldordnung eines Volkes ableiten lassen. Das Eigentum, so meint W. Arnold, hänge entscheidend von der Gestaltung des Geldwesens ab. Von dort her sei der Eigentumsbegriff im römischen Recht bestimmt worden. Den Maßstab für die Ausdehnung des Geldvolumens hätten nicht steigende Arbeitsteilung und vermehrte Produktion abgegeben. Den Römern habe der wirtschaftliche Begriff der Arbeit gefehlt, weshalb sich in Gewerbe und Handel kein eigener Mittelstand habe bilden können, der neben und an die Stelle des ackerbauenden Mittelstandes hätte treten können.⁷⁾ Der Maßstab für die Aus-

1) Vgl. ebenda, S. 194 ff.

2) Ebenda, S. 181

3) Vgl. K. Knies, Die politische Ökonomie vom geschichtlichen Standpunkte, S. 181

4) Vgl. ebenda, S. 207

5) Vgl. G. Radbruch, Rechtsphilosophie, 5. Aufl., hrsg. v. E. Wolf, Stuttgart 1956, S. 234

6) W. Arnold, Kultur und Recht der Römer, Berlin 1868; ders. Kultur und Rechtsleben, Berlin 1865

7) W. Arnold, Kultur und Recht der Römer, S. 29 ff, S. 329

dehnung des Geldvolumens sei das Wachstum des römischen Reiches durch Ausdehnung der Provinzen gewesen.¹⁾ Das Mißverhältnis zwischen der Ausdehnung der Produktion und der Ausdehnung des Geldvolumens habe dazu geführt, daß die Entwicklung des Kapitalbegriffs einseitig und mangelhaft geblieben sei. Es sei im wesentlichen Geldkapital ohne güterwirtschaftliches Äquivalent gewesen, was die Römer mit „caput“ oder „sors“ bezeichnet hätten. Die Möglichkeit einer produktiven Anlage sei ihnen völlig fremd geblieben.²⁾ Dies sei der Grund, warum im römischen Recht die **Forderung** von der Seite ihres Kapitalwertes gar nicht in Betracht gekommen sei, sondern nur von der Seite ihrer persönlichen Beziehung zwischen Gläubiger und Schuldner. Das Eigentum sei für die Römer die absolute Herrschaft über eine körperliche Sache gewesen, die Forderung (Ob-
ligation) nur das Recht auf eine persönliche Leistung. Der Unterschied zwischen Eigentum und Forderung sei dadurch ein gegensätzlicher und ausschließlicher geworden. Daher sei es nach römischem Recht auch ganz unzulässig, von einem **Rechtseigentum** zu sprechen, weil der Begriff des Eigentums sich immer nur auf körperliche Sachen beziehen kann. Rudolph Ihering habe diesen Tatbestand den „materialistischen Zuschnitt“ des Eigentumsbegriffs genannt, weil man sich bei der Frage der Begriffsbildung an äußere, in die Augen fallende Momente gehalten habe.³⁾ Dieser materialistische Zuschnitt ist allerdings in das Bürgerliche Gesetzbuch übernommen worden, wo im Paragraphen 903 nur ein Sacheigentum möglich ist, nicht aber ein Rechtseigentum, während nach Paragraph 241 der Inhalt des Schuldverhältnisses nur in dem Recht auf eine persönliche Leistung besteht.

Burkhard Leist entwickelt in seinem Buch „Über die Natur des Eigentums“⁴⁾, auf das sich auch K. Knes stützt,⁵⁾ zwei „*naturales rationes*“, die bei der Begründung des Eigentums die Grundelemente seien: das „Arbeitsprinzip“ und das „Substantialprinzip“.⁶⁾ Während beim Arbeitsprinzip der fundamentale Entstehungsgrund in der Arbeit liege, beinhalte das Substantialprinzip „den faktischen Fortbestand des einmal konstituierten Verhältnisses auch unter veränderten Umständen, die wohl auf die Sache umgestaltend einwirken, nicht aber im Stande sind, das Verhältnis selbst aufzuheben“.⁷⁾ Solange man nun der Fabrikation noch keine selbständige Bedeutung beigemessen habe, sei das Substantialprinzip vorherrschend gewesen. Sobald sich dann aber in den Lebensverhältnissen eines Volkes die fabrikatorische Arbeit in bedeutendem Umfange organisiert habe,

1) Vgl. ebenda, S. 330

2) Vgl. ebenda

3) Vgl. W. Arnold, Kultur und Recht der Römer, S. 147 f., 193, 306, 310, 330

4) Burkhard Leist, Über die Natur des Eigentums, Zivilistische Studien auf dem Gebiete dogmatischer Analyse, Jena 1859

5) Vgl. K. Knes, Die politische Ökonomie vom geschichtlichen Standpunkte, a. a. O. S. 201 f.

6) B. Leist, Über die Natur des Eigentums, a. a. O. S. 198

7) Ebenda (im Org. z. T. gesperrt)

müsse das Arbeitsprinzip an Geltung gewonnen haben. Und als sich schließlich der Handel immer mehr ausgebreitet habe, sei noch ein dritter „natürlicher Begriff“ entstanden, der die im Handel liegende Aneignung der Güter einschließe und damit eine dritte Begründung für das Privateigentum liefere.¹⁾ Daraus folge – wie Leist meint –, daß Begründung und Organisation des Eigentums sich in gleichem Maße entwickelt hätten, wie die Organisation der Arbeit und des Handels.²⁾

II. Die Eigentumslehre der jüngeren historischen Schule

1. Die Eigentumslehre bei Gustav Schmoller

„Die Geschichte des Eigentums reflektiert stets die ganze Geschichte der Gesellschaft und ihrer Organisation . . .“³⁾

Damit ergibt sich für Gustav Schmoller die Aufgabe einer eingehenden Untersuchung der geschichtlichen Prozesse, welche das Eigentum schufen und umgestalteten und die Darlegung der historischen Erscheinungsformen des Eigentums. Der Zweck seiner Untersuchungen sei es, die klassische Eigentumslehre zu korrigieren und die formalistische Betrachtung des Eigentums innerhalb des positiven Rechts zu erweitern.⁴⁾

Zu den ersten historischen Erscheinungsformen zählt Schmoller das Eigentum an Werkzeugen, Waffen, Kleidern, Nahrungs- und Genußmitteln. Im weiteren Verlauf der geschichtlichen Entwicklung sei das Sklaven- und Vieheigentum der älteren Ackerbauern und Hirten entstanden, später das Grundeigentum. Schmoller verfolgt diese Entwicklung bis zum europäischen kleinen und großen Grundeigentum im Mittelalter und bis zum heute geltenden Grundeigentumsrecht. Er widmet besondere Aufmerksamkeit der Entwicklung des städtischen Grund- und Hauseigentum und dem Kapitaleigentum.⁵⁾

Schmoller stellt fest, daß die Entwicklung vor allem folgende Tendenz anzeige: die zunehmende Verbindung eines freien Individualeigentum mit der Unterordnung dieses Eigentums unter die Gesamtinteressen des Staates.⁶⁾ Die unbeschränk-

1) Vgl. B. Leist, Über die Natur des Eigentums, S. 162 ff., 181

2) Vgl. ebenda, S. 181, 226

3) Vgl. G. Schmoller, Die soziale Frage, Klassenbildung, Arbeiterfrage, Klassenkampf, München/Leipzig 1918, S. 133; ders., Grundriß der allgemeinen Volkswirtschaftslehre, 1. Teil, 13. und 14. Aufl., München/Leipzig 1920, S. 424

4) Vgl. G. Schmoller, Die soziale Frage, S. 88, 135, 137; ders., Grundriß der allgemeinen Volkswirtschaftslehre, S. 397 f.

5) Vgl. G. Schmoller, Die soziale Frage, S. 88 - 122; ders., Grundriß der allgemeinen Volkswirtschaftslehre, S. 397 - 417

6) Vgl. G. Schmoller, Grundriß der allgemeinen Volkswirtschaftslehre, S. 403

te Verfügungsfreiheit der Wirtschaftssubjekte sei nicht das letzte Ergebnis der Entwicklung gewesen, vielmehr hätten sich neben dem Privateigentum neue Formen kollektiven Eigentums gebildet.¹⁾

In diese Entwicklung ordnet Schmoller auch die Tatsache ein, daß das ursprünglich reale Eigentum, das Sacheigentum, immer mehr in einer Art Buch- oder Papier-eigentum erscheine, wie in der Form von Forderungs- und Anteilsrechten von Aktionären, von Pfandbrief- und Sparkassenbuchinhabern. Obwohl diese Entwicklung die Möglichkeit einer zunehmenden „Demokratisierung“ des Eigentums eröffne, sieht Schmoller hiermit doch den formalen Weg angebahnt, auf dem sich das kollektive Eigentum in Zukunft ausdehnen werde. Er kommt zu diesem Ergebnis, weil er als notwendige Bedingung dieser Entwicklung das Auftreten von halböffentlichen und öffentlichen Organisationen annimmt, die einen immer größeren Teil des Kapitals aus Privathänden in die tatsächliche Verwaltung von Staat, Gemeinden, halböffentlichen Anstalten und Genossenschaften bringen.²⁾

Wegen dieser Entwicklung geht nach Schmoller der tatsächliche Inhalt des Eigentumsrechts nicht allein aus der rechtlichen Regelung des Paragraphen über das Eigentum hervor. Er betont, daß die Vorschriften des Steuerwesens, der Gewerbe- und Handelsfreiheit, ja überhaupt jede Bestimmung des privaten und öffentlichen Rechts hinzugenommen werden müßte, um den Inhalt des Privateigentums und den Charakter der Eigentumsordnung beurteilen zu können.³⁾ Schmoller stellt fest, „daß das Wesen des Eigentums sich nur erschöpft in den gesamten vielgestaltigen sozialen und wirtschaftlichen Institutionen, in den gesamten Beziehungen zwischen Individuen und Staat . . .“⁴⁾

Die Untersuchungen zur Entwicklung des Eigentums dienen Schmoller dazu, die Richtigkeit der klassischen Lehre, welche die Verhaltensweisen der einzelnen Wirtschaftssubjekte zum Ausgangspunkt nimmt, zu bestreiten. Es sei falsch, so meint Schmoller, bei der ökonomischen Begründung des Privateigentums vom einzelnen Wirtschaftssubjekt auszugehen.⁵⁾ Wohl treffe es zu, daß die Funktion des individuellen Eigentums darin liege, bestimmte Betätigungssphären für die einzelnen Wirtschaftssubjekte abzugrenzen, was eine Voraussetzung für steigende Arbeitsleistung und Kapitalbildung sei.⁶⁾ Dennoch impliziere dieser Ausgangs-

1) Vgl. G. Schmoller, Die soziale Frage, S. 126

2) Vgl. G. Schmoller, Die soziale Frage, S. 121; ders., Grundriß der allgemeinen Volkswirtschaftslehre, S. 417

3) Vgl. G. Schmoller, Über einige Grundfragen des Rechts und der Volkswirtschaft, Ein offenes Sendschreiben an H. v. Treitschke 1874/75, in: ders., Über einige Grundfragen der Sozialpolitik und der Volkswirtschaftslehre, Leipzig 1898, S. 76

4) G. Schmoller, Die soziale Frage, S. 138

5) Vgl. G. Schmoller, Die soziale Frage, S. 137 f.; ders., Über einige Grundfragen des Rechts, S. 71 f.

6) Vgl. G. Schmoller, Die soziale Frage, S. 87, 136, 138

punkt zu sehr die Vorstellung, daß das Eigentum die Herrschaft eines Individuums über eine Sache sei, was nicht der Wirklichkeit entspreche. In unserer arbeitsteilig zusammenwirkenden Gesellschaft seien es „dem Wert und der Substanz nach . . . heute ebenso die Gesellschaft als das Individuum, . . . die in . . . Gesamttätigkeit das Eigentum schaffen“. ¹⁾ Die Rechtfertigung des Privateigentums vom einzelnen Wirtschaftssubjekt her „ignoriert alles Gemeinschaftseigentum“. Sie übersehe die Funktionen des großen Eigentums gesellschaftlicher Organisationen. ²⁾ Daraus folgt, daß aus Gründen des „Gesamtwohls“ die Verfügungsmacht der Wirtschaftssubjekte über das Eigentum einzuschränken ist. Diese Forderung gilt nach Schmoller insbesondere unter den Bedingungen höherer Bedürfnisse, fortschreitender Technik ³⁾ und der Bildung von Großunternehmungen. ⁴⁾ Der Ruf nach dem Staat, nach teilweiser oder völliger Verstaatlichung des Eigentums, ergibt sich als ultima ratio gegenüber der Konzentration des Eigentums, die den Inhabern des Eigentums wegen ihrer Monopolstellung eine Machtposition verschaffe. ⁵⁾

Schließlich führt Schmoller auch den Entwicklungsgedanken an, von dem er sagt, daß er die beherrschende Idee seiner Zeit sei. Wie in der Vergangenheit, so werde auch in der Zukunft die Entwicklung notwendig mit einem Fortschritt verbunden sein, das gelte auch für das Eigentum. „Die Geschichte des Eigentums reflektiert . . . die Geschichte der **fortschreitenden** sittlichen Ideen“. ⁶⁾ Der Fortschritt werde sich darin äußern, daß immer mehr „die Gesamtinteressen, die sozialen Zweckmäßigkeiten, . . . in alle Rechtssatzungen des Eigentums eingeschoben und . . . edlere höhere Formen des privaten und kollektiven Eigentums erzeugt“ werden. ⁷⁾

2. Die Eigentumslehre bei Werner Sombart

Der „theoretisch-abstrakten“ wie auch der „realistisch-empirischen“ Behandlung der Eigentumsproblematik habe eine gedankliche Systematisierung vorauszugehen. ⁸⁾ Als Ausgangspunkt dient Werner Sombart die „Idee der Wirtschaft“, welche den Geist, die Form und die Technik als Grundbestandteile der Wirtschaft in

1) G. Schmoller, Über einige Grundfragen des Rechts, S. 71

2) Vgl. G. Schmoller, Die soziale Frage, S. 136 f.

3) Vgl. G. Schmoller, Grundriß der allgemeinen Volkswirtschaftslehre, S. 340

4) Vgl. G. Schmoller, Grundriß der allgemeinen Volkswirtschaftslehre, S. 516

5) Vgl. G. Schmoller, Die soziale Frage, S. 132 f.; ders., Grundriß der Volkswirtschaftslehre, S. 424

6) G. Schmoller, Die soziale Frage, S. 133 (Sperrung v. Verf.)

7) Vgl. G. Schmoller, Die soziale Frage, S. 133; ders., Grundriß der allgemeinen Volkswirtschaftslehre, S. 424

8) Vgl. W. Sombart, Der moderne Kapitalismus, 1. Bd., 6. Aufl., München 1924, S. 24; ders., Die Ordnung des Wirtschaftslebens, Berlin 1925, S. 5

einer gedanklichen Form zusammenfasse. Daraus leitet Sombart den Begriff des „Wirtschaftssystems“ ab. Alle nationalökonomischen Begriffe, auch der Begriff des Eigentums seien dem aus der „Idee der Wirtschaft“ abgeleiteten Grundbegriff, dem Begriff des „Wirtschaftssystems“ unterzuordnen.¹⁾

Bei dem das jeweilige Wirtschaftssystem bestimmenden Geist unterscheidet Sombart das Bedarfsdeckungsprinzip und das Erwerbs- oder Gewinnprinzip.²⁾ Hinter ein und derselben Rechtsbeziehung könne sich eine unterschiedliche Wirtschaftsgesinnung verbergen. Die Untersuchung dieser Unterschiede sei ein wesentlicher Gesichtspunkt, mit dem sich die nationalökonomische Analyse des Eigentums von der juristischen deutlich abhebe.³⁾

Die historische Geltung des Bedarfsdeckungsprinzips erstreckt sich nach Sombart nur auf die Zeit der frühen Eigenwirtschaft und des Handwerks, also auf die Zeit der nichtkapitalistischen Wirtschaftssysteme. Da bei Geltung des Bedarfsdeckungsprinzips die Deckung eines **bestimmten** Bedarfs der Zweck alles Wirtschaftens sei, kommt Sombart zu dem Schluß, daß unter Geltung dieses Prinzips die Eigentumsbeziehung von solcher Art gewesen sein müsse, wie sie auch der Jurist versteht: es komme in ihr die rechtlich geschützte Beziehung einer Person zu einer Sache noch unverfälscht zum Ausdruck.⁴⁾

Bei Geltung des Bedarfsdeckungsprinzips übt das Privateigentum kaum einen fördernden Einfluß auf die wirtschaftliche Aktivität aus. Denn der „Grundzug des vorkapitalistischen Daseins ist der der sicheren Ruhe“.⁵⁾ Beim Privateigentum als der Beziehung einer Person zu einer Sache handelt es sich daher um eine „rein qualitative Beziehung“.⁶⁾ Der Eigentümer rechne sein Eigentum nicht in einen rein quantitativ erfaßbaren, in Geld ausdrückbaren Wertbetrag um, was für Sombart gleichbedeutend ist mit der Feststellung, daß dieses Eigentum in keinem Fall Eigenschaften annehmen könne, die dem Kapital eigentümlich seien.⁷⁾

Fortdauernde Bewertung des Eigentums und seine Darstellung in einem einheitlichen Wertausdruck sei der Wesenszug des Eigentümers, dessen wirtschaftliches Verhalten durch das Erwerbs- oder Gewinnprinzip bestimmt werde. Er ist der Eigentümer des kapitalistischen Wirtschaftssystems. Zweck des Wirtschaftens sei hier nicht die Deckung von Bedürfnissen, sondern die Erzielung von Gewinn, die

1) Vgl. W. Sombart, Der moderne Kapitalismus, 1. Bd., S. 21 f., ders., Die Ordnung des Wirtschaftslebens, S. 14

2) Vgl. W. Sombart, Die Ordnung des Wirtschaftslebens, S. 15

3) Vgl. W. Sombart, Der moderne Kapitalismus, 1. Bd., S. 314

4) Vgl. W. Sombart, Der moderne Kapitalismus, 1. Bd., S. 36

5) W. Sombart, Der moderne Kapitalismus, 1. Bd., S. 39

6) Vgl. W. Sombart, Der moderne Kapitalismus, S. 36

7) Vgl. W. Sombart, Der moderne Kapitalismus, 1. Bd., S. 180, 2. Bd., S. 120

Vermehrung anfänglichen Eigentums ausgedrückt in Geldeinheiten.¹⁾

Der Vorgang bleibe nicht ohne Folgen auf die Beziehung des Eigentümers zu seinem Eigentum. Sombart meint, daß nicht nur die qualitative Beziehung, sondern auch die quantitative Beziehung des Eigentümers zu seinem Eigentum an Bedeutung verliere. Der Gegenstand, den der Jurist allgemein als Eigentum bezeichnet, erscheine zuletzt als etwas „Seständiges“, das einer eigenen Gesetzmäßigkeit unterliege. Ökonomisch gesehen werde also das Eigentum im Sinne einer rechtlich geschützten Beziehung einer Person zu einer Sache bedeutungslos. Eine andere Eigentumsauffassung füllt die entstehende Lücke: Eigentum wird die rechtlich geschützte Beziehung zwischen Personen, Eigentum wird zur „Personenbeherrschung“. Der rechtliche Inhalt der Verfügungsgewalt wirke sich ökonomisch dahingehend aus, daß der Eigentümer von Produktionsmitteln die Macht erhalte, andere für sich tätig werden zu lassen. Der Eigentümer könne über die Arbeitsleistung anderer zu den von ihm gesetzten Bedingungen verfügen.²⁾

Das Privateigentum erhält diesen Inhalt, weil das kapitalistische Wirtschaftssystem seiner „Form“ nach aristokratisch organisiert sei. Es gibt eine kleine Zahl selbständiger Wirtschaftssubjekte, die die Besitzer der Produktionsmittel sind, und eine Vielzahl von Wirtschaftsobjekten, das sind die besitzlosen „Nurarbeiter“, die sich gegenüber den Wirtschaftssubjekten in völliger Abhängigkeit befinden.³⁾ So wird nach Sombart das Privateigentum an Produktionsmitteln im kapitalistischen Wirtschaftssystem immer Personenbeherrschung sein, auch wenn es sich zunächst nur als eine Sachbeherrschung darstelle.⁴⁾

Sombart weist darauf hin, daß sich aus der kapitalistischen Eigentumsordnung Kräfte entwickeln, die mit „innerer Notwendigkeit“ auf die Umgestaltung des Wirtschaftssystems drängen.⁵⁾

1) Vgl. W. Sombart, Der moderne Kapitalismus, 1. Bd., S. 320

2) Vgl. W. Sombart, Der moderne Kapitalismus, 1. Bd., S. 584 f.

3) Vgl. W. Sombart, Der moderne Kapitalismus, 1. Bd., S. 319; ders., Die Ordnung des Wirtschaftslebens, S. 29

4) Vgl. W. Sombart, Der moderne Kapitalismus, 1. Bd., S. 585

5) Vgl. W. Sombart, Die Ordnung des Wirtschaftslebens, S. 32

D. Die Eigentumslehre der sozialrechtlichen Schule

Ähnlich wie die historische Schule betont auch die sozialrechtliche Schule den engen Zusammenhang von Wirtschaftstheorie und gesellschaftlichen Faktoren. Ein gesellschaftlicher Faktor ist für die sozialrechtliche Schule die Rechtsordnung. Rechtsordnung bedeutet die „Statuierung von Eigentumsverhältnissen“. ¹⁾ Das Recht „bildet stets den Rahmen, innerhalb dessen die wirtschaftenden Menschen ihre Ziele verfolgen und miteinander in Beziehung treten“. ²⁾ Jeder wirtschaftliche Akt setze Rechtsformen voraus, jedes wirtschaftliche Verhältnis sei zugleich ein Rechtsverhältnis. Daher seien alle wirtschaftlichen Erscheinungen nur unter der Bedingung rechtlicher Regelung zu erkennen. Und so gehören die Rechtsordnung und die durch sie bestimmten Eigentumsverhältnisse „nicht an die letzte, sondern an die allererste Stelle, wenn man von den Faktoren spricht, welche die Wirtschaftsgestaltung bestimmen“. ³⁾

Der Fehler der sozialrechtlichen Schule liegt darin, daß sie im Recht das wichtigste Datum sieht, von dem der Wirtschaftsprozess abhängt, während sie die anderen Daten vernachlässigt. Der Wirtschaftsprozess hängt auch noch von anderen Daten ab, so etwa von den Bedürfnissen und ihrer Rangordnung, von der Menge der vorhandenen Güter, ihren Knappheiten usw. Nach sozialrechtlicher Auffassung lassen sich aus dem Knappheitsbegriff keine Gesetze ableiten, da es keinen Wirtschaftsvorgang gibt, der nicht zugleich auch „Rechtsvorgang“ sei. ⁴⁾ Der Knappheitsbegriff werde erst dann ökonomisch relevant, wenn festgestellt worden sei, wie die Menschen innerhalb bestimmter Rechtsordnungen mit der Knappheit fertig werden. ⁵⁾ Wenn die Überwindung der Knappheit und die individuelle Bedarfsdeckung in rechtlich unregulierten Bahnen verlaufe, sei dieser Vorgang kein Gegenstand wirtschaftswissenschaftlicher Forschung. ⁶⁾

Wie die historische Schule stellt auch die sozialrechtliche Schule fest, daß der Inhalt des Eigentumsbegriffs relativ sei. ⁷⁾ Das Eigentumsrecht sei ein „Naturrecht mit wechselndem Inhalt“. ⁸⁾ Trotzdem zeigt sich in diesem Zusammenhang ein scharfer Gegensatz zur historischen Schule. Die sozialrechtliche Schule bestreitet, daß sich die Änderung des Eigentums in einem notwendigen Prozeß vollziehe, in

¹⁾ Vgl. K. Diehl, Die rechtlichen Grundlagen des Kapitalismus, Jena 1929, S. 34

²⁾ Vgl. K. Diehl, Die sozialrechtliche Richtung in der Nationalökonomie, Jena 1941, S. 54

³⁾ K. Diehl, Die sozialrechtliche Richtung in der Nationalökonomie, S. 54

⁴⁾ Vgl. K. Diehl, Die sozialrechtliche Richtung in der Nationalökonomie, S. 20

⁵⁾ Vgl. K. Diehl, Die sozialrechtliche Richtung in der Nationalökonomie, S. 105

⁶⁾ Vgl. K. Diehl, Die sozialrechtliche Richtung in der Nationalökonomie, S. 15 f.

⁷⁾ Vgl. B. Ischboldin, Die amerikanische institutionelle Nationalökonomie, in: Schmollers Jahrbuch für Gesetzgebung, Verwaltung und Volkswirtschaft, 63. Jahrg., 2. Heft, (1939) S. 21

⁸⁾ Vgl. R. Stammler, Wirtschaft und Recht nach materialistischer Geschichtsauffassung, Leipzig 1896, S. 178, 184 f.

einem wissenschaftlich nicht näher zu begreifenden Verfahren, das durch den „nationalen Volksgeist“ bestimmt werde. Sie bestreitet, daß es sich beim Eigentum um ein Gesamtphänomen handle, dessen Bestand man zwar erfahren, dessen Wesen man aber logisch nicht erklären und daher auch nicht bewußt gestalten könne. Die sozialrechtliche Schule setzt dem entgegen: „Non datur fatum“.¹⁾ Die Veränderung des Eigentumsrechts geschehe durch selbständige Ideen des Gesetzgebers. Durch bewußte und klare Zielsetzungen können neue gesetzliche Formen des Eigentumsrechts eingeführt werden.²⁾

I. Die deutsche sozialrechtliche Schule

1. Die Eigentumslehre bei Rudolf Stammler

Nach Rudolf Stammler kommt es bei der Bestimmung des Eigentumsbegriffs einzig auf die Rangordnung im Sinne des formalen Instanzenzuges an. Danach sei das Eigentumsrecht im Vergleich zu anderen Rechten an der Sache das letzte Recht, das im Instanzenzug drankomme. „Eigentümer einer Sache ist . . . die Person, deren rechtliches Ermessen für die Sache in **letzter Linie** nach dem Spruche des Gesetzes maßgebend ist.“³⁾ „In diesem Sinne, als **einer Frage**, die in notwendiger Allgemeinheit bei jedem Rechtszustande sich erhebt, wird auch **das Eigentum** ein Begriff von **allgemeiner** Bedeutung sein. Die Antwort aber auf die Frage ist geschichtlich wechselnd und verschieden“.⁴⁾

Stammler betont, daß für die Begriffsbildung auch bei ökonomischen Untersuchungen die „rechtliche Regelung“ entscheidend sei. So habe zum Beispiel „Vermögen . . . nur Sinn unter der Voraussetzung einer sozialen Regelung, geschichtlich genommen derjenigen, wonach Privateigentum und Tauschverkehr besteht“.⁵⁾ Ähnliches gelte für den Begriff des Kapitals. „Begriff und Lehre vom Kapital . . . setzen das Privateigentum einzelner an den Produktionsmitteln voraus“.⁶⁾

„Mit dem Wegdenken dieser Rechtseinrichtung verschwindet alles, was von der kapitalistischen Art der Sozialwirtschaft beobachtet und gelehrt worden ist; und ob man nun für etwas ganz anderes, nämlich für die im Gemeineigentum stehenden Produktionsmittel, denselben Namen des Kapitals anwenden will, . . . wird

1) Vgl. R. Stammler, Wirtschaft und Recht nach materialistischer Geschichtsauffassung, S. 36 f.

2) Vgl. K. Diehl, Die rechtlichen Grundlagen des Kapitalismus, S. 62

3) R. Stammler, Eigentum und Besitz, in: Handwörterbuch der Sozialwissenschaften, 3. Bd., 2. Aufl., Jena 1900, S. 304

4) R. Stammler, Eigentum und Besitz, S. 302 f.

5) R. Stammler, Wirtschaft und Recht nach materialistischer Geschichtsauffassung, Leipzig 1896, S. 206

6) R. Stammler, Wirtschaft und Recht nach materialistischer Geschichtsauffassung, S. 205

nahe liegenden Bedenken unterliegen . . . Wollte aber endlich jemand den Ausdruck Kapital kurzer Hand mit dem Begriffe der Produktionsmittel überhaupt identifizieren, so würde von dem letzteren eine sozial bedeutsame Lehre eben niemals aufgestellt werden können, als nach vorausgegangener Frage: Wer ist nach der betreffenden sozialen Regelung über jene verfügungsberechtigt ? " Ebenso verhalte es sich auch mit den Konsumgütern. Eine bloße Anhäufung von Gebrauchsobjekten sei für die national-ökonomische Untersuchung ohne Interesse, sofern nicht die Frage erörtert werde, „wer darüber in letzter Linie oder vorgängig nutzend zu disponieren befugt ist . . . Es ist beispielsweise das Privateigentum und die freie Verkäuflichkeit der Sache, welche diese zur Ware allererst abstempeln“.¹⁾

Wegen dieser starken Betonung des rechtlichen Gesichtspunktes wurde R. Stammler von Max Weber kritisiert. Vom Standpunkt der Soziologie „koinzidieren“ juristischer und ökonomischer Eigentumsbegriff nicht.²⁾ Zwar könne der rechtliche Begriff nach Max Weber als eine Vorform, als eine vorläufige Orientierung benutzt werden. Er sei dann aber nachträglich mit Hilfe ökonomischer Überlegungen neu zu definieren. Während der juristische Forscher die im Paragraphen über das Eigentum in Worte gefaßte Gedankenverbindung als ein Objekt begrifflicher Analyse behandle, frage der Soziologe nicht nach der begrifflichen Bedeutung, sondern nach der empirischen Wirkung.³⁾ Deshalb sei es für die Soziologie auch ziemlich gleichgültig, warum die gegenseitige Respektierung der Verfügungsmacht über das Eigentum stattfinde, ob mit Rücksicht auf eine konventionelle Norm oder eine Rechtsnorm.

2. Die Eigentumslehre bei Karl Diehl

Karl Diehl übernimmt die Eigentumslehre von R. Stammler. Auch er betont, daß der Eigentumsbegriff der Rechtswissenschaft für nationalökonomische Untersuchungen zu übernehmen sei. Keinesfalls sollte ein neuer Eigentumsbegriff gefunden werden. Es gibt nicht einen juristischen **und** einen nationalökonomischen Begriff.⁴⁾ Die Lehre, daß bei jeder ökonomischen Erscheinung die rechtliche Regelung den Vorrang habe, wendet Diehl ebenfalls auf den Begriff des Kapitals an. „Ohne die Institution des privaten Eigentums sind alle für den Kapitalbegriff wichtigen volkswirtschaftlichen Erwägungen sinnlos“.⁵⁾ Aus diesem Grund sei das Kapital auch „nichts Greifbares, Materielles“. „Wir dürfen uns unter Kapital nicht etwa Maschinen oder Rohstoffe vorstellen, sondern Kapital ist immer etwas, was

1) R. Stammler, Wirtschaft und Recht nach materialistischer Geschichtsauffassung, S. 205

2) Vgl. M. Weber, R. Stammers Überwindung der materialistischen Geschichtsauffassung, in: J. Winckelmann (Hrsg.), Gesammelte Aufsätze zur Wissenschaftslehre, 2. Aufl., Tübingen 1951, S. 344

3) Vgl. M. Weber, Stammers Überwindung der materialistischen Geschichtsauffassung, S. 345 f.

4) Vgl. K. Diehl, Theoretische Nationalökonomie, 2. Bd, Die Lehre von der Produktion, Jena 1924, S. 213; ders., P. J. Proudhon, Seine Lehre und sein Leben, Halle a./S. 1888, S. 25

5) K. Diehl, Die sozialrechtliche Richtung in der Nationalökonomie, Jena 1941, S. 97

mit rechtlichen Institutionen zusammenhängt". Unter Kapital verstehen wir „eine **Rechtsbeziehung** zu bestimmten Gütervorräten".¹⁾ „Kapital ist ein zahlungsmachtverleihendes subjektives Recht".²⁾

Diehl vertritt in der Eigentumslehre nicht den gleichen Standpunkt wie Max Weber. Er kritisiert Max Webers „scharfe Trennung zwischen Sozialökonomik und Rechtsordnung". Er setzt sich besonders mit der Meinung von Max Weber auseinander, wonach „die Rechtsordnung nur bestimmte **Chancen** für die Wirtschaftssubjekte biete".³⁾ Nach Max Weber besage der Paragraph 903 des Bürgerlichen Gesetzbuches: Die Wirtschaftssubjekte haben die **Chance**, daß bestimmte, mit dem Eigentum verknüpfte Interessen einen besonders nachdrücklichen, besonders selten versagenden Schutz genießen. Dagegen wendet Diehl ein, daß die Rechtssetzung des Eigentums den Wirtschaftssubjekten nicht nur eine **Chance** biete, sondern weit darüber hinaus die für das Wirtschaftsleben bestimmende „Grundnorm" sei.⁴⁾

Die Betonung der Rechtsnorm als der bestimmenden Grundnorm für das Wirtschaftsleben zeigt sich auch in dem Verhältnis von Wirtschaftsordnung, Rechtsordnung und Wirtschaftsverfassung. „Bei allen . . . Rechtsordnungen handelt es sich um die Statuierung von Eigentumsverhältnissen, und die Eigentumsverhältnisse wiederum sind für die Wirtschaftsverfassung grundlegend bestimmend".⁵⁾ Die Wirtschaftsverfassung ist also bei Diehl in erster Linie immer Eigentumsverfassung, die Art der Regelung des Eigentums ist nahezu das einzige Kriterium und das unterscheidende Merkmal der Wirtschaftsverfassungen.⁶⁾ Wohl seien auch Wirtschaftsgestaltungen ante und extra legem möglich, jedoch handle es sich dann um vorläufiges interimistisches Recht.⁷⁾ Deswegen müßten für eine neue Wirtschaftsordnung auch gänzlich neue Rechtsnormen eintreten. Sozialistische Wirtschaft würde eine völlige Umwandlung unserer Rechtsordnung voraussetzen.⁸⁾ Im Prinzip stimmen bei Diehl also Wirtschaftsordnung und Rechtsordnung immer überein. Nicht der gleichen Meinung ist W. Eucken, der den Standpunkt vertreten hat, daß die jeweiligen Wirtschaftsordnungen nicht den jeweils geltenden Rechtsordnungen gleichzusetzen sind. Es komme nicht nur auf die Rechtsnormen an, sondern auch auf die wirtschaftlichen Ordnungstat-sachen. Es läßt sich „aus der Feststellung, daß irgendwo Privateigentum bestand,

1) K. Diehl, Die rechtlichen Grundlagen des Kapitalismus, S. 5

2) K. Diehl, Die rechtlichen Grundlagen des Kapitalismus, S. 28

3) Vgl. K. Diehl, Die rechtlichen Grundlagen des Kapitalismus, S. 33 f.

4) Vgl. K. Diehl, Die rechtlichen Grundlagen des Kapitalismus, S. 32 ff.

5) K. Diehl, Die rechtlichen Grundlagen des Kapitalismus, S. 34

6) Vgl. K. Diehl, Die sozialrechtliche Richtung in der Nationalökonomie, S. 19

7) Vgl. K. Diehl, Die sozialrechtliche Richtung in der Nationalökonomie, S. 55

8) Vgl. K. Diehl, Die sozialrechtliche Richtung in der Nationalökonomie, S. 31

noch nichts Sicheres auf das Ordnungsgefüge der Wirtschaft schließen".¹⁾ Den gleichen Standpunkt vertritt auch Max Weber. Der Paragraph 903 unseres Bürgerlichen Gesetzbuches über das Eigentum könnte völlig unverändert in Geltung bleiben und dennoch könnte die Wirtschaftsordnung sich so verändern, daß kein Mensch behaupten würde, sie sei noch dieselbe wie früher. Es sei nicht ausgeschlossen, daß bei vollem Bestehenbleiben des Bürgerlichen Gesetzbuches eine sozialistische Wirtschaftsordnung entstehen könnte.²⁾

II. Die amerikanische sozialrechtliche Schule

1. Die Eigentumslehre bei John R. Commons

Auch in den Vereinigten Staaten gibt es eine sozialrechtliche Richtung, deren bedeutendster Vertreter John R. Commons ist. Wie K. Diehl nachweist, stehen Commons' Anschauungen sowohl dem Institutionalismus wie auch dem Behaviorismus nahe.³⁾ Nicht nur die Erkenntnis der Institution des Eigentums in ihrer Verschiedenartigkeit und ihrem Wandel ist bedeutsam, sondern auch das Studium der menschlichen Verhaltensweisen. Aus dem Wandel der Institutionen lassen sich die Verhaltensweisen der Menschen hinsichtlich der Güterversorgung und ihre Veränderungen erklären.⁴⁾ Da sich das Interesse auf die Verhaltensweisen richtet, stimmen die Gedanken von John R. Commons mit denen von Max Weber überein. Danach besteht die Bedeutung des Rechtssatzes über das Eigentum darin, daß das Handeln rational an bestimmten Erwartungen orientiert werden kann, und zwar an Erwartungen über ein bestimmtes **Verhalten** anderer. Das empirische Gelingen des Rechtssatzes über das Eigentum bewirke ein „reales Sich-Verhalten von Menschen zueinander und zur außermenschlichen Natur.“⁵⁾

Ebenso besteht bei John R. Commons Übereinstimmung mit dem Gedankengut der österreichischen Grenznutzenschule. Er möchte dem Knappheitsbegriff von Carl Menger als einer „typischen Grundbeziehung der Wirtschaftswissenschaft“ ebenso Geltung verschaffen wie dem Recht. Auch berücksichtigt John R. Commons in Anlehnung an die österreichische Schule wieder das Zeitmoment. Wie ein Ver-

1) W. Eucken, Die Grundlagen der Nationalökonomie, 7. Aufl., Berlin-Göttingen-Heidelberg 1959, S. 54

2) Vgl. M. Weber, Die „Objektivität“ sozialwissenschaftlicher und sozialpolitischer Erkenntnis, in: J. Winckelmann (Hrsg.), Gesammelte Aufsätze zur Wissenschaftslehre, 2. Aufl., Tübingen 1951, S. 183

3) Vgl. K. Diehl, Die sozialrechtliche Richtung in der Nationalökonomie, S. 100 ff.

4) Vgl. G. Stavenhagen, Geschichte der Wirtschaftstheorie, 3. Aufl., Göttingen 1964, S. 223

5) Vgl. M. Weber, Über einige Kategorien der verstehenden Soziologie, in: J. Winckelmann (Hrsg.), Gesammelte Aufsätze zur Wissenschaftslehre, 2. Aufl., Tübingen 1951, S. 440

treter der österreichischen Schule, E. Böhm-Bawerk, ausführt, gehe es beim Eigentum nicht so sehr um die Sachgüter, sondern um den gesicherten Eintritt ihrer Nutzleistungen. Und da die meisten von ihnen in der **Zukunft** liegen, muß eine antizipative Berücksichtigung des zukünftigen Nutzens möglich sein, etwa in der Form, „daß wir mit mehr oder weniger Sicherheit für die Zukunft **erwarteten** Wirtschaftsnutzen . . . mit seinem Wert nicht minder in . . . unsere Vermögensliste eintragen als die . . . für ein augenblickliches Bedürfnis zu Gebote stehenden Güter“. Nach Meinung der österreichischen Schule handelt es sich also bei dem Eigentum an den zukünftigen Nutzungen um **Erwartungen**, so zum Beispiel die, „daß der Grund, auf dem mein Haus steht, dasselbe auch noch im folgenden Jahr tragen werde, oder daß eine Wechselforderung befriedigt werde“. Die Erwartung umschließe dabei das Ausbleiben aller Störungen des positiven Nutzenganges seitens Dritter.¹⁾

In Anlehnung an diese Gedanken entwickelt John R. Commons die Lehre vom „tangiblen“ Eigentum und vom „intangiblen“ Eigentum. Das tangible Eigentum bestehe in den zukünftigen Nutzungen physischer Dinge. Das intangible Eigentum bestehe in dem Recht auf zukünftige Transaktionen.²⁾ Der Wert des intangiblen Eigentums bemesse sich nicht nach dem „physischen Gebrauchswert“, sondern nach dem „Marktnappheitswert“. ³⁾ Intangibles Eigentum beinhalte den **erwarteten** Tauschwert von Haus- und Grundbesitz, Firmenwerten, Patentrechten, Bankeinlagen, Aktien, Obligationen, Arbeitsmöglichkeiten – unter Einschluß des erwarteten Risikos der ökonomischen Transaktion.⁴⁾ Intangibles Eigentum sei alles, was uns in die Lage versetze, mit Hilfe der Rechtsgeschäfte, die auf den Märkten abgeschlossen werden, ein Einkommen zu beziehen.⁵⁾ Es umschließe jeden **Anspruch** gegenüber dem Vermögen anderer, der in **Zukunft** realisiert werden soll.⁶⁾ Der Eigentumsbegriff, der alle Arten des Eigentums umfasse sei also „nicht nur als ein physisches Gut“ zu definieren, sondern auch als „Tauschwert von solchen Gütern und von Profiten, Löhnen, Renten, Krediten, Geld, Aktien, Obligationen, die ein Individuum besitzt oder zu besitzen **erwartet**, ja selbst des gesamten Geschäftes von Korporationen und Gesellschaften, an denen das Individuum teilnimmt oder teilzunehmen **erwartet**, indem es seine ökonomische Freiheit ausübt und seine Interessen verfolgt“. ⁷⁾ Das Recht, den

1) Vgl. E. Böhm-Bawerk, Rechte und Verhältnisse vom Standpunkt der volkswirtschaftlichen Güterlehre, S. 54, 70, 73 f, 117

2) Vgl. J. R. Commons, Das Anglo-amerikanische Recht und die Wirtschaftstheorie, in: Einkommensbildung, Die Wirtschaftstheorie der Gegenwart, 2. Bd., Wien 1928, S. 306

3) Vgl. J. R. Commons, Das Anglo-amerikanische Recht und die Wirtschaftstheorie, S. 308

4) Vgl. J. R. Commons, Legal Foundations of Capitalism, Madison 1957, S. 19, 159 f.

5) Vgl. J. R. Commons, Legal Foundations of Capitalism, S. 19

6) Vgl. J. R. Commons, Legal Foundations of Capitalism, S. 158

7) J. R. Commons, Das Anglo-amerikanische Recht und die Wirtschaftstheorie, S. 294

Tauschwert zu realisieren, sei allerdings nicht denkbar ohne das Recht des freien Zutritts zum Gütermarkt, zum Arbeitsmarkt, zum Geldmarkt.¹⁾ Und so enthalte das intangible Eigentum auch die „Freiheit des Marktzutritts“.²⁾ Der Begriff „fair competition“ habe sich gewandelt zum Begriff „property“.³⁾

2. Der Eigentumsbegriff in der amerikanischen Rechtsprechung

Um den Nachweis zu liefern, daß die oben dargelegten Veränderungen in der Eigentumsauffassung der Wirklichkeit entsprechen, bezieht sich John R. Commons auf die Entwicklung des Eigentumsbegriffs in den Entscheidungsberichten zum Anglo-amerikanischen Common Law. Im Jahre 1872 definierte der oberste Gerichtshof das Eigentum noch als physisches, tangibles Eigentum. Das sei die Eigentumsart der kolonialen Agrikulturperiode gewesen. In den folgenden 25 Jahren wurde dann in den Entscheidungen der amerikanischen Gerichte den Erwartungen von ökonomischen Transaktionen der Name Eigentum gegeben. Die Gerichtshöfe haben damit den Begriff erweitert, von der Bedeutung des Eigentums an physischen Dingen zu der modernen Vorstellung des intangiblen Eigentums. Im Jahre 1897 schließlich habe der oberste Gerichtshof Eigentum als einen „Betrieb“ definiert. Er habe den Wechsel von der Bedeutung der kolonialen Vorstellung eines physischen Dinges zu der Geschäftsvorstellung der erwarteten Wiederholung von gewinnbringenden Transaktionen vollendet.⁴⁾ O. W. Holmes, Richter beim Supreme Court of the United States, weist in seinem Buch, *The Common Law*, auf die unbefriedigende deutsche Rechtsregelung hin, wonach es nur ein Eigentum an physischen Dingen gibt, nicht aber ein Eigentum an Rechten.⁵⁾ Er betont, daß es sich nach amerikanischer Rechtsauffassung auch bei dem sogenannten Bodeneigentum - in Wirklichkeit immer nur um das Recht an den erwarteten Nutzungen handeln kann. Infolgedessen sei es im Hinblick auf „... the right of property ... only a question of degree, where the line shall be drawn“.⁶⁾

1) Vgl. J. R. Commons, *Legal Foundations of Capitalism*, S. 19

2) Vgl. J. R. Commons, *Das Anglo-amerikanische Recht und die Wirtschaftstheorie*, S. 307

3) Vgl. J. R. Commons, *Legal Foundations of Capitalism*, S. 18

4) Vgl. J. R. Commons, *Legal Foundations of Capitalism*, S. 11 f.; ders. *Das Anglo-amerikanische Recht und die Wirtschaftstheorie*, S. 304 ff.

5) Vgl. O. W. Holmes, *The Common Law*, Forty-Fifth Prinzing, Boston 1923, S. 218, 239 ff.

6) O. W. Holmes, *The Common Law*, S. 239 f.

E. Die Eigentumslehre des Sozialismus

Die Vertreter sozialistischer Kritik am Privateigentum lassen sich in fünf Gruppen unterteilen. Erstens gibt es jene Kritiker, die zwar das Recht des Privateigentums grundsätzlich bejahen, aber die bestehende Eigentumsverteilung verurteilen. Die Forderungen zielen also auf eine Änderung der bestehenden Eigentumsverteilung ab. Vertreter dieser Richtung sind J. L. Sismonde de Sismondi, Adolph Wagner, Albert Schäffle und Robert Oppenheimer.

Einer zweiten Gruppe geht es vor allem um die Änderung des Privateigentums durch Änderung der Wirtschaftsordnung. Sofern die Zustimmung zum Privateigentumsrecht vorliegt, ist sie nur formaler Natur. Materiell wird das Privateigentumsrecht durch die Einführung zentralverwaltungswirtschaftlicher Methoden ausgehöhlt, da die rechtlich bestehende Verfügungsfreiheit der Privateigentümer mindestens de facto stark eingeschränkt oder ganz aufgehoben ist. Mit dem Übergang zu einer Wirtschaftsordnung zentralverwaltungswirtschaftlichen Typs verlieren die Privateigentümer ihre ökonomischen Funktionen, auch wenn sie das Privateigentum an den Produktionsmitteln behalten.¹⁾ Sie werden in ihren Dispositionen von zentralen Planstellen abhängig. Die Entscheidung über die Verwertung der Produktionsmittel unterliegt einem staatlichen Verfügungsmonopol.²⁾ Obwohl das Privateigentum breit gestreut sein kann, ist die Verfügungsmacht über das Eigentum stark konzentriert. Wie K. Schiller meint, behält in diesem Fall das Privateigentum allenfalls noch einen „psychologischen Besitzwert“.³⁾ Vertreter dieser Richtung sind die Saint-Simonisten, Pierre Joseph Proudhon, Johann Gottlieb Fichte und Karl Renner.

Eine dritte Gruppe richtet ihre Kritik primär gegen die Rechtsinstitution des Privateigentums als solche. Statt des Privateigentums an den Produktionsmitteln wird das Gemeineigentum angestrebt. Die Frage, nach welchen Ordnungsprinzipien der Wirtschaftsprozess nach Beseitigung des Privateigentums gelenkt werden soll, wird wie bei Marx nicht beantwortet, oder es wird ein Produktionsministerium gefordert, welches die Verwendung der Produktionsmittel so lenkt, als ob vollständige Konkurrenz gegeben sei. Es wird betont, daß es sich im letzten Fall um einen in die sozialistische Wirtschaft „eingebauten Wettbewerb“ handele, weshalb für diesen Typ auch die Bezeichnung „marktwirtschaftlicher Sozialismus“ oder „Konkurrenzsozialismus“ verwendet wurde.⁴⁾ Ein Vertreter dieser Richtung ist J. Schumpeter.

1) Vgl. W. Eucken, Grundsätze der Wirtschaftspolitik, Bern/Tübingen 1952, S. 138

2) So bei Rathenau, bei dem „der Staat . . . zum Bewahrer und Verwalter großer Anlagemittel“ wird. (Von kommenden Dingen, in: H. W. Richter (Hrsg.), Walter Rathenau, Schriften und Reden, Frankfurt 1964, S. 92)

3) Vgl. K. Schiller, Sozialismus und Wettbewerb, in: Potthoff, Schiller, Schmid (Hrsg.), Grundfragen moderner Wirtschaftspolitik, 1. Bd., Frankfurt (o. J.), S. 237

4) Vgl. K. Schiller, Sozialismus und Wettbewerb, S. 229

Bei einer vierten Gruppe gibt es keine strenge Scheidung mehr zwischen der Einführung zentralverwaltungswirtschaftlicher Methoden und der Überführung des Privateigentums an den Produktionsmitteln in die Form des Gemeineigentums. Beide Richtungen werden miteinander verbunden, womit im Ergebnis das Eigentum an den Produktionsmitteln von vornherein **de facto** und **de jure** aufs äußerste in der Hand des Staates konzentriert wird. Vertreter dieser Richtung sind Carl Rodbertus-Jagetzow, Ferdinand Lassalle und Anton Menger.

Eine fünfte Richtung, welche von J. E. Meade auch als die „liberal-soziale“ Lösung bezeichnet wurde¹⁾ und in Anlehnung an Franz Oppenheimer einen „freiheitlichen Sozialismus“ vertritt,²⁾ setzt sich für eine „Synthese“³⁾ aller bisher vom Sozialismus geforderten Maßnahmen ein. Es wird eine gleichmäßigere Besitzverteilung verlangt, ferner die Einführung verwaltungswirtschaftlicher Elemente⁴⁾ und die Überführung bestimmter Industriezweige in die öffentliche Hand.⁵⁾ Die Realisierung dieser Forderungen bei gleichzeitiger Erhaltung des Wettbewerbs wird für möglich gehalten.⁶⁾ Der entscheidende Punkt, in dem sich diese Richtung von den vorher genannten unterscheidet, ist aber der, daß sowohl von einer strengen polizeistaatlichen Reglementierung des Wirtschaftslebens wie auch von dem Postulat der Vollsozialisierung Abstand genommen wurde. Wie E. Preiser betont, gelangt der freiheitliche Sozialismus zu diesem Ergebnis, weil die Fragen der Veränderung der Wirtschaftsordnung und der Abschaffung des Privateigentums nicht mehr das Ziel betreffen, sondern nur noch den Weg.⁷⁾ Das hat dieser Richtung freilich den Vorwurf eingetragen, in ihr seien Saint-Simonismus und Marxismus „in unklarer Weise miteinander vereinigt“.⁸⁾ W. Röpke befürchtet, daß der freiheitliche Sozialismus, der zwar die Existenz des Privateigentums bejaht, gleichzeitig das Privateigentum „... bis zur Bedeutungslosigkeit belasten und einschränken würde“.⁹⁾ „Das zwitterhafte Wirtschaftssystem, das der gemäßigste

1) Vgl. J. E. Meade, Planung und Preismechanismus, in: Salin/Spiethoff (Hrsg.), Probleme nationaler und internationaler Wirtschaftsordnung, Tübingen/Zürich 1955, S. 11

2) Vgl. K. Schiller, Sozialismus und Wettbewerb, S. 231

3) Vgl. K. Schiller, Der Christ und das Eigentum, in: ders., Aufgaben und Versuche zur Ordnung von Gesellschaft und Wirtschaft, Hamburg 1953, S. 66

4) Hierzu gehören alle Maßnahmen, die unter dem Stichwort „Planung im Großen“ und „Mitbestimmung“ vorgetragen werden.

5) Gedacht wird hierbei an eine Sozialisierung der Eisen- und Stahlindustrie, der chemischen Industrie und des Energie- und Transportwesens. (Vgl. J. E. Meade, Planung und Preismechanismus, S. 65 ff., K. Schiller, Sozialismus und Wettbewerb, S. 246)

6) „Für den Markt muß das Ordnungsprinzip der Konkurrenz gelten ...“ (K. Schiller, Der Christ und das Eigentum, S. 62)

7) Vgl. E. Preiser, Die Zukunft unserer Wirtschaftsordnung, 3. Aufl., Göttingen 1960, S. 30

8) Vgl. W. Röpke, Mass und Mitte, Erlenbach-Zürich 1950, S. 103

9) W. Röpke, Mass und Mitte, S. 102

Sozialismus schafft, macht . . . eine funktionierende Marktwirtschaft mehr und mehr unmöglich . . .“, weil er die Ordnungs- und Antriebskräfte der Marktwirtschaft zerstört.¹⁾

I. Die Kritik der Eigentumsverteilung

1. Die Eigentumslehre bei J. L. Sismonde de Sismondi

Sismonde de Sismondi verteidigt das Privateigentum und weist auf das Recht des Eigentümers hin, aus dem Besitz ein Einkommen zu beziehen. So habe der Bodeneigentümer ein Recht, für die Vorteile, welche der Produktivkraft des Bodens verdankt werden, einen Teil der Früchte den Arbeitern vorzuenthalten. Ebenso habe der Eigentümer von Nahrungsmitteln, Rohstoffen und Maschinen ein Recht auf einen Anteil als Entgelt für die Vorteile, welche er den Arbeitern zur Verfügung stellte.²⁾

Zugleich aber erhebt Sismondi den Vorwurf, daß die Gesellschaft in eine Klasse von Eigentümern und in eine Klasse von eigentumslosen Arbeitern geteilt sei. Seine Kritik richtet sich gegen eine Organisation der Gesellschaft, die dahin tendiere, „jede Art von Eigentum von jeder Art von Arbeit vollständig zu trennen“.³⁾ Sismondi betont, daß die „natürliche Ordnung“ nicht darauf abziele, die Arbeiter von dem Besitz zu trennen und die Besitzenden von der Arbeit. Die Scheidung in eine arbeitende und eine nicht arbeitende Klasse liege nicht im Wesen der Produktion, wie auch das Zusammenarbeiten der Klassen nicht entgegengesetzte Interessen hervorbringen muß. Beide Erscheinungen beruhen auf einem Mißbrauch.⁴⁾

Der Mißbrauch zeige sich in der Höhe der Anteile, welche die Eigentümer der Produktionsmittel für sich behalten. Sie sind dazu befähigt wegen der ungleichen Lage der Kontrahenten auf dem Arbeitsmarkt. Immer dann, wenn das Eigentum mit der Arbeit unter gleichen Bedingungen in den Wettbewerb trete, erhalte der Arbeiter kein genügendes Entgelt für seine Arbeit. Und soweit ist der Gewinn des Eigentümers Raub.⁵⁾

1) W. Röpke, Mass und Mitte, S. 101

2) Vgl. J. C. L. Sismonde de Sismondi, Neue Grundsätze der politischen Ökonomie (Nouveaux Principes d'économie politique, 1. Bd., 2. Aufl., Paris 1827) in: R. Prager (Hrsg.), Bibliothek der Volkswirtschaftslehre und Gesellschaftswissenschaften, 9. Bd., Berlin 1901, S. 67, 86 f.

3) Vgl. J. C. L. Sismonde de Sismondi, Neue Grundsätze der politischen Ökonomie (Nouveaux Principes d'économie politique, II. Bd., 2. Aufl., Paris 1827) in: R. Prager (Hrsg.), Bibliothek der Volkswirtschaftslehre und Gesellschaftswissenschaften, 10. Bd., Berlin 1902, S. 336

4) Vgl. J. C. L. Sismonde de Sismondi, Neue Grundsätze, II. Bd., S. 267 f.

5) Vgl. J. C. L. Sismonde de Sismondi, Neue Grundsätze, I. Bd., S. 66 f., 71, 79 f., II. Bd., S. 272

Wie kann die richtige Grenze zwischen den Ansprüchen des Eigentümers und denen des Arbeiters gefunden werden? Das Heilmittel liegt nach Sismondi nicht in einer Vergesellschaftung des Eigentums. Es liegt in der Beseitigung der Konzentration des Privateigentums. Ein „Gesetz soll dauernd die Teilung der Erbschaften begünstigen und nicht ihre Anhäufung“. ¹⁾ „Ich wünsche, daß die Industrie der Städte, wie die des Landbaues unter eine große Zahl unabhängiger Werkstätten geteilt werde und nicht unter einem einzigen Herrn vereinigt sei . . . ich wünsche, daß das Eigentum an den Manufakturen unter eine große Zahl mittlerer Kapitalisten geteilt sei und nicht einem einzigen Menschen . . . unterstehe“. ²⁾

Zur Herbeiführung dieser Eigentumsverteilung verlangt Sismondi keine gewaltsamen Eingriffe in die bestehende Eigentumsverteilung, sondern langsam wirkende, indirekte Mittel der Gesetzgebung. Vor allem aber sei es notwendig, dem Arbeiter „. . . an dem Eigentum und an der Sparsamkeit Interesse einzuflößen“. ³⁾

2. Die Eigentumslehre bei Adolph Wagner und Albert Schäffle

Obwohl Adolph Wagner Vertreter der Legaltheorie ist und das Privateigentum allein auf die „rechtsbildende Kraft des . . . Gemeinschaftslebens“ zurückführt, ⁴⁾ macht er es sich zur Aufgabe, die „sozialökonomische Zweckmäßigkeit“ des Privateigentums nachzuweisen. Die Institution des Privateigentums ist zweckmäßig, weil sie „die quantitativ stärkste und qualitativ beste Vermehrung des Nationalkapitals“ bewirkt. ⁵⁾

Bemerkenswert ist, daß Wagner einen Doppelbegriff des Kapitals zugrunde legt. Wenn er über die „Vermehrbarkeit des Nationalkapitals“ schreibt, meint er das Kapital als eine „rein ökonomische Kategorie“, neben der er noch das Kapital als „geschichtlich-rechtliche Kategorie“ unterscheidet. ⁶⁾ Kapital im ersten Sinne ist Produktionsmittelvorrat, Kapital im zweiten Sinne ist verknüpft mit dem Privateigentum, ist Kapitaleigentum.

Es fragt sich nun, in welcher Weise das Kapital als „geschichtlich-rechtliche Kategorie“ die Vermehrung des Nationalkapitals beeinflusst. Der Kapitalzuwachs hänge von ökonomischen Motiven ab, die sich aus den eigenen wirtschaftlichen Interessen und der individuellen Vorsorge ergeben und zu einer freiwilligen Beschränkung des Konsums führen. Die ökonomischen Motive seien untrennbar mit dem

¹⁾ J. C. L. Sismonde de Sismondi, Neue Grundsätze, II. Bd., S. 282

²⁾ J. C. L. Sismonde de Sismondi, Neue Grundsätze, II. Bd., S. 281

³⁾ Vgl. J. C. L. Sismonde de Sismondi, Neue Grundsätze, II. Bd., S. 281 ff.

⁴⁾ Vgl. A. Wagner, Grundlegung der politischen Ökonomie, Teil II, Volkswirtschaft und Recht, besonders Vermögensrecht, 3. Aufl., Leipzig 1894, S. 209

⁵⁾ Vgl. A. Wagner, Grundlegung der politischen Ökonomie, S. 308, 312

⁶⁾ Vgl. A. Wagner, Grundlegung der politischen Ökonomie, S. 292

Einkommensbezug des Eigentümers in Form von Renten und Zinsen verknüpft. Die Aussicht auf Zins und Rente sei ein Ansporn zur Vermehrung des Privatkapitals. Daher sei der private Rentenbezug für die gesamte Volkswirtschaft von wichtiger Bedeutung.¹⁾ Die Institution des Privateigentums finde darin ihre volkswirtschaftliche Rechtfertigung.²⁾ Das Privateigentum liege im „Interesse aller . . . gerade auch für die nicht . . . besitzenden Klassen“.³⁾

Wegen der günstigen Wirkungen auf die Kapitalbildung leistet die privatwirtschaftliche Produktionsweise quantitativ und qualitativ mehr als die zwangsgemeinschaftliche oder eine wie immer eingerichtete sozialistische Produktionsweise. Der Sozialismus setze sich über die entscheidende Frage hinweg, ob die Bildung von Nationalkapital ohne Vermittlung des Privateigentums erfolgreich sei.⁴⁾ Zwar räumt Wagner ein, daß die Kapitalbildung ohne Vermittlung des Privateigentums theoretisch unanfechtbar sei, jedoch seien in der Praxis die Voraussetzungen dafür nicht vorhanden. In einer sozialistischen Organisation müßte von einer obersten Produktionsleitung direkt ein Zwang ausgeübt werden, um eine größere Herstellung von Kapitalgütern statt von Konsumgütern zu erreichen. Und das setze Unabhängigkeit und Einsicht bei der Zentralgewalt voraus, sowie Handeln aus Uneigennützigkeit und Pflichtgefühl bei den abhängigen Wirtschaftssubjekten.⁵⁾

Adolph Wagner wird zu den Vertretern des Staatssozialismus gezählt,⁶⁾ weil er in der Frage, ob sich Grund und Boden im Privateigentum befinden sollen und wie der Rechtsinhalt bei Kapital- und Grundeigentum zu bestimmen sei, dem „selbständigen Abwägen und billigen Ermessen des Gesetzgebers“ einen weiten Spielraum zubilligt.⁷⁾ Wagner spricht dem Staat „die souveräne, Recht bildende Macht“ zu,⁸⁾ Kapital- und Grundeigentum immer dann einzuschränken oder abzuschaffen, wenn es das „Gemeinschaftswohl“ erfordert.⁹⁾

Albert Schäffle übernimmt die Gedanken von Wagner. Das Privateigentum und der Kapitalprofit haben ihre ökonomische Rechtfertigung, nicht weil der Eigentümer den vollen Wertbetrag seiner Eigentumssubstanz selbst erarbeitet hätte,

1) Vgl. A. Wagner, Grundlegung der politischen Ökonomie, S. 294, 305; ders., Die Abschaffung des privaten Grundeigentums, Leipzig 1870, S. 45, 68

2) Vgl. A. Wagner, Grundlegung der politischen Ökonomie, S. 312

3) Vgl. A. Wagner, Die Abschaffung des privaten Grundeigentums, S. 19

4) Vgl. A. Wagner, Grundlegung der politischen Ökonomie, S. 303

5) Vgl. A. Wagner, Grundlegung der politischen Ökonomie, S. 309 ff; ders., Die Abschaffung des privaten Grundeigentums, S. 46 f.

6) Vgl. C. Gide, C. Rist, Geschichte der volkswirtschaftlichen Lehrmeinungen, S. 499 ff.

7) Vgl. A. Wagner, Grundlegung der politischen Ökonomie, S. 250

8) Vgl. A. Wagner, Grundlegung der politischen Ökonomie, S. 251 f.

9) Vgl. A. Wagner, Grundlegung der politischen Ökonomie, S. 468

auch nicht weil der Kapitalprofit ein Produkt der zum Produktionsprozeß beitragenden Kapitalnutzung ist, sondern weil die Produktion sich anders nicht wirtschaftlich organisieren läßt.¹⁾

Auch Schäffle schränkt diese Aussage wieder ein, wenn er feststellt, daß die Frage, ob privates oder öffentliches Eigentum gelten soll, sich nicht allgemein beantworten lasse, da sie für die verschiedenen Güterarten verschieden nach den Sozialfunktionen zu entscheiden sei.²⁾ Verlange die „Gesamterhaltung“ in einem historischen Moment für diese oder jene Güterart öffentliches Eigentum, so sei es Aufgabe der gesetzgebenden Gewalt, dieses nach Maßgabe des „konkreten historischen Bedürfnisses“ einzuführen.³⁾

3. Die Eigentumslehre bei Franz Oppenheimer

Franz Oppenheimer geht in seiner Eigentumslehre von der „soziologischen Staatsidee“ aus, die er von L. Gumplowicz übernimmt.⁴⁾ Danach entsteht der Staat durch das naturgesetzliche Aufeinanderprallen zweier heterogener Gruppen, mit dem Ergebnis, daß die höher entwickelte Gruppe die weniger entwickelte Gruppe unterjocht und beherrscht. „Die Herrschaft der mächtigeren sozialen Gruppe über die schwächere ist ein Naturgesetz“.⁵⁾ Die Rolle, welche das Privateigentum dabei spielt, ist die, als Mittel der Herrschaft und als Grundlage des Staates zu dienen. Der Rechtsstaat, der nichts anderes darstellt als eine von der erobernden Gruppe der unterworfenen Gruppe aufgezwungene Rechtseinrichtung, stattet die bei der Eroberung und Unterwerfung erfolgte Aneignung des Bodens, das „primäre Gewalteeigentum“ mit Rechtskraft aus und **sperrt** damit für alle Unterworfenen den Zugang zum Boden. Für die Unterworfenen wird der Boden als Eigentumsobjekt unerreichbar.⁶⁾ Damit ergibt sich die Trennung der Wirtschaftssubjekte in zwei Klassen. Einer Klasse von nur wenigen Großeigentümern steht eine zweite Klasse, die Vielzahl der Besitzlosen gegenüber. Das Verhältnis, in dem sich die beiden Klassen befinden, bezeichnet Oppenheimer als ein „gesellschaftliches Klassenmonopolverhältnis“.⁷⁾ Dabei wird der Begriff des Monopols durch die „einseitige

1) Vgl. A. Schäffle, *Bau und Leben des sozialen Körpers*, I. Bd., Tübingen 1875, S. 767 ff.; ders., *Das gesellschaftliche System der menschlichen Wirtschaft*, II. Bd., 3. Aufl., Tübingen 1873, S. 389 f.

2) Vgl. A. Schäffle, *Bau und Leben des sozialen Körpers*, I. Bd., S. 769 f., III. Bd., S. 390

3) Vgl. A. Schäffle, *Bau und Leben des sozialen Körpers*, III. Bd., S. 390

4) Vgl. F. Oppenheimer, *Theorie der reinen und politischen Ökonomie*, 2. Aufl., Berlin 1911, S. 39; vgl. L. Gumplowicz, *Das Eigentum als soziale Tatsache*, in: ders., *Soziologische Essays*, Innsbruck 1899, S. 63 ff.

5) F. Oppenheimer, *Theorie der reinen und politischen Ökonomie*, S. 343

6) Vgl. F. Oppenheimer, *Theorie der reinen und politischen Ökonomie*, S. 38 f., 46, 254 f.; ders., *Weder Kapitalismus noch Kommunismus*, 3. Aufl., Stuttgart 1962, S. 7

7) Vgl. F. Oppenheimer, *Theorie der reinen und politischen Ökonomie*, S. 257, 259

Dringlichkeit des Austauschbedürfnisses“ der besitzlosen Klasse bestimmt.¹⁾ Das Monopol der Besitzenden im Rechtsstaat und die außerökonomische Gewalt, mit der das „primäre Gewalteigentum“ begründet wurde, drücken den gleichen Tatbestand aus. Nur wird die außerökonomische Gewalt durch das Monopol zu einer ökonomischen Kategorie umgeformt.²⁾

Da nicht das Privateigentum zuerst vorhanden war und die Klassenscheidung begründete, sondern die Klassenscheidung außerökonomisch bedingt ist und damit das Privateigentum möglich machte,³⁾ wurzelt das Grund- und Kapitaleigentum nur „formell im Privatrecht des Eigentums“, der Sache nach aber in dem gewaltsam eingeführten Klassenmonopolverhältnis.⁴⁾ Daher gelten alle Produktionsmittel, die sich im Privatbesitz befinden, auch im Rechtsstaat als „sekundäres Gewalteigentum“.⁵⁾

Wenn das Privateigentum im Klassenmonopolverhältnis wurzelt, tritt die „Sache“, auf die sich der Paragraph 903 des Deutschen Bürgerlichen Gesetzbuchs bezieht, in den Hintergrund. Auch trifft die Befugnis des Eigentümers, über die Sache zu verfügen, nicht das Wesen des Eigentums. Das „subjektive Verhältnis“ zwischen „einer ökonomischen Person und einem von ihr beschafften Wertding: des Inhalts, daß diese Person die Berechtigung empfindet, das Wertding für ihre Bedürfnisse zu verwenden“ gilt als ein „Naturverhältnis“.⁶⁾ Was dagegen für das Privateigentum allein von Bedeutung ist, ist die „gesellschaftlich-ökonomische Kategorie“, ist das Eigentum als Rechtstitel und juristischer Ausweis für den Anteil am Klassenmonopol.⁷⁾ Jedes „Kapitalstück“ in der Hand des Eigentümers ist nichts anderes als ein „nutzbarer Anteil am Klassenmonopol“.⁸⁾ Zins und Rente fließen aus dem im Privateigentumsrecht fundierten „nutzbaren Anteil“ an dem Klassenmonopolverhältnis.⁹⁾ Die „gesellschaftliche Lage“ der Bedürftigen gegenüber den Eigentümern der benötigten Güter ist die Ursache der Zins- und Rentenbezüge und entscheidet zugleich über deren Höhe.

In der „reinen Ökonomie“, die sich von der „politischen Ökonomie“ dadurch unterscheidet, daß in ihr die Bodensperre aufgehoben ist, würde das Klassenmono-

1) Vgl. F. Oppenheimer, Weder Kapitalismus noch Kommunismus, S. 177

2) Vgl. F. Oppenheimer, Weder Kapitalismus noch Kommunismus, S. 288 f.; ders., Theorie der reinen und politischen Ökonomie, S. 39

3) Vgl. F. Oppenheimer, Grundriß der theoretischen Ökonomik, II. Teil, Jena 1926, S. 23

4) Vgl. F. Oppenheimer, Theorie der reinen und politischen Ökonomie, S. 196

5) Vgl. F. Oppenheimer, Theorie der reinen und politischen Ökonomie, S. 261

6) Vgl. F. Oppenheimer, Grundriß der theoretischen Ökonomik, I. Teil, S. 53

7) Vgl. F. Oppenheimer, Theorie der reinen und politischen Ökonomie, S. 545; ders., Grundriß der theoretischen Ökonomik, II. Teil, S. 30

8) Vgl. F. Oppenheimer, Theorie der reinen und politischen Ökonomie, S. 547

9) Vgl. F. Oppenheimer, Theorie der reinen und politischen Ökonomie, S. 544

polverhältnis verschwinden und mit ihm die politisch-ökonomischen Machtpositionen: das große Grund- und Kapitaleigentum. Grundrente und Kapitalzins würden bis auf eine Vergütung für die Leihe verschwinden. Es würde nur noch Arbeits-einkommen geben, wobei dieses den „vollen Arbeitsertrag“ enthält, also durch keinen Abzug zugunsten der Eigentümer-Monopolisten gekürzt ist.¹⁾

In dieser „reinen Ökonomie“ würde ein „nackter Eigentumstitel . . . nie einen Wert haben“.²⁾ Die juristische Formulierung des Paragraphen 903 des Deutschen Bürgerlichen Gesetzbuchs würde auch den tatsächlichen Inhalt angeben. Eigentum wäre die gesicherte Verfügungsgewalt über Güter.³⁾ Das, was formell Eigentum an der Sache ist, verhielte sich auch materiell so und würde nicht, wie in der „politischen Ökonomie“ „faktisches Eigentum am Menschen“ bedeuten.⁴⁾

Wenn man die Eigentumslehre Oppenheimers mit der von K. Marx vergleicht, ergeben sich wichtige Unterscheidungsmerkmale. Während Oppenheimer der sozial-rechtlichen Schule nahe steht, da bei ihm das Rechtsverhältnis entscheidend ist – das eigentliche Eigentum ist der Rechtstitel, nicht das materielle Substrat –⁵⁾ kommt es bei Marx gerade auf dieses materielle Substrat an.⁶⁾ Mit der bloß juristischen Macht der Eigentümer ist nichts erklärt, so meint K. Marx,⁷⁾ das „juristische Eigentum am Boden schafft dem Eigentümer keine Grundrente“.⁸⁾

Das Rechtsverhältnis ist bei Oppenheimer deshalb die Ursache des Einkommensbezugs, weil es ein Monopolverhältnis ist. Zwar spricht auch Marx von einem Monopol, aber dessen Existenz ist für den Bezug des Mehrwertes irrelevant, weil sich die Verwertung des Monopols bei Marx nur in der Produktion vollzieht, nicht in der Zirkulation. Deshalb nennt Oppenheimer die Theorie von Marx, nach der sich immer Äquivalente austauschen, eine Teiltheorie,⁹⁾ denn wo unter einem

1) Vgl. F. Oppenheimer, Theorie der reinen und politischen Ökonomie, S. 399 f.

2) Vgl. F. Oppenheimer, Großgrundeigentum und soziale Frage, Berlin 1898, S. 89

3) Vgl. F. Oppenheimer, Theorie der reinen und politischen Ökonomie, S. 303

4) Vgl. F. Oppenheimer, Theorie der reinen und politischen Ökonomie, S. 308; Vgl. auch L. Gumplowicz: „ . . . daß die anderen für ihn (den Eigentümer) arbeiten müssen, . . . daß er über ihre Dienste verfügt, daß er sie in versteckter Form beherrscht – das ist das Wesen des Eigentums . . . das scheint die juristische Definition ganz zu ignorieren“. (Rechtsstaat und Sozialismus, Innsbruck 1881, S. 348 f.)

5) Vgl. F. Oppenheimer, Theorie der reinen und politischen Ökonomie, S. 548

6) Vgl. K. Marx, Das Kapital, Kritik der politischen Ökonomie, I. Bd., 2. Aufl. Hamburg 1872, S. 173

7) Vgl. K. Marx, Das Kapital, Kritik der politischen Ökonomie, III. Bd., Teil 2, 2. Aufl., Hamburg 1894, S. 155

8) Vgl. K. Marx, Das Kapital, III. Bd., Teil 2, S. 289

9) Vgl. F. Oppenheimer, Weder Kapitalismus noch Kommunismus, S. 118

Monopolverhältnis getauscht werde, erhalte der Monopolist immer einen Mehrwert und der Kontrahent einen Minderwert.¹⁾

Schließlich ist für Oppenheimer die Masse der Besitzlosen, die sogenannte industrielle Reservearmee, ein exogener Faktor, während sie bei Marx durch den ökonomischen Prozeß selbst geschaffen wird. Die Schlußfolgerung für das Privateigentum ist dementsprechend unterschiedlich. Um die nachteiligen Wirkungen des Privateigentums zu beseitigen, genügt für Oppenheimer die Beseitigung der Bodensperre, während für Marx nur die Beseitigung des Privateigentums an den Produktionsmitteln in Frage kommt.

II. Die Änderung des Privateigentums durch Änderung der Wirtschaftsordnung

1. Die Eigentumslehre der Saint-Simonisten

Saint-Simon wollte das Privateigentum nicht beseitigen. „Das Gesetz, das das Eigentum begründet, ist vor allen das wichtigste; es allein dient als Grundlage des sozialen Gebäudes . . . Das Eigentum muß so eingerichtet sein, daß der Eigentümer dazu angespornt wird, es so produktiv wie möglich zu gestalten“.²⁾ Auch das Recht der Vererbung sollte nicht angetastet werden.

Ganz anders die Weiterentwicklung der Lehre Saint-Simons durch seine Schüler Saint-Amand Bazard und Prosper Enfantin. Ihre Lehre verwirft vor allem das Argument, daß sich das Privateigentum durch den Ansporn rechtfertige, den es auf die Gütererzeugung ausübe.

Nach der Lehre von Bazard und Enfantin sind die Privateigentümer, sofern sie über die in ihrem Eigentum befindlichen Produktionsmittel verfügen, die „Verteiler der Arbeitswerkzeuge“. Die Saint-Simonisten stellen fest, daß die Privateigentümer diese Funktion nicht richtig ausüben, weil sie die Verteilung der Arbeitswerkzeuge von ihrem isolierten Standpunkt aus vornehmen, von dem aus sie das Verhältnis zwischen der Gesamtheit der Bedürfnisse und den zu ihrer Deckung vorhandenen Mitteln nicht übersehen.³⁾

Die Verteilung der Arbeitswerkzeuge soll einer sozialen Einrichtung übertragen werden, die alle Werkzeuge, den ganzen Produktionsfonds, verwahrt und zugleich als Vermittler zwischen Arbeitern, welche die Werkzeuge benötigen, und den Besitzern solcher Werkzeuge fungieren soll.⁴⁾ Diese soziale Einrichtung wird eine

1) Vgl. F. Oppenheimer, *Weder Kapitalismus noch Kommunismus*, S. 126

2) Saint-Simon, *Oeuvres completes de Saint-Simon et d'Enfantin*, III. Bd., Paris 1878, S. 43 f.

3) Vgl. S.-A. Bazard, P. Enfantin, *Die Lehre Saint-Simons (La Doctrine de Saint-Simon, Paris 1924)* in: Salomon-Delattour (Hrsg.), *Politica*, 7. Bd., Neuwied 1962, S. 117

4) Vgl. S.-A. Bazard, P. Enfantin, *Die Lehre Saint-Simons*, S. 117

Zentralbank sein, die alle Bedürfnisse und Kreditanträge abwägt und die Produktionsmittel zuteilt. Von der Zentralbank hängen Banken zweiter Ordnung ab, von diesen wieder speziellere Banken. An der Spitze der Zentralbank stehen Leiter, deren Amt es ist, jedem die für ihn am zweckmäßigsten einzunehmende Stelle anzuweisen.¹⁾

Zieht man aus dieser Lehre die Schlußfolgerungen für das Privateigentum, so läßt sich folgendes feststellen: Die Institution des Privateigentums bleibt formal bestehen. Die Zentralbank **verwahrt** nur die Produktionsmittel, bestreitet also nicht das Eigentum der Besitzer. Materiell jedoch wird die Befugnis, über das Eigentum frei zu verfügen, ausgeschlossen. Zwar schreiben die Saint-Simonisten, daß „... durch den Anspruch des Eigentümers erteilte Recht die Verwaltung, die Anwendung, die Nutzung des Eigentums“ ist.²⁾ Aber das Recht der Verwaltung kann nur entsprechend den ergangenen Anordnungen geltend gemacht werden, das Recht der Anwendung und Nutzung nur in dem vom Zentralamt gewünschten Sinne ausgeübt werden. Das Eigentum ist also nicht frei verfügbar. Die Verfügung von Todes wegen wird für das Eigentum völlig ausgeschlossen. „Die Rechte der Geburt ... müssen völlig abgeschafft werden“. Das „Gesetz des Fortschritts“ tendiere dahin, daß nicht mehr die Familie die angesammelten Güter erbt, sondern der Staat.³⁾

Die Kritik des Privateigentums vom Standpunkt der Einkommensverteilung hat bei den Saint-Simonisten geringere Bedeutung. Wohl meinen sie, daß das Einkommen, welches die Privateigentümer beziehen, „Ausbeutung“ sei.⁴⁾ Aber die Saint-Simonisten haben niemals eine Wertlehre entwickelt wie Marx. Ihre sehr einfache Lehre beruht lediglich auf der Unterscheidung zwischen dem Einkommen aus Arbeit und dem aus Besitz.⁵⁾

2. Die Eigentumslehre bei P. J. Proudhon

Proudhon schreibt, daß das Privateigentum die Gleichheit zur Bedingung habe. Sobald diese Bedingung nicht mehr erfüllt sei, sei das Privateigentum hinfällig. „Hat nach dem Gesellschaftsvertrag das Eigentum die Gleichheit zur Grundlage, so ist der Vertrag von dem Augenblick an gebrochen, wo diese Gleichheit nicht mehr existiert“.⁶⁾

1) Vgl. S.-A. Bazard, P. Infantin, Die Lehre Saint-Simons, S. 125 ff.

2) Vgl. S.-A. Bazard, P. Infantin, Die Lehre Saint-Simons, S. 115

3) Vgl. S.-A. Bazard, P. Infantin, Die Lehre Saint-Simons, S. 114

4) Vgl. S.-A. Bazard, P. Infantin, Die Lehre Saint-Simons, S. 115

5) Vgl. C. Gide, C. Rist, Geschichte der volkswirtschaftlichen Lehrmeinungen, S. 248

6) P. J. Proudhon, Was ist Eigentum? Untersuchungen über den Ursprung und die Grundlagen des Rechts und der Herrschaft (Qu'est-ce que la propriété ou recherches sur le principe du droit et du gouvernement, Paris 1840), Berlin 1896, S. 72

Proudhon versucht nachzuweisen, daß das Privateigentum rechtlich und tatsächlich ein Widerspruch ist. Durch das Privateigentum werde die Gleichheit erst möglich,¹⁾ andererseits sei das Privateigentum auf nichts anderes gerichtet, als auf die Vernichtung jener Gleichheit, für die es eingerichtet worden sei.²⁾

Die Spartätigkeit des Privateigentümers trage zur Steigerung des Wohlstands bei,³⁾ andererseits sei das Privateigentum aber auch ein Hindernis für die Arbeit und vermehre das Elend.⁴⁾

Die Rente sei vernünftig und rechtlich begründet. Sie sei ein dem Eigentümer bezahltes Gehalt für das durch das Eigentumsrecht ihm übertragene Amt.⁵⁾ Andererseits sei die Rente ein Einkommen ohne Arbeit und bedeute daher „Raub“ an den besitzlosen Arbeitern.⁶⁾

Wie kann die Gleichheit realisiert werden? Proudhon schreibt: „... um die Gleichheit ... zu sichern, müssen Ackerbau und Industrie ... in ... gerechten ... und gut kombinierten Verhältnissen verteilt werden ...“⁷⁾

In den Statuten zur Gründung einer Volksbank erklärt Proudhon, daß er in seiner Kritik des Privateigentums nicht daran gedacht habe, die Rechtmäßigkeit des erworbenen Besitzes zu bestreiten, noch eine willkürliche Verteilung der Güter zu bewirken oder die Vergütung für die Benutzung von Grund und Boden und die Verzinsung des Kapitals zu hindern.⁸⁾ Jedoch habe die von ihm vorgeschlagene Volksbank zum Ziel, durch Ausgabe von Zirkulationsnoten, sogenannten „Lieferungsanweisungen“, eine „vollkommene Unentgeltlichkeit des Kredits“ einzuführen. Damit könnte allen die Nutznießung von Grund und Boden und von Kapitalgütern ermöglicht werden. Der Arbeiter würde das Kapital zeslos erhalten, während derjenige, der sein Eigentum nicht selbst bearbeitet und es anderen zur Bearbeitung überläßt, von diesem kein Entgelt erhalten würde.⁹⁾

Wenn man die Lehre Proudhons überblickt, so muß man feststellen, daß seine vorgeschlagene Lösung selbst einen Widerspruch enthält. Einerseits wollte er das Privateigentum aufrechterhalten, ebenso die Freiheit, in jeder Richtung darüber

1) Vgl. P. J. Proudhon, Philosophie der Staatsökonomie oder Notwendigkeit des Elends (Systeme des contradictions économique ou Philosophie de la misere, Paris 1846) Darmstadt 1847, S. 247

2) Vgl. P. J. Proudhon, Was ist Eigentum? S. 59, 177

3) Vgl. P. J. Proudhon, Philosophie der Staatsökonomie, S. 221, 244

4) Vgl. P. J. Proudhon, Philosophie der Staatsökonomie, S. 221, 252

5) Vgl. P. J. Proudhon, Philosophie der Staatsökonomie, S. 242, 245

6) Vgl. P. J. Proudhon, Was ist Eigentum? S. 1; ders., Philosophie der Staatsökonomie, S. 289

7) Vgl. P. J. Proudhon, Was ist Eigentum? S. 231

8) Vgl. P. J. Proudhon, Die Volksbank (La Banque du Peuple, Paris 1849) Frankfurt/Main 1849, S. 7

9) Vgl. P. J. Proudhon, Die Volksbank, S. 9, 11, 13 f., 17

zu verfügen. Das Privateigentum sollte bestehen bleiben, damit der wirtschaftlichen Eigeninitiative keine Fesseln angelegt werden. Aus diesem Grunde widersetzt er sich auch jeder kommunistischen Lösung. Der Kommunismus ist „... die erste Art der Knechtschaft“, weil er die „reflektierte Negation des Eigentums“ ist.¹⁾ Er kritisiert den Sozialismus, weil dieser die Möglichkeit der letzten Verfügung, also das Erbrecht beseitigen will.²⁾

Andererseits fordert Proudhon die Abschaffung des „Einkommens ohne Arbeit“. Er sieht nicht, daß diese Forderung und die Freiheit der Verfügung über das Eigentum unvereinbare Gegensätze sind. Beides zusammen verwirklichen zu wollen, bedeutet die „Quadratur des Kreises“.³⁾

3. Die Eigentumslehre bei Johann Gottlieb Fichte

Der Ausgangspunkt der Eigentumslehre bei Johann Gottlieb Fichte ist das Naturrecht. Er nennt das Eigentumsrecht ein „Urrecht“ des Vernunftwesens, das neben dem „Urrecht“ auf freie Selbstbestimmung stehe. Trotzdem fordert Fichte eine sozialistische Wirtschaftsordnung, in der die Verfügungs- und Vertragsfreiheit des Privateigentümers eingeschränkt oder ganz aufgehoben ist.

Fichte gelangt zu dieser Forderung, weil er das „Urrecht“ für eine Fiktion erklärt. Da der einzelne nur in Gemeinschaft mit anderen gedacht werden könne, habe er auch nur in Gemeinschaft mit anderen Rechte.⁴⁾ „Ursprünglich haben alle auf alles dasselbe Recht, das heißt, kein einziger hat gegen den anderen das mindeste Recht voraus“.⁵⁾

Nach dieser Lehre hat das Eigentum seinen eigentlichen Rechtsgrund in dem sogenannten Eigentumsvertrag, der ein Teil des Staatsbürgervertrages ist.⁶⁾ In dem Eigentumsvertrag setzte jeder sein ganzes Eigentum als Pfand dafür ein, daß er das Eigentum aller übrigen nicht verletzen wolle. In dieser Verzichtserklärung übrigen gegenüber jedem Eigentümer liegt für Fichte der Rechtsgrund des Eigentums.⁷⁾

1) Vgl. P. J. Proudhon, Was ist das Eigentum ? S. 209

2) Vgl. P. J. Proudhon, Philosophie der Staatsökonomie, S. 233

3) Vgl. C. Gide, C. Rist, Geschichte der volkswirtschaftlichen Lehrmeinungen, S. 337

4) Vgl. J. G. Fichte, Grundlage des Naturrechts nach den Prinzipien der Wissenschaftslehre, Jena/Leipzig 1796, in: F. Medicus (Hrsg.), Philosophische Bibliothek, 128. Bd., Leipzig 1911, S. 116 f.

5) J. G. Fichte, Der geschlossenen Handelsstaat, Tübingen 1800, in: H. Waentig, (Hrsg.), Sammlung sozialwissenschaftlicher Meister, 21. Bd., Jena 1920, S. 5

6) Vgl. J. G. Fichte, Grundlage des Naturrechts, S. 200; ders., Der geschlossene Handelsstaat, S. 54

7) Vgl. J. G. Fichte, Grundlage des Naturrechts, S. 199; ders., Der geschlossene Handelsstaat, S. 5

Damit die Sicherheit des Besitzes gewährleistet sei, müsse jeder Eigentümer sein; denn den Besitzlosen binde kein Vertrag, weil er nichts als Eigentum erhalten habe und daher auch nicht verpflichtet sei, das Eigentum anderer anzuerkennen.¹⁾ Das Eigentum müsse daher „nach dem bestimmenden Urteil der Staatsgewalt“ umverteilt werden.²⁾ Die Richtschnur, nach der sich der Staat in seinem Bemühen, „jedem das Seinige zu geben“³⁾ zu richten habe, sei die Sicherung der Existenz⁴⁾ oder das Maß der individuellen Bedürfnisse. Da nun aber die Dringlichkeit verschiedener Menschen an einem objektiven Merkmal nicht zu erkennen und zu vergleichen ist, läuft die Forderung Fichtes auf eine gleiche Verteilung der Vermögensgüter hinaus.⁵⁾

Die Umdeutung des Eigentumsrechts in das Recht auf Existenz, das der Staat zu sichern habe, führt zu einer Beschränkung des privaten Eigentums. Das Recht der eigenständigen Verwaltung wird dem Eigentümer genommen, da der Staat „notwendig das Recht der Aufsicht“ habe, „wie jeder sein Staatsbürgereigentum verwalte“.⁶⁾ Auch die Möglichkeit der rechtsgeschäftlichen Verfügung über das Eigentum wird eingeschränkt. Der Staat habe die Gewähr zu bieten, daß der einzelne „stets . . . Absatz für seine Ware finden“ wird.⁷⁾ Das bedeutet die staatliche Reglementierung der Märkte, also eine Veränderung der Wirtschaftsordnung.

4. Die Eigentumslehre bei Karl Renner

Karl Renner untersucht in seiner Eigentumslehre den Unterschied, der zwischen dem juristischen Normenbestand und dem tatsächlichen Inhalt des Privateigentums besteht. Wenn man den juristischen Normenbestand den ökonomischen Verhältnissen, die Renner das Substrat des Eigentumsrechts nennt, gegenüberstellt, so gibt die juristische Norm den ökonomischen Inhalt des Eigentumsrechts nicht an.

Dieser Tatbestand sei bedingt durch die Entwicklung der ökonomischen Verhältnisse. Die Rechtskonstruktion des Eigentums als einer totalen rechtlichen Macht einer Person über eine körperliche Sache sei wohl der adäquate Ausdruck der wirtschaftlichen Verhältnisse in der Periode der einfachen Warenproduktion ge-

1) Vgl. J. G. Fichte, Grundlage des Naturrechts, S. 217; ders., Der geschlossene Handelsstaat, S. 55

2) Vgl. J. G. Fichte, Grundlage des Naturrechts, S. 217

3) Vgl. J. G. Fichte, Der geschlossene Handelsstaat, S. 7 f.

4) „Die Teilung muß . . . so gemacht werden, daß alle dabei bestehen können“. (J. G. Fichte, Der geschlossene Handelsstaat, S. 6 f.)

5) Vgl. J. G. Fichte, Der geschlossene Handelsstaat, S. 6 f.

6) Vgl. J. G. Fichte, Grundlage des Naturrechts, S. 218

7) Vgl. J. G. Fichte, Der geschlossene Handelsstaat, S. 56; ders., Grundlage des Naturrechts, S. 216 f.

wesen. Rechtlicher Überbau und ökonomisches Substrat standen miteinander in Einklang.¹⁾ Nachdem aber die kapitalistische Produktionsweise das Substrat des Rechts verändert habe, werde auch die Relation Individuum-Naturding, die de jure die Verfügung einer Person über eine Sache beinhaltet, de facto mit einem anderen Inhalt erfüllt.²⁾

In der Periode der einfachen Warenproduktion habe die Ausübung der rechtlichen Macht des Eigentümers nur in der „technischen Verfügung“ über das Gut bestanden, also in der direkten Nutzung des im Eigentum befindlichen Gutes zu Produktionszwecken. Der Eigentümer habe sich bei diesem Vorgang ohne Intervention Dritter auf die Sache bezogen, er habe eine rechtsgeschäftliche Verfügung nur ausnahmsweise vorgenommen. In der kapitalistischen Produktion dagegen trete an die Stelle der „technischen Verfügung“ die rechtsgeschäftliche Ausübung. Der Eigentümer verfüge über das Eigentum mittels Rechtsgeschäft.³⁾ Damit ergeben sich typische Verbindungen des Eigentums mit anderen rechtlichen Instituten wie Eigentum-Pachtvertrag, Eigentum-Darlehnsvertrag, Eigentum-Lohnvertrag und andere.

Das Recht der „technischen Verfügung“, die „produktorische Funktion“ gehe bei diesem Rechtsgeschäft in die Hand des Nichteigentümers über.⁴⁾ So verfügen zum Beispiel der Pächter oder der Lohnarbeiter „natürlich-technisch“ über das Gut, nicht der Verpächter oder der Unternehmer, welche juristische Eigentümer sind.⁵⁾ Bei Geldsummen schließlich wechselt auch der juristische Eigentümer. Die Trennung vom Besitz des Objektes bedeutet juristisch Übertragung in Eigentum des Kontrahenten. Dem Hypothekengläubiger oder dem Aktienbesitzer stehe juristisch gesehen nur ein Eigentum an dem Papier des Hypothekenbriefes oder der Aktie zu.⁶⁾

In den genannten Fällen wechselt nicht der „ökonomische Eigentümer“. Das, was das ökonomische Eigentum ausmache, sei die Kapitalfunktion des Eigentumsobjekts, sei der Mehrwerttitel, der das Produkt fremder Arbeit appropriiere. Es handle sich hier um die „distributorische Funktion“ des Eigentums.⁷⁾ Diese Funktion bleibe sehr wohl beim Verpächter, beim Unternehmer, beim Darlehnsgeber, beim Aktienbesitzer, weshalb diese die „ökonomischen Eigentümer“ sind. Da der

1) Vgl. K. Renner, Die Rechtsinstitute des Privatrechts und ihre soziale Funktion, Tübingen 1921, S. 30 f.

2) Vgl. K. Renner, Die Rechtsinstitute des Privatrechts, S. 154

3) Vgl. K. Renner, Die Rechtsinstitute des Privatrechts, S. 156

4) Vgl. K. Renner, Die Rechtsinstitute des Privatrechts, S. 103 f.

5) Vgl. K. Renner, Die Rechtsinstitute des Privatrechts, S. 105

6) Vgl. K. Renner, Die Rechtsinstitute des Privatrechts, S. 105, 161

7) Vgl. K. Renner, Die Rechtsinstitute des Privatrechts, S. 103 ff., 159, 172

juristische Eigentümer nicht immer den Mehrwerttitel für sich realisieren, falle in vielen Fällen das juristische Eigentum nicht mit dem ökonomischen Eigentum zusammen.

Die Trennung von juristischem und ökonomischem Eigentum habe eine formale Sozialisierung zur Folge. Sie bewirke, daß das Eigentum in Verbindung mit den „Konnexinstituten“ seine Funktionen spalte.¹⁾ Das eine Ding gerate in die „teils faktische, teils rechtliche Simultandetention“ einer ganzen Reihe von Individuen mit dem Ergebnis, daß das juristische Privatding faktisch gesellschaftliches Ding werde, auf das eine Anzahl von Menschen technisch freien Zugriff haben. Daraus versucht Renner die „relative Funktionslosigkeit“ des Eigentümers abzuleiten.²⁾

Gleichwohl handele es sich bei diesem Vorgang nur um eine **formale** Sozialisierung, weil die distributorische Funktion des Eigentums in den Händen des ökonomischen Eigentümers bleibe. Im übrigen trage eben diese Aufspaltung der Funktionen dazu bei, das Rechtsinstitut des Privateigentums zu stabilisieren. Renner ist also nicht der Meinung, daß der fortschreitende Konzentrationsprozeß von selbst zur Aufhebung des Privateigentums führen werde,³⁾ wie es K. Marx behauptet. Der Widerspruch, in den nach Marx die ökonomischen Faktoren mit den rechtlichen Eigentumsverhältnissen geraten, wird nach Renner durch die Verteilung der verschiedenen Funktionen auf verschiedene Personen aufgehoben.

Da man also nicht darauf warten darf, daß die Entwicklung der ökonomischen Verhältnisse zur Aufhebung des Privateigentums an den Produktionsmitteln führt, muß eine Änderung durch einen „bewußten Willensakt der Gesellschaft“ bewirkt werden.⁴⁾ Aber Renner denkt bei dieser Forderung nicht an eine Änderung der Rechtsnorm des Eigentums. Er betont, daß das Problem der Expropriation nicht an erster Stelle die „Sachentziehung“ beinhalte, nicht die „Besitzentsetzung“ weniger Individuen. Die Änderung der juristischen Norm würde die kapitalistische Natur der Wirtschaft nicht ändern. Würden zum Beispiel alle Eigentumsparagrafen der bürgerlichen Gesetzbücher aufgehoben, alles Privateigentum in Gemeineigentum umgewandelt, so würde auch bei dieser Rechtsform die Ausbeutung der Nichteigentümer durch die Eigentümer bestehen bleiben, weil nur die Verbindung des Eigentums mit den sogenannten „Konnexinstituten“ die Ausbeutungsfunktion bewirke.⁵⁾ Die „schädlichen Wirkungen“ des Eigentums würden also auch bei Gemeineigentum fortbestehen, eben wegen der fortbestehenden „Konnexinstitute“.⁶⁾

1) Vgl. K. Renner, Die Rechtsinstitute des Privatrechts, S. 163 f.

2) Vgl. K. Renner, Die Rechtsinstitute des Privatrechts, S. 164

3) Vgl. K. Renner, Die Rechtsinstitute des Privatrechts, S. 169 f.

4) Vgl. K. Renner, Die Rechtsinstitute des Privatrechts, S. 175, 180

5) Vgl. K. Renner, Die Rechtsinstitute des Privatrechts, S. 177

6) Vgl. K. Renner, Die Rechtsinstitute des Privatrechts, S. 151, 176 f.

Hinter der Behauptung Renners, daß es nicht das Rechtsinstitut an sich sei, welches die „schädlichen Wirkungen“ des Privateigentums hervorrufe, sondern erst seine Verbindung mit den „Instituten des Marktverkehrs“, steht die Erkenntnis, daß es für den Inhalt des Privateigentums nicht nur auf die Rechtsordnung selbst ankomme, sondern auch auf die Wirtschaftsordnung. Diese möchte Renner primär umgestalten. Er vertritt somit jene wissenschaftliche Richtung, die mit dem Namen Saint-Simon verknüpft ist. Die erste Frage ist nicht, wem die Produktionsmittel gehören. Wie es mit der Ordnung des Sachbesitzes stehe, sei eine zweite Frage der Sozialisierung.¹⁾ Zuerst müssen die Steuerungselemente geändert werden, die den Wirtschaftsprozess regulieren. An die Stelle der Marktwirtschaft sollen planwirtschaftliche Elemente treten. In diesem Sinne fordert Renner die Umbildung des freien Lohnvertrages zu einer Art „öffentlicher Anstellung“ mit der Folge, daß sich ganz allgemein eine öffentliche „Arbeits- oder Berufsordnung“ durchsetzt.²⁾ Ferner sollen die Pächterstellen staatlich verliehen werden. Der Staat soll den „Bestgeeigneten“ die Leitung der Betriebe übergeben. Schließlich soll das gesamte Kreditwesen verstaatlicht werden.³⁾

III. Die Änderung des Privateigentums durch Änderung der rechtlichen Norm

1. Die Eigentumslehre bei Joseph Schumpeter

In der Eigentumslehre von Joseph Schumpeter handelt es sich um eine Verbindung von Kollektiveigentum und Verkehrswirtschaft.⁴⁾ Die Sozialisierung bedeutet die Enteignung aller Privateigentümer, die sich im Besitz von Produktionsmitteln befinden, und die Überführung dieser Produktionsmittel in Kollektiveigentum. Die Beibehaltung verkehrswirtschaftlicher Elemente wird angestrebt, weil die „sozialistische Produktionsmaschine“ in ihrer Leistungsfähigkeit der „kapitalistischen“ mindestens ebenbürtig sein soll.⁵⁾

¹⁾ Vgl. K. Renner, *Krieg und Internationale, Kritische Studien über offene Probleme des wissenschaftlichen und des praktischen Sozialismus in und nach dem Weltkrieg*, 2. Aufl., Stuttgart 1918, S. 73, 77, 86

²⁾ Vgl. K. Renner, *Die Rechtsinstitute des Privatrechts*, S. 176 f.

³⁾ Vgl. K. Renner, *Krieg und Internationale*, S. 72 ff.

⁴⁾ Neben Schumpeter stehen als weitere Vertreter dieser Richtung:

E. Barone, *Il Ministro della Produzione nello stato Collectivista*, *Giornale degli Economisti* 1908, in: F. A. Hayek (Hrsg.), *Collectivist Planning*, 2. Aufl., 1938;

V. Pareto, *Cours d'économie politique*, II. Bd., Lausanne 1897;

O. Lange, *On the Economic Theory of Socialism*, in: *Review of Economic Studies*, IV. Bd., (1936/1937)

F. M. Taylor, *The Guidance of Production in a Socialist Economy*, in: *Review of Economic Studies*, II. Bd., (1934), V. Bd. (1937)

⁵⁾ Vgl. J. Schumpeter, *Kapitalismus, Sozialismus und Demokratie*, 2. Aufl., München 1950, S. 306

Schumpeter sucht nachzuweisen, daß die Vorbedingungen des Sozialismus sich mehr und mehr erfüllen. Ein Teil des Nachweises stützt sich auf das Argument, die Motivationen der Wirtschaftssubjekte würden sich ändern. Die kapitalistischen Motivationen und ihre Maßstäbe seien am „Vergehen und Verwelken“. ¹⁾

Wegen des schwindenden Motivs der Bedürfnisbefriedigung nehme beim Konsumenten die Sparleistung ab. Dabei denkt Schumpeter an die Bedürfnisbefriedigung einer ganzen Familie. Er nennt es das „Familienmotiv“. Die Familie und ihr Haus seien früher bedeutende Triebfedern für das Sparen und die Bildung von Konsumenteneigentum gewesen. Mit der abnehmenden Bedeutung dieses Motivs schrumpfe der Zeithorizont der Wirtschaftssubjekte auf ihre Lebenserwartung zusammen. Sie geraten in eine „Anti-Spar-Gesinnung“. Damit nehme auch das Konsumenteneigentum ab. Das zeige sich heute in der Abnahme der Intensität, mit welcher der Erwerb eines Hauses angestrebt werde, und der Verlegung vieler häuslicher Verrichtungen außerhalb des Hauses. ²⁾

Die „typischen Unternehmer“, die auf die „Durchsetzung neuer Kombinationen“ hinarbeiten, teilt Schumpeter in drei Gruppen ein. Nur bei der ersten Gruppe werde das Verhalten von dem Bedürfnis bestimmt, soziale Geltung zu erlangen. Für sie besitze das Eigentum „Prestige- oder Distinktionswert“. ³⁾ In diesem Fall sei das Privateigentum als Antrieb der Unternehmertätigkeit notwendig. Die zweite Gruppe sucht den Erfolg „um des Erfolges willen“. Für sie gelte die Gewinngröße als Erfolgsindex, nicht das Eigentum. Ebenso erübrige sich das Privateigentum bei der letzten Gruppe von Unternehmern, denen die Freude an der Neuschöpfung genüge.

Schließlich untersucht Schumpeter noch die Motivation der Eigentümer, die ihren Besitz nicht selbst verwalten, insbesondere die Motivation der Aktionäre. Sie seien von der Haltung und den Funktionen früherer „Eigentümer-Leiter“ weit entfernt. Die Ursache dafür liege in der Entwicklung des kapitalistischen Prozesses, der zwangsläufig das Eigentum von der Materie löse, das heißt für die Aktienbesitzer, Mauern und Maschinen durch ein Aktienpaket substituieren. Der Inhalt des Eigentumsrechts werde damit verändert. Im Sinne des gesetzlichen Rechts und der tatsächlichen Möglichkeit werde der Zugriff verhindert, mit dem, was einem gehört, zu tun, was einem beliebt. Der Inhaber des Titels verliere den Willen, sich ökonomisch und politisch für seine Fabrik einzusetzen. Übrig bleiben die Verwalter des Eigentums, die bezahlten Vollzugsorgane. Aber diese identifizieren sich auch nicht mit den Eigentümerinteressen. ⁴⁾

1) Vgl. J. Schumpeter, Kapitalismus, Sozialismus und Demokratie, S. 350

2) Vgl. J. Schumpeter, Kapitalismus, Sozialismus und Demokratie, S. 256 ff.

3) Vgl. J. Schumpeter, Kapitalismus, Sozialismus und Demokratie, S. 332

4) Vgl. J. Schumpeter, Kapitalismus, Sozialismus und Demokratie, S. 228 ff.

Daraus zieht Schumpeter den Schluß, daß der kapitalistische Prozeß die Fundamente, auf denen das Privateigentum ruht, untergräbt und schließlich die Institution des Privateigentums zum Einsturz bringt. Da das Eigentum in Form von Aktien- und Obligationenbesitz „degeneriert“ und die Geschäftsleiter ähnliche Denkgewohnheiten angenommen hätten wie Beamte, sei der letzte Schritt günstigenfalls nur noch eine Formalität. Diese bestehe in einer Verfassungsänderung, mit der die offizielle Anerkennung des Sozialismus erfolge,¹⁾ eines institutionellen Systems, in dem die Kontrolle über die Produktionsmittel und die Produktion einer Zentralbehörde zustehe.²⁾ Wie Marx und Lenin meidet Schumpeter in diesem Zusammenhang den Ausdruck „Staat“.³⁾ Wenn das sozialistische Regime unter dem Zwang stehen sollte, die Eigentümer der Produktionsmittel zu entschädigen, so soll das Zentralamt den Privateigentümer zunächst Entschädigungen in Geld auszahlen. Es soll aber zugleich beschließen, diese Entschädigungen in absehbarer Zeit durch eine Inflation zu entwerten.⁴⁾

Von nun an werde jeder Produktionsfaktor vom Produktionsministerium seiner wirtschaftlichen Verwendung zugeteilt.⁵⁾ Das Produktionsministerium soll sich so verhalten, als ob vollständige Konkurrenz bestehe. Aus diesem Grund soll auch die Freiheit der Konsumwahl erhalten bleiben. Wenn die Konsumenten auf dem Markt die Konsumgüter bewerten, würden sie auch indirekt die Produktionsmittel bewerten. Mit den auf dem Markt für Konsumgüter gewonnenen Angaben soll das Produktionsministerium die Produktion so leiten, daß die „Preise“ den Grenzkosten gleich werden.⁶⁾

2. Die Eigentumslehre bei Karl Marx

Die materialistische Geschichtsauffassung lehrt, daß das Recht nicht das primäre, sondern das sekundäre Moment in der Entwicklung ist, die im übrigen nach „Naturgesetzen“ abläuft. Das, was dabei naturgesetzlich bestimmt wird, ist die Entwicklung der Produktionsverhältnisse. Sie werden zur realen Basis erklärt, über der man sich einen juristischen Überbau vorzustellen hat. Das Recht wird danach notwendig durch die ökonomischen Phänomene bestimmt. Eine eigene Gesetzmäßigkeit gibt es für das Recht nicht. Auf die Frage, wer der Schöpfer der rechtlichen Zivilinstitutionen sei, antwortet Marx, daß es ein „Standpunkt der juristischen Illusion“ sei, wenn man „nicht das Gesetz als Produkt der materiellen Produktionsverhältnisse, sondern umgekehrt die Produktionsverhältnisse als Produkt des Gesetzes“ erklärt.⁷⁾

1) Vgl. J. Schumpeter, Kapitalismus, Sozialismus und Demokratie, S. 350 f.

2) Vgl. J. Schumpeter, Kapitalismus, Sozialismus und Demokratie, S. 268

3) Vgl. J. Schumpeter, Kapitalismus, Sozialismus und Demokratie, S. 270 f.

4) Vgl. J. Schumpeter, Kapitalismus, Sozialismus und Demokratie, S. 361, 270 f.

5) Vgl. J. Schumpeter, Kapitalismus, Sozialismus und Demokratie, S. 290

6) Vgl. J. Schumpeter, Kapitalismus, Sozialismus und Demokratie, S. 280 f.

7) Vgl. K. Marx, Das Kapital, I. Bd., S. 640, Anm. 74

Als Marx daher die der kapitalistischen Produktion eigentümlichen Produktionsverhältnisse untersuchte, dachte er dabei nicht an besonders ausgestaltete Rechtsverhältnisse. Jedenfalls wird von den Vertretern der sozialrechtlichen Schule bestritten, daß Marx die Produktionsverhältnisse mit Eigentumsverhältnissen im Rechtssinne identifiziert habe.¹⁾ Das „auf Warenproduktion und Warenzirkulation beruhende Gesetz der Aneignung“, welches Marx das „Gesetz des Privateigentums“ nennt,²⁾ sei etwas dem Wesen der Produktion Zugehöriges. Eine bestimmte Eigentumsform im juristischen Sinn solle darunter nicht verstanden werden. Marx selbst meint in einer Auseinandersetzung mit Hegel über den **juristischen** Eigentumsbegriff, daß dieser Begriff von den wirklichen Gestaltungen des Eigentums „nichts“ begreife.³⁾ „Mit der juristischen Macht dieser Personen, Portionen des Erdballs zu brauchen und zu mißbrauchen, ist nichts abgemacht. Der Gebrauch derselben hängt ganz und gar von den **ökonomischen** Bedingungen ab . . . “⁴⁾

Trotzdem ist Marx zu jenen Vertretern zu zählen, die eine Änderung des Privateigentums durch Aufhebung der rechtlichen Norm wollen und nicht durch eine Änderung der Wirtschaftsordnung; denn Marx hat sich nicht mit dem Problem beschäftigt, nach welchen Grundsätzen im sozialistischen System der Wirtschaftsprozess gelenkt werden soll.

Was versteht Marx unter dem Begriff Eigentum ?

Zunächst handelt es sich um den Anspruch, durch eigene Arbeit Eigentum zu begründen. Weiter wird gesagt, daß Eigentum ein „gesellschaftliches Verhältnis“ sei.⁵⁾ Es wird betont, daß „die verschiedenen Entwicklungsstufen der Teilung der Arbeit . . . ebensoviel verschiedene Formen des Eigentums“ erzeugen; „die jedesmalige Stufe der Teilung der Arbeit bestimmt auch die Verhältnisse der Individuen zueinander in Beziehung auf das Material, Instrument und Produkt der Arbeit“.⁶⁾ Eigentum kann also einen unterschiedlichen Inhalt haben. Nach Marx erfährt das Eigentum eine Wandlung von der These über die Antithese zur Synthese. Eine entscheidende Triebkraft in diesem Prozeß ist der Widerspruch, der zwischen der Verteilung des Eigentums und der Arbeitsteilung entsteht.

1) Vgl. R. Stammler, Wirtschaft und Recht, S. 211; K. Diehl, Die rechtlichen Grundlagen des Kapitalismus, S. 12 f.; R. Oppenheimer, Weder Kapitalismus noch Kommunismus, S. 170

2) Vgl. K. Marx, Das Kapital, I. Bd., S. 607

3) Vgl. K. Marx, Das Kapital, III. Bd., Teil 2, S. 155, Anm. 26

4) Vgl. K. Marx, Das Kapital, III. Bd., Teil 2, S. 155

5) Vgl. K. Marx, Das Kapital, III. Bd., Teil 2, S. 155, Anm. 26

6) Vgl. K. Marx, F. Engels, Die deutsche Ideologie, Kritik der neuesten deutschen Philosophie in ihren Repräsentanten Feuerbach, B. Bauer und Stirner, und des deutschen Sozialismus in seinen verschiedenen Propheten, I. Bd., Kritik der neuesten deutschen Philosophie in ihren Repräsentanten Feuerbach, B. Bauer und Stirner, in: Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der SED (Hrsg.), Karl Marx Friedrich Engels Werke, 3. Bd., Berlin 1959, S. 22

Als Ausgangspunkt dient Marx die Periode der einfachen Warenproduktion und Warenzirkulation, in der er eine relativ gleichmäßige Verteilung des Eigentums voraussetzt. Wenn in dieser Periode Wirtschaftssubjekte ihre Waren austauschen, so begegnen sie sich als „ebenbürtige Warenbesitzer“.¹⁾ Die Macht, die sie übereinander ausüben, ist die Macht ihrer Waren. Die stoffliche Verschiedenheit der Waren, das Motiv des Austausches, macht die Besitzer wechselseitig voneinander abhängig.²⁾ Ein anderes Abhängigkeitsverhältnis schließt der reine Warenaustausch nicht ein. Deswegen beinhaltet der Formwechsel Ware - Geld - Ware keine Änderung der Wertgröße. Er ist nur ein Austausch von Äquivalenten.³⁾ Und da nur Äquivalente ausgetauscht werden, entsteht kein Mehrwert.⁴⁾ In seiner reinen Gestalt bietet also der Warenaustausch kein Mittel, um sich an Wert zu bereichern.⁵⁾ Das Mittel zur Aneignung fremder Ware ist die Veräußerung der eigenen Ware. Diese ist nur durch eigene Arbeit herstellbar. So erscheint das Privateigentum in dieser Periode gegründet auf die eigene Arbeit.⁶⁾ „Jeder verfügt über das Seine“.⁷⁾

Mit dem Eintritt in die kapitalistische Produktion treten sich nicht mehr „ebenbürtige Warenbesitzer“ gegenüber. Es stehen sich gegenüber Eigentümer von Produktions- und Lebensmitteln einerseits, freie Arbeiter andererseits. Freie Arbeiter in dem Doppelsinn, daß weder sie selbst zu den Produktionsmitteln gehören wie Sklaven, noch die Produktionsmittel ihnen gehören.⁸⁾ „Scheidung zwischen . . . den objektiven Arbeitsbedingungen und der subjektiven Arbeitskraft war also die tatsächlich gegebene Grundlage des kapitalistischen Produktionsprozesses“.⁹⁾

Mit der Existenz von zwei sozialen Klassen werden die Wirtschaftssubjekte nicht mehr als Vertreter individueller Interessen gesehen sondern als Träger bestimmter Klasseninteressen. Die Wirtschaftssubjekte werden zu „personifizierten Kategorien“.¹⁰⁾ Privateigentümer sind nur insoweit von Bedeutung, als sie „Personifikation ökonomischer Kategorien“ sind.¹¹⁾ Zwar versichert Marx, daß das treibende Motiv für die Eigentümer die „wachsende Aneignung des abstrakten Reichtums“ ist, daß der Eigentümer subjektiv den Zweck der „Verwertung des Werts“ verfolge. Aber der sich verwertende Wert, das Kapital, wird selbst zum Subjekt eines Prozesses, es „verwandelt sich . . . in ein automatisches Subjekt“, stellt sich

1) Vgl. K. Marx, Das Kapital, I. Bd., S. 152

2) Vgl. K. Marx, Das Kapital, I. Bd., S. 144

3) Vgl. K. Marx, Das Kapital, I. Bd., S. 141, 144

4) Vgl. K. Marx, Das Kapital, I. Bd., S. 143 f., 148

5) Vgl. K. Marx, Das Kapital, I. Bd., S. 142

6) Vgl. K. Marx, Das Kapital, I. Bd., S. 608

7) Vgl. K. Marx, Das Kapital, I. Bd., S. 162

8) Vgl. K. Marx, Das Kapital, I. Bd., S. 154, 743

9) Vgl. K. Marx, Das Kapital, I. Bd., S. 593

10) Vgl. K. Marx, Das Kapital, I. Bd., S. 147

11) Vgl. K. Marx, Das Kapital, I. Bd., S. 6

dar als eine „sich selbst bewegende Substanz“, ¹⁾ hat den „einzigen Lebenstrieb, ... sich zu verwerten“. ²⁾ Es tritt sogar in ein „Privatverhältnis zu sich selbst“. ³⁾ So ist also in Wirklichkeit gar nicht mehr der Eigentümer der Interessenträger sondern das Kapital. Der Eigentümer hat nur die ihm vom Kapital übertragene Funktion zu erfüllen. Und nur als solcher wird er in der Analyse berücksichtigt. Nur soweit er „mit Willen und Bewußtsein begabtes Kapital“ ist. ⁴⁾

In der kapitalistischen Produktion vollzieht sich der Zirkulationsprozeß in der Form: Geld - Ware - Geld. Anders als in der einfachen Warenproduktion und Warenzirkulation verändert hier das Anfangsglied seine Wertgröße, erhält einen Mehrwert und verwandelt sich dabei in Kapital. ⁵⁾ Gegenüber der Vermutung, die Kapitaleigentümer würden sich während des Zirkulationsprozesses bereichern, da sie mehr Wert der Zirkulation entziehen, als sie anfangs hineinwerfen, betont Marx, daß auch noch in der kapitalistischen Produktion die dem reinen Warenaustausch immanenten Gesetze gelten, daß also nur Äquivalente ausgetauscht werden. Der Mehrwert kommt nicht aus der Zirkulationssphäre, ⁶⁾ er entsteht „außerhalb des Marktes“. ⁷⁾

Marx verlegt die Entstehung des Mehrwertes in den Produktionsprozeß. Der entscheidende Punkt dabei ist die Annahme, daß nur die Arbeit allein „Substanz und ... Maß der Werte“ ist. ⁸⁾ Nur die Arbeit gilt als Kostenfaktor, nicht der Einsatz von Boden und Kapital. Der Mehrwert ergibt sich dann als Differenz zwischen dem Tauschwert und dem Gebrauchswert der Arbeit. ⁹⁾

Die Aneignung des Mehrwertes durch den Eigentümer der Produktionsmittel macht es dem Arbeiter unmöglich, „sich sein eigenes Produkt anzueignen“. ¹⁰⁾ Marx ist nicht darauf gekommen, daß der Grund hierfür in der Zirkulationssphäre zu suchen ist, also in der marktbeherrschenden Stellung der Eigentümer der Produktionsmittel. Er hat vor allem das Nachfragemonopol auf dem Arbeitsmarkt als Mittel der Ausbeutung nicht gesehen, obwohl er seine sozialen Wirkungen beschrieben hat.

In der einfachen Reproduktion hat die fortlaufende Aneignung des Mehrwertes durch den Eigentümer der Produktionsmittel zur Folge, daß nach einer gewissen Anzahl von Jahren das Kapital, das der Eigentümer besitzt, wertmäßig den Mehr-

1) Vgl. K. Marx, Das Kapital, I. Bd., S. 136 ff.

2) Vgl. K. Marx, Das Kapital, I. Bd., S. 224

3) Vgl. K. Marx, Das Kapital, I. Bd., S. 138

4) Vgl. K. Marx, Das Kapital, I. Bd., S. 136

5) Vgl. K. Marx, Das Kapital, I. Bd., S. 133

6) Vgl. K. Marx, Das Kapital, I. Bd., S. 149 f.

7) Vgl. K. Marx, Das Kapital, I. Bd., S. 162

8) Vgl. K. Marx, Das Kapital, I. Bd., S. 557

9) Vgl. K. Marx, Das Kapital, I. Bd., S. 161, 181 f., 206 f.

10) Vgl. K. Marx, Das Kapital, I. Bd., S. 608

wert erreicht, der während dieser Zeit angeeignet wurde. Bei der Reproduktion auf erweiterter Stufenleiter ist auch der gegen Arbeitskraft ausgetauschte variable Kapitalanteil ohne Äquivalent angeeignetes fremdes Arbeitsprodukt.¹⁾ So erscheint das Eigentum an vergangener unbezahlter Arbeit jetzt als Bedingung für die gegenwärtige Aneignung unbezahlter Arbeit.²⁾

Marx folgert daraus, daß „das auf Warenproduktion und Warenzirkulation beruhende Gesetz der Aneignung oder Gesetz des Privateigentums durch seine eigene, innere, unvermeidliche Dialektik in sein direktes Gegenteil“ umschlage.³⁾ Ursprünglich war das Eigentum gegründet auf die eigene Arbeit. Jetzt erscheine es auf der Seite des Arbeiters als die Unmöglichkeit, sich sein eigenes Produkt anzueignen, auf der Seite des Kapitalisten als das Recht, sich fremde, unbezahlte Arbeit oder ihr Produkt anzueignen. Marx nennt dieses Privateigentum auch die Negation des ersten, auf die eigene Arbeit gegründeten Privateigentums.⁴⁾ Aber auch das kapitalistische Privateigentum produziere seine Negation, die „Negation der Negation“, bedingt „durch das Spiel der immanenten Gesetze der kapitalistischen Produktion selbst.“⁵⁾

Eine wichtige Rolle spielt dabei das Entstehen einer „industriellen Reservearmee“. Sie entsteht, weil sich die Akkumulation des Kapitals in einem fortwährenden Wechsel der qualitativen Zusammensetzung des Kapitals vollzieht. Der variable Bestandteil des Kapitals nimmt zugunsten des konstanten relativ ab und mit ihm die Nachfrage nach Arbeit.⁶⁾ Das Wachsen der Reservearmee wird noch unterstützt durch die Konzentration des Eigentums an den Produktionsmitteln. Die Konzentration des Kapitals wird erforderlich, weil die Produktionsbedingungen die Anwendung von massenhaftem Kapital gebieten.⁷⁾ Auch wird die Konzentration durch den einsetzenden Konkurrenzkampf beschleunigt, aus dem die Eigentümer größerer Kapitale als Sieger hervorgehen.⁸⁾ Das bedeutet den Verlust der Selbständigkeit bei vielen kleinen Kapitaleigentümern. Mit der abnehmenden Zahl der Kapitaleigentümer, welche nun alle „faktisch bereits auf gesellschaftlichem Produktionsbetrieb“ beruhenden Vorteile „monopolisieren“, erreiche die Konzentration einen Punkt, an dem die gesellschaftliche Arbeitsteilung oder Produktionsweise mit der Form des kapitalistischen Privateigentums in einen unerträglichen Widerspruch gerate. Es folge die Enteignung der noch wenigen Kapitaleigentümer und die Umwandlung des Eigentums in „gesellschaftliches Eigentum“.⁹⁾

1) Vgl. K. Marx, Das Kapital, I. Bd., S. 608

2) Vgl. K. Marx, Das Kapital, I. Bd., S. 607

3) Vgl. K. Marx, Das Kapital, I. Bd., S. 607

4) Vgl. K. Marx, Das Kapital, I. Bd., S. 793

5) Vgl. K. Marx, Das Kapital, I. Bd., S. 792

6) Vgl. K. Marx, Das Kapital, I. Bd., S. 653, 655

7) Vgl. K. Marx, Das Kapital, III. Bd., S. 227

8) Vgl. K. Marx, Das Kapital, I. Bd., S. 651, 792; III. Bd., S. 222, 227

9) Vgl. K. Marx, Das Kapital, I. Bd., S. 793

IV. Die Änderung des Privateigentums durch Änderung der Wirtschaftsordnung und der rechtlichen Norm

1. Die Eigentumslehre bei Carl Rodbertus und Ferdinand Lassalle

Carl Rodbertus stellt der Kritik des Privateigentums seine Rententheorie voran, die einen Angriff auf die Lehren Ricardos enthält. Rodbertus macht Ricardo zum Vorwurf, daß er bei der Erklärung der Rente eine bestimmte Aufteilung des Bodens unter die Privateigentümer voraussetzte.¹⁾ Ebenso sei es falsch, bei der Erklärung der Kapitalrente von der Verteilung der Kapitalgüter auf die verschiedenen Privateigentümer auszugehen. Nach Rodbertus soll bei der Erklärung der Rente das Eigentum an Boden und Kapital ungeteilt vorausgesetzt werden. Die Grund- und Kapitaleigentümer sollen in ihrer Gesamtheit den Arbeitern gegenübergestellt werden.²⁾

Die Wirkung des Grund- und Kapitaleigentums unter dieser Voraussetzung bestehe darin, daß das Produkt der Arbeit nicht den Arbeitern, sondern den Grund- und Kapitaleigentümern gehöre. Diese werden in ihrer Gesamtheit in die Lage versetzt, den Arbeitslohn auf einen Teil des Produktwertes herabzudrücken. Die Arbeiter erhalten also nur einen Teil ihres Produktwertes als Lohn, der Rest verbleibe den Grund- und Kapitaleigentümern als Rente.³⁾ So kommt Rodbertus zu dem Schluß, daß Grund- und Kapitalrente Abzüge vom Lohn sind, die den Arbeitern zufallen würden, wenn Boden und Kapital nicht Privateigentum wären.⁴⁾ Grund- und Kapitalrente beziehen die Eigentümer als einen „fremden Produktwert“.⁵⁾ Eigentum sei damit zum „Fremdtum“ geworden.⁶⁾

„Gesellschaftseigentum“ an Boden und Kapital in Verbindung mit dem „individuellen Eigentum des Arbeiters an seinem ganzen Produktwert“, das ist der Rechtszustand, den Rodbertus an die Stelle des privaten Boden- und Kapitaleigentums setzen möchte.⁷⁾ Eine Zentralbehörde soll Produktion und Verteilung lenken. Sie soll eine gesetzliche Wertbestimmung aller Güter und Einkommen vornehmen.⁸⁾ Nach Rodbertus soll sich die Zentralbehörde bei der Leitung der Produktion nach dem „Nationalbedürfnis“ richten.⁹⁾ Damit wäre das „Eigentumsprinzip“ verwirk-

¹⁾ Vgl. C. Rodbertus-Jagetzow, Das Kapital, in: A. Wagner, T. Kozak (Hrsg.), Aus dem literarischen Nachlaß von Dr. Carl Rodbertus-Jagetzow, 2. Aufl., Berlin 1913, S. 17

²⁾ Vgl. C. Rodbertus-Jagetzow, Das Kapital, S. 13

³⁾ Vgl. C. Rodbertus-Jagetzow, Das Kapital, S. 3, 79, 118

⁴⁾ Vgl. C. Rodbertus-Jagetzow, Das Kapital, S. 3, 19 f.

⁵⁾ Vgl. C. Rodbertus-Jagetzow, Das Kapital, S. 143

⁶⁾ Vgl. F. Lassalle, Herr Bastiat-Schulze von Delitzsch der ökonomische Julian oder: Kapital und Arbeit, Berlin 1864, S. 209 (zitiert im folgenden: Kapital und Arbeit)

⁷⁾ Vgl. C. Rodbertus-Jagetzow, Das Kapital, S. 83 ff.

⁸⁾ Vgl. C. Rodbertus-Jagetzow, Das Kapital, S. 88, 97

⁹⁾ Vgl. C. Rodbertus-Jagetzow, Das Kapital, S. 88

licht. Das, was den Eigentumsanspruch begründet, würde nur das „Maß der geleisteten Arbeit“ sein.¹⁾

Ferdinand Lassalle schlägt die Gründung von „Produktivassoziationen“ der Arbeiter mit Hilfe von Staatskrediten vor.²⁾ Auf diese Weise werde es möglich, die individuellen Produktionsvorschüsse der Eigentümer zu beseitigen.³⁾ Auch in den Assoziationen würde der Produktionsertrag an alle nach Maßgabe ihrer Leistung verteilt werden. Das individuelle, auf Arbeit gegründete Eigentum wäre damit gesichert.⁴⁾

Schließlich betont Lassalle, daß die Kategorie des Eigentums juristisch und ökonomisch nicht eine logische Kategorie sei, sondern eine historische, die in ihrer formellen und materiellen Existenz durch den jeweils herrschenden historischen Geistesbegriff erst geprägt werde. Rechtsinstitutionen seien nichts anderes als Realisierungen des historischen Geistesbegriffs. Der historische Gang der Rechtsgeschichte und des Kulturfortschritts bestehe darin, die Eigentumssphäre des einzelnen immer mehr zu beschränken und immer mehr Objekte außerhalb des Privateigentums zu setzen.

2. Die Eigentumslehre bei Anton Menger

Nach Anton Menger wurde das Zustandekommen unserer heutigen privatrechtlichen Eigentumsordnung nicht durch wirtschaftliche Kräfte geprägt, sondern allein durch Gewalt. „Die wesentlichen Grundlagen unserer Eigentumsordnung waren durch Besitzergreifung und Eroberung längst gelegt, bevor die Gesetzgebung und die Rechtswissenschaft auf die Bühne der Geschichte traten“.⁵⁾ Das Fortbestehen der Gewalt in unserem Rechtssystem zeige sich besonders bei einer Rechtskonstruktion, die beim Wechsel des Eigentümers angewendet werde. Der Eigentumswechsel durch Rechtsgeschäft werde als abstrakter Vertrag gesehen, der in keiner Verbindung zu den „wirtschaftlichen Grundlagen“ des Vertragspartners stehe.⁶⁾ Damit werde das Eigentum von den wirtschaftlichen Grundlagen gelöst und als eine reine „Machtfrage“ behandelt.

Damit die Eigentumsordnung nicht durch „Machtverhältnisse“ bestimmt werde, fordert Menger ein sozialistisches Vermögensrecht. Es soll drei ökonomische Grundrechte verwirklichen: Das Recht auf Existenz, das Recht auf Arbeit und

1) Vgl. C. Rodbertus-Jagetzow, Das Kapital, S. 86 f.

2) Vgl. F. Lassalle, Kapital und Arbeit, S. 210 f.

3) Vgl. F. Lassalle, System der erworbenen Rechte, Leipzig 1861, 1. Teil, S. 69 ff.

4) Vgl. F. Lassalle, System der erworbenen Rechte, 1. Teil, S. 259, Anm. 1

5) A. Menger, Neue Staatslehre, Jena 1903, S. 121

6) Vgl. A. Menger, Das bürgerliche Recht und die besitzlosen Volksklassen, in: Archiv für Soziale Gesetzgebung und Statistik, 2. Bd. (1889), S. 420 ff.

das Recht auf den vollen Arbeitsertrag. Die Verwirklichung dieser Grundrechte sei mit der Existenz des Privateigentums an den Produktionsmitteln unvereinbar.¹⁾ Das sozialistische Vermögensrecht sei ein Gegenstück zur Eigentumsordnung in der Verkehrswirtschaft.²⁾

Nun denkt Menger allerdings an eine Kombination von Gemeineigentum mit einigen Elementen des Wettbewerbs. Das Recht auf den vollen Arbeitsertrag soll verwirklicht werden in einem System des Gemeineigentums mit Sondernutzung, ein „objektives Verteilungssystem“. Gleichzeitig soll sich der Austausch der Produkte auf offenem Markt vollziehen, also unter den Bedingungen der Vertragsfreiheit und der freien Konkurrenz.³⁾ Das Recht auf Existenz soll verwirklicht werden in einem System des Gemeineigentums mit gemeinsamer Nutzung, ein „subjektives Verteilungssystem“. Außer der Schätzung aller Güter und Dienstleistungen in Durchschnittsarbeit soll auch die Seltenheit der Güter und die größere oder geringere Nachfrage berücksichtigt werden.⁴⁾

Nur für den Bereich der Konsumgüter sei das Privateigentum die zweckmäßigste Rechtsform, jedoch mit der Maßgabe, daß jedes Verfügungsrecht durch den Staat eingeschränkt werden kann, wie auch solches Eigentum nur durch staatliche Zuweisung erlangt werden kann.⁵⁾

V. Die Eigentumslehre des freiheitlichen Sozialismus

1. Die Rechtfertigung des Privateigentums

Die sehr differenzierte Eigentumslehre des freiheitlichen Sozialismus geht zwar auf Marx zurück, weicht jedoch in wichtigen Stücken von seiner Lehre ab. Sie zielt im allgemeinen nicht mehr auf eine Beseitigung des Privateigentums an den Produktionsmitteln ab. „Die Auffassung, daß alles Privateigentum an den Produktionsmitteln beseitigt und durch Formen des Gemeineigentums ersetzt werden müsse, wird heute . . . abgelehnt.“⁶⁾ „Sobald man erkannt hat, daß der Tendenz zur Konzentration der Produktion und zur Enteignung der kleinen Produzenten nicht . . . die Bedeutung zukommt, die **Marx** angenommen hat, muß sich auch das sozialistische Urteil über die Rolle des Privateigentums an den Produk-

1) Vgl. A. Menger, Das Recht auf den vollen Arbeitsertrag in geschichtlicher Darstellung, 4. Aufl., Stuttgart und Berlin 1910, S. 7, 10, 152 f., 164

2) Vgl. A. Menger, Das Recht auf den vollen Arbeitsertrag, S. 10

3) Vgl. A. Menger, Das Recht auf den vollen Arbeitsertrag, S. 154 f.

4) Vgl. A. Menger, Das Recht auf den vollen Arbeitsertrag, S. 163

5) Vgl. A. Menger, Das Recht auf den vollen Arbeitsertrag, S. 106, 112 f.

6) H. Deist, Wirtschaftsdemokratie, in: E. Potthoff, K. Schiller, C. Schmid (Hrsg.), Grundlagen moderner Wirtschaftspolitik, Frankfurt (o. J.) S. 210

tionsmitteln ändern“.¹⁾ Im besonderen setzt sich der freiheitliche Sozialismus für das Privateigentum ein, weil dieses eine Voraussetzung dafür sei, daß die private Freiheitssphäre gewahrt bleibe. Das Privateigentumsrecht sei notwendig, um die Freiheit der ökonomischen Selbstbestimmung der Wirtschaftssubjekte zu sichern.

Das Postulat der ökonomischen Selbstbestimmung wird vor allem im Hinblick auf die Verbrauchsfreiheit vorgetragen. Diese habe ihren eigenen Wert. „Mit der Unterbindung der Verbrauchsfreiheit . . . wird . . . die Freiheit der Verantwortlichkeit aufgehoben.“²⁾ G. Rittig betont, daß ein wichtiger Zentralpunkt des freiheitlichen Sozialismus „die Konsumfreiheit, besser und vollständiger: die Einkommensverwendungsfreiheit“ sei. „In einem System freier und mit 'gerechten' Leistungseinkommen ausgestatteter Individuen verbiete sich . . . jede, auch die leiseste Beeinflussung dieser Einkommensverwendungsfreiheit von selbst“.³⁾ Sie verbiete sich, weil die Individuen nur dann in einem „mehr als formalen Sinn“ freie Individuen seien, „wenn sie als freie Bedürfnisträger die **Ausrichtung der Wirtschaft** durch ihre freien Bedürfnisäußerungen bestimmen. Jede Abweichung von dieser Richtung bedeutet eine Minderung der sonst möglichen Bedürfnisbefriedigungsmaximierung“.⁴⁾ Mit der Betonung der Einkommensverwendungsfreiheit ergibt sich in der Eigentumslehre des freiheitlichen Sozialismus zugleich die Rechtfertigung für das Privateigentum an Verbrauchs- und Gebrauchsgütern; denn das Privateigentum an diesen Gütern ist Voraussetzung für die Freiheit der Einkommensverwendung.

Umstritten ist die Rechtfertigung des Privateigentums an den Produktionsmitteln. G. v. Eyern erklärt, daß zur Freiheit der ökonomischen Selbstbestimmung, neben der Freiheit in der Gestaltung des Verbrauchs, auch „die Freiheit . . . in der Wahl des Berufes, des Arbeitsplatzes, in der Ausübung eines Gewerbes, in der Stellung auf den Märkten“ gehöre.⁵⁾ Für diese Freiheiten ist das Privateigentum an den Produktionsmitteln eine Voraussetzung. H. Ritschl weist darauf hin, daß das Privateigentum erforderlich sei, um das Eigeninteresse der Wirtschaftssubjekte anzu-spannen.⁶⁾ J. E. Meade räumt ein, daß das entscheidende Problem der Sozialisierung darin bestehe, das Gewinnmotiv so zu ersetzen, daß ein Antrieb zu äußerster

1) E. Heimann, Sozialismus und Mittelstand, zitiert H. Deist, Wirtschaftsdemokratie, S. 211

2) H. Ritschl, Grundlagen der Wirtschaftsordnung, Tübingen 1954, S. 48

3) G. Rittig, Sozialismus und Liberalismus, in: E. Potthoff, K. Schiller, C. Schmid (Hrsg.), Grundlagen moderner Wirtschaftspolitik, Frankfurt (o. J.), S. 123

4) G. Rittig, Sozialismus und Liberalismus, S. 123 f.

5) Vgl. G. v. Eyern, Ziele einer sozialistischen Wirtschaftspolitik, in: E. Potthoff, K. Schiller, C. Schmid (Hrsg.), Grundlagen moderner Wirtschaftspolitik, Frankfurt (o. J.) S. 129

6) Vgl. H. Ritschl, Grundlagen der Wirtschaftsordnung, S. 46

Leistungsfähigkeit in der sozialisierten Industrie bestehe.¹⁾ Aber bereits bei E. Preiser scheint das Eigeninteresse der Wirtschaftssubjekte von der Existenz des Privateigentums an den Produktionsmitteln ziemlich unabhängig zu sein; denn es sei keine „in der Sache liegende ökonomische Notwendigkeit“ vorhanden, daß der Ertragsteil, der den Produktionsmitteln als Sachfaktor zuzurechnen sei, auch dem Eigentümer dieses Produktionsmittels als Rente zufließen müsse.²⁾ Ebenso meint B. Molitor: „Inwieweit die Privateigentumsordnung die ihr oft zugedachte Funktion des Anreizes zu Initiative und Leistungssteigerung . . . erfüllt, läßt sich generell nicht entscheiden“.³⁾ Immerhin „ . . . werden durch die Unternehmensentwicklung Theorien widerlegt, die von einer notwendigen Verknüpfung der Unternehmerfunktion mit Eigentum an den Produktionsmitteln ausgehen . . . “⁴⁾ Nach G. Weisser steht „ . . . das Streben nach Freiheitlichkeit der Gesellschaft und das Streben nach Vermehrung des Sozialprodukts . . . keineswegs in einem logischen Zusammenhang der Zuordnung“.⁵⁾ Ebenso sind nach der Meinung von H. Giersch „formale Freiheit“ und „maximales Sozialprodukt“ nicht immer vollkommen miteinander vereinbar. Er stellt fest, „daß durch gewisse Beschränkungen und Kontrollen . . . der freien Standortwahl, der Produktions- und Investitionsplanung der Einzelwirtschaften, der freien Marktpreisbildung, der freien Verfügung über das Privateigentum . . . das Sozialprodukt eines Landes gesteigert werden kann“.⁶⁾ Im ganzen gesehen ergibt sich also, daß von einigen Vertretern des freiheitlichen Sozialismus auch ohne Privateigentum an den Produktionsmitteln jenes ökonomische Verhalten erwartet wird, auf das sich die Modelle der Wirtschaftstheorie stützen. Andere Vertreter stehen den nur lenkenden Eingriffen in den Wirtschaftsprozess, im Wege einer Beschränkung der Verfügungsgewalt der Eigentümer, wohlwollend gegenüber. „Nicht die Änderung der Eigentumsverordnung steht . . . im Zentrum der sozialistischen Postulate, sondern . . . das Problem der Wirtschaftsordnung . . . “⁷⁾ Es seien „Synthesen“ möglich, „die ihrerseits nach unten zurückstrahlen“ und eine Lösung des „degradierten Eigentumsproblems“ beinhalten.⁸⁾ Die vorgeschlagene Synthese bestehe in einer Kombination

1) Vgl. J. E. Meade, Planung und Preismechanismus, in: ders., Probleme nationaler und internationaler Wirtschaftsordnung, Tübingen, Zürich 1955, S. 69

2) Vgl. E. Preiser, Erkenntniswert und Grenzen der Grenzproduktivitätstheorie, in: ders., Bildung und Verteilung des Volkseinkommens, 2. Aufl. Tübingen 1961, S. 282

3) B. Molitor, Eigentum (I) Soziologie des Eigentums, in: Handwörterbuch der Sozialwissenschaften, 3. Bd., Göttingen 1961, S. 35

4) Vgl. B. Molitor, Eigentum (I) Soziologie des Eigentums, S. 36

5) G. Weisser, Vielgestaltiges soziales Leben, in: E. Potthoff, K. Schiller, C. Schmid (Hrsg.), Grundlagen moderner Wirtschaftspolitik, Frankfurt (o. J.) S. 157

6) H. Giersch, Allgemeine Wirtschaftspolitik, Wiesbaden 1961, S. 88

7) K. Schiller, Der Christ und das Eigentum, in: ders., Aufgaben und Versuche zur Ordnung von Gesellschaft und Wirtschaft, Hamburg 1953, S. 49

8) Vgl. K. Schiller, Der Christ und das Eigentum, S. 66

von „Wettbewerb und Planung“. ¹⁾ Der „Abschied vom Postulat der Vollsozialisierung“ schließt allerdings nicht die Forderung aus, ganz bestimmte, katalogmäßig umgrenzte Wirtschaftszweige doch noch zu sozialisieren. ²⁾

2. Die Forderung einer gleichmäßigeren Eigentumsverteilung

Der freiheitliche Sozialismus fordert die Ausstattung aller Wirtschaftssubjekte mit „Vermögen“. ³⁾ Die Forderung beinhaltet die „graduelle Egalisierung des Besitzes“. ⁴⁾ In gemäßigter Form beinhaltet der Ruf nach gleichmäßigerer Eigentumsverteilung allerdings nur die Forderung, die sogenannte „Startgerechtigkeit“ herzustellen. Wie E. Preiser erklärt, sei darunter die „materielle Gleichheit“ zu verstehen, im Sinne einer „Gleichheit der äußeren Chance, zu . . . Besitz zu gelangen“. ⁵⁾ Sofern nämlich, so lautet der Einwand von H. Giersch, vom Privateigentum als einer Notwendigkeit zur Wahrung der individuellen Freiheitssphäre die Rede sei, werde dabei immer nur auf die „formale Freiheit“ abgestellt, im Sinne einer Verwirklichung der Gleichheit aller Individuen vor dem Gesetz. Was dagegen der freiheitliche Sozialismus fordere, sei die „materielle Freiheit“. Sie sei „das Vermögen, im Rahmen der formalen Freiheit . . . selbst gesteckte Ziele zu verwirklichen“. ⁶⁾ Die Institution des Privateigentums als solche gewähre nur die **Chance** der materialen Freiheit. Aber der Vermögenslose könne diese Chance nicht nutzen und sei deshalb unfrei, trotz aller formalen Freiheiten, die ihm gegeben seien.

Die Forderung einer gleichmäßigeren Eigentumsverteilung wird ferner gestützt auf die Interdependenz zwischen Vermögensverteilung und Einkommensverteilung. Eine Folge der ungleichen Startchancen sei die ungleichmäßige personelle Einkommensverteilung. „Da sich aus der Vermögensstruktur erst ergibt, welche personellen Einkommen sich aus den funktionellen Einkommen errechnen, ist die personelle Einkommensverteilung nicht unabhängig von der (überkommenen) Vermögensstruktur“. ⁷⁾ Aber die Vermögensstruktur habe auch Einfluß auf die funktionelle Einkommensverteilung. E. Preiser betont den Zusammenhang von Besitzverteilung und Angebotselastizität auf dem Arbeitsmarkt. „Wenn Bodenbesitz und Arbeit völlig getrennt sind, ist das Arbeitsangebot starr; wenn der

1) Vgl. K. Schiller, *Der Christ und das Eigentum*, S. 63 f.; ders., *Sozialismus und Wettbewerb*, in: E. Potthoff, K. Schiller, C. Schmid (Hrsg.), *Grundlagen moderner Wirtschaftspolitik*, Frankfurt (o. J.) S. 245 ff.

2) Vgl. K. Schiller, *Sozialismus und Wettbewerb*, S. 246

3) Unter „Vermögen“ wird nicht nur das Eigentum, sondern auch die persönliche Qualifikation verstanden, die allerdings auch vom Sachbesitz abhängig sei. (Vgl. H. Giersch, *Allgemeine Wirtschaftspolitik*, S. 73; E. Preiser, *Besitz und Macht in der Distributionstheorie*, in: *Bildung und Verteilung des Volkseinkommens*, 2. Aufl. Göttingen 1961, S. 242

4) Vgl. K. Schiller, *Der Christ und das Eigentum*, S. 62

5) E. Preiser, *Die Zukunft unserer Wirtschaftsordnung*, 3. Aufl. Göttingen 1960, S. 48

6) Vgl. H. Giersch, *Allgemeine Wirtschaftspolitik*, S. 73

7) G. Rittig, *Sozialismus und Liberalismus*, S. 116

Arbeiter selbst in gewissen Umfang Boden besitzt, ist es elastisch, und es ergibt sich ein höherer Lohnsatz, ohne daß die Marktform dabei irgendeine Rolle spielte".¹⁾ Die Einkommensverteilung werde auch vom Monopolgrad beeinflusst, der sich aus dem Gegensatz zwischen Besitzenden und Nichtbesitzenden ergebe. „Entscheidend ist . . . der Gegensatz all derer, die überhaupt über eigene Produktionsmittel verfügen, zu denen, die keine besitzen“. E. Preiser bezeichnet diesen Tatbestand als das „Klassenmonopol“ der Besitzenden. Ihr „Übergewicht verleiht ihnen eine monopolartige Stellung. Sie läßt auf Kosten des Arbeitseinkommens eine Rente auf das Vermögen entstehen. . .“²⁾ Schließlich beeinflusse die Vermögensstruktur die funktionelle Einkommensverteilung auch noch über die Nachfrage auf den Konsumgütermärkten; denn diese werde gespeist aus Einkommen, die einer personellen Einkommensstruktur zugeordnet seien, in der die überkommene Vermögensstruktur enthalten sei.³⁾ Nur „ . . . bei einer einigermaßen gerechten Verteilung von Einkommen und Vermögen ist der Preis, den der eine Konsument bietet, von gleichem Gewicht wie der Preis, der von einem anderen geboten wird“.⁴⁾

In der Eigentums- und Vermögenspolitik des freiheitlichen Sozialismus geht es vor allem um eine gerechtere Verteilung des Vermögenszuwachses. „Pläne einer direkten Vermögensverteilung haben in der neueren Diskussion keine nennenswerte Bedeutung mehr, und zwar schon aus Gründen der wirtschaftlichen Rationalität“.⁵⁾ E. Preiser erklärt: „ . . . es handelt sich ja bei allen unseren Plänen nur um eine Beteiligung am Zuwachs, nicht aber, wie bei einer Bodenreform, um die Neuverteilung eines gegebenen Bestandes“.⁶⁾ Und G. Weisser stellt fest: „Zu regeln ist nicht in erster Linie die Umverteilung von vorhandenem Vermögen; zu regeln sind vor allem die Chancen des Erwerbs von neu zuwachsendem Volksvermögen . . .“⁷⁾ Als „Instrumentarium der Vermögenspolitik“ wird die Förderung der Eigentumswilligkeit durch Sparanreize genannt, ferner Gewinnbeteiligungssysteme, die den Arbeitnehmer zum „Miteigentümer“ des Produktivvermögens machen sollen, die Privatisierung von Unternehmen der öffentlichen Hand und der Investivlohn.⁸⁾ Als Probleme dargestellt werden die Kreislaufwirkungen, die sich aus der Einkommensverwendung ergeben. Einerseits entsteht das

1) E. Preiser, Besitz und Macht in der Distributionstheorie, S. 237

2) E. Preiser, Wirtschaftspolitik heute, Grundprobleme der Marktwirtschaft, München 1967, S. 165

3) Vgl. G. Rittig, Sozialismus und Liberalismus, S. 118

4) J. E. Meade, Planung und Preismechanismus, S. 58

5) B. Molitor, Eigentum (I) Soziologie des Eigentums, S. 37

6) E. Preiser, Wirtschaftspolitik heute, S. 185

7) G. Weisser, Vermögen und Vermögenspolitik, Handwörterbuch der Sozialwissenschaften, 11. Bd., Göttingen 1961, S. 175

8) Vgl. B. Molitor, Eigentum (I) Soziologie des Eigentums, S. 37 f.; ders., Vermögensverteilung als wirtschaftspolitisches Problem, Tübingen 1965, S. 89 ff.

Problem der Bindung der Arbeitnehmeranteile zum Ausschluß schneller Liquidierung, andererseits bleibt es eine offene Frage, wie eine Lohnsteigerung, die nicht zu einer Erhöhung der Nachfrage führt, die Investitionsneigung beeinflussen würde.¹⁾ Insgesamt gesehen, legt der freiheitliche Sozialismus dem Zielkonflikt zwischen Verteilungs- und Wachstumspolitik keine große Bedeutung bei. B. Molitor meint, daß beim Investivlohn „der Preis der Verteilungskorrektur kaum in mehr als einer Verlangsamung des wirtschaftlichen Wachstums bestehen“ dürfte,²⁾ und daß bei der gesetzlichen Gewinnbeteiligung bei rationalem Verhalten keine Gefahr bestehe, „daß die Unternehmer . . . mit einer Einschränkung der Kapazitätsausnutzung“ reagieren könnten.³⁾ Auch sei nicht zu befürchten, daß die Beeinflussung des Vermögensüberganges zwischen den Generationen in einen nachhaltigen Konflikt mit anderen wirtschaftspolitischen Zielen gerate.⁴⁾ H. Ritschl warnt davor, die Gleichheit der Startbedingungen zum Beispiel durch Beseitigung des Erbrechtes herzustellen. Die Ungleichheit der Vermögensverteilung rechtfertige sich durch die „volkswirtschaftlichen Funktionen, die das Privateigentum und die freie Form seiner Bildung und Mehrung erfüllen“.⁵⁾ E. Preiser dagegen meint; „Wenn die Menschen mit einer gleichmäßigeren Verteilung . . . bei geringerem Wachstum glücklicher sind, so hat der Nationalökonom das zur Kenntnis zu nehmen“.⁶⁾ Es zeigt sich also, daß der Wachstumsaspekt gegenüber dem Verteilungsaspekt in der Eigentumslehre des freiheitlichen Sozialismus überwiegend in den Hintergrund tritt.

3. Die Forderung der Mitbestimmung

Ausgehend von den beiden Zentralgedanken: „Über die politische Demokratie hinaus zur Wirtschaftsdemokratie!“ und „Über die Wirtschaftsdemokratie zum Sozialismus!“, gilt als Bestandteil der Eigentumslehre des freiheitlichen Sozialismus auch das Mitbestimmungsrecht.⁷⁾ Nach der Meinung von H. Deist soll es dazu beitragen, daß „. . . auch die Wirtschaft dem demokratischen Prinzip der Herrschaft der Mehrheit des Volkes . . . unterworfen wird“.⁸⁾ Im besonderen soll die Mitbestimmung dazu führen, den Arbeiter vom bloßen Objekt im Produktionsprozeß zum Subjekt in demselben zu machen.⁹⁾ Im weitesten Sinne beinhaltet

1) Vgl. E. Preiser, Wachstum und Einkommensverteilung, 2. Aufl., Heidelberg 1964, S. 45

2) Vgl. B. Molitor, Vermögensverteilung als wirtschaftspolitisches Problem, S. 135

3) Vgl. B. Molitor, Vermögensverteilung als wirtschaftspolitisches Problem, S. 140

4) Vgl. B. Molitor, Vermögensverteilung als wirtschaftspolitisches Problem, S. 96

5) H. Ritschl, Grundlagen der Wirtschaftsordnung, S. 46

6) E. Preiser, Wachstum und Einkommensverteilung, S. 45

7) Vgl. F. Böhm, Das wirtschaftliche Mitbestimmungsrecht, in: ORDO, Jahrbuch für die Ordnung von Wirtschaft und Gesellschaft, 4. Bd., (1951), S. 46

8) H. Deist, Wirtschaftsdemokratie, S. 199

9) Vgl. E. Preiser, Die Zukunft unserer Wirtschaftsordnung, S. 31

das Mitbestimmungsrecht die Einflußnahme der Arbeiter auf die Leitung der Betriebe und Unternehmen. Sie nehmen teil an der Verfügung über Produktionsmittel, deren rechtliche Eigentümer sie nicht sind. Eine bloße „Wandlung des Eigentumsrechtes mit dem Ziel, das Privileg des Besitzes aufzuheben“, ¹⁾ soll erreicht werden, nachdem erkannt worden sei, „daß die Umgestaltung der Gesellschaft nicht . . . durch einen . . . gesetzgeberischen Akt, der das Privateigentum an den Produktionsmitteln beseitigte, herbeizuführen war“. ²⁾ Die Wandlung des Eigentumsrechtes sei ein langfristiger Prozeß, der Stufe um Stufe entwickelt werden müsse. ³⁾ Deshalb seien „die Forderungen . . . des Mitspracherechtes der Arbeiterschaft im Betriebe . . . wichtiger als die Frage des Eigentums . . .“. ⁴⁾ „In der Auseinandersetzung . . . über das Eigentum hat sich gezeigt, daß über dem reinen Eigentumsproblem die größeren Fragen der Produktionsverfassung . . . stehen“. ⁵⁾ Im einzelnen wird das Mitbestimmungsrecht in zwei Formen vertreten: als betriebliches und als überbetriebliches Mitbestimmungsrecht. Im einen Fall ist der Träger des Mitbestimmungsrechts der Betriebsrat als Repräsentant der Belegschaft. Nur den in dem Betrieb beschäftigten Arbeitern steht dann das Mitbestimmungsrecht zu. In dem anderen Fall ist der Träger des Mitbestimmungsrechts eine Gruppe von Aufsichtsratsdelegierten, die ihr Mandat nicht nur von der Belegschaft, sondern sozusagen von der Arbeitnehmerschaft im ganzen, repräsentiert durch die Spitzenorganisationen der Gewerkschaft ableiten. ⁶⁾ Soweit es sich um überbetriebliche Mitbestimmung handelt, soll der Unternehmer in der Gestaltung seiner Betriebspläne und Betriebsentscheidungen der Weisungsgewalt und Kontrolle überbetrieblicher Gremien unterworfen sein. „Erst die organisierte und von den Gewerkschaften kontrollierte Wirtschaft, die auch den einzelnen Unternehmer zum beauftragten und gebundenen Führer eines Betriebes macht, wird die wirksame Kontrolle dieser Betriebsführung . . . möglich machen“. ⁷⁾ Damit ist über das Mitbestimmungsrecht die Lenkung der Wirtschaft im ganzen angestrebt, also eine Umgestaltung der Wirtschaftsordnung beabsichtigt. „Über die Demokratisierung der Wirtschaft strebt die Arbeiterklasse . . . zum Sozialismus, d. h. zu einer neuen Wirtschaftsordnung“. ⁸⁾

-
- 1) Aus der Programmschrift „Wirtschaftsdemokratie“, veröffentlicht 1928 im Auftrag des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes von Fritz Naphtali, S. 17 f., zitiert bei F. Böhm, Das wirtschaftliche Mitbestimmungsrecht, S. 45
 - 2) H. Deist, Wirtschaftsdemokratie, S. 198
 - 3) Vgl. H. Deist, Wirtschaftsdemokratie, S. 198 f.
 - 4) H. Ritschl, Grundlagen der Wirtschaftsordnung, S. 101
 - 5) K. Schiller, Der Christ und das Eigentum, S. 66
 - 6) Vgl. F. Böhm, Das wirtschaftliche Mitbestimmungsrecht, S. 118
 - 7) Programmschrift „Wirtschaftsdemokratie“, S. 152 f., zitiert bei F. Böhm, Das wirtschaftliche Mitbestimmungsrecht, S. 47
 - 8) F. Naphtali, Wirtschaftsdemokratie, S. 179, zitiert bei H. Deist, Wirtschaftsdemokratie, S. 198

F. Die Eigentumslehre des Neoliberalismus

Die moderne, auf dem Marginalprinzip beruhende Theorie muß auf dem Hintergrund derjenigen Theorie gesehen werden, die durch sie abgelöst worden ist. Diese Theorie war die klassische Theorie.¹⁾ „Es ist die zentrale Überzeugung des Liberalismus, daß sich eine spontane Ordnung menschlicher Handlungen von weit größerer Komplexität als sie je durch wohlbedachte Anordnung geschaffen werden könnte, ganz von selbst bildet, sobald allgemeingültige Verhaltensregeln durchgesetzt werden, die eine klar umrissene Privatsphäre für jeden einzelnen sichern“.²⁾ Diese Überzeugung hat auch in der modernen Theorie Bestand. Aber im Gegensatz zur Klassik sieht die moderne Theorie seit Carl Menger den gesamten Wirtschaftsprozess wieder mehr von den Bedürfnissen her und stellt den Begriff der Knappheit in den Vordergrund. Darüber hinaus hat sie erneut ins Bewußtsein gerückt, „daß das, was an der Volkswirtschaft . . . spezifisch wirtschaftlich ist, in der Preiserscheinung liegt, und daß alles spezifisch wirtschaftliche Geschehen in das Schema des Preises gefaßt werden kann“.³⁾ Frei sich bildende Wettbewerbspreise haben die Kraft, die Pläne aller Beteiligten **ohne rechtlichen Zwang** einander zu koordinieren.⁴⁾ Über die Klassiker hinaus ist die moderne Theorie „tiefer in die Erkenntnis der Struktur der Ordnungselemente eingedrungen, aus denen sich jene rätselhafte Lenkungsmechanik zusammensetzt.“ Es wird betont, „daß einige der wichtigsten dieser Ordnungselemente den Charakter **rechtlicher Phänomene** haben, . . . so das Element des Eigentums und der übrigen absoluten Vermögensrechte“.⁵⁾ Die Eigentumsordnung macht eine Zuschreibung der knappen Güter auf die Eigentümer möglich. K. Borchardt bezeichnet das Institut des Privateigentums als den „sozialgeschichtlichen Trick“, der die Verteilung der seltenen Güter in einer speziellen Weise regelt, die die moderne Theorie die „marktwirtschaftliche Steuerung durch Knappheitspreise“ nennt.⁶⁾

Allerdings muß es sich um echte Knappheitspreise handeln, die nicht durch

1) Vgl. W. Röpke, Die Lehre von der Wirtschaft, 8. Aufl. Erlenbach-Zürich und Stuttgart 1958, S. 37

2) F. A. v. Hayek, Grundsätze einer liberalen Gesellschaftsordnung, in: ORDO, Jahrbuch für die Ordnung von Wirtschaft und Gesellschaft, 18. Bd., (1967) S. 14

3) J. A. Schumpeter, Carl Menger, in: ders., Dogmenhistorische und biographische Aufsätze, Tübingen 1954, S. 121 f.

4) Vgl. F. Böhm, Der Rechtsstaat und der soziale Wohlfahrtsstaat, in: ders., Grundsatzfragen der Wirtschaftsordnung, Berlin 1954, S. 125

5) F. Böhm, Die Idee des Ordo, in: ORDO, Jahrbuch für die Ordnung von Wirtschaft und Gesellschaft, III. Bd., (1950) S. 11 f.

6) K. Borchardt, Volkswirtschaftliche Kostenrechnung und Eigentumsverteilung, in: Jahrbücher für Nationalökonomie und Statistik, 178. Bd., (1965) S. 77

Machteinflüsse verfälscht sind. „Macht“, ist nach Max Weber, „jede Chance innerhalb einer sozialen Bewegung den eigenen Willen auch gegen Widerstreben durchzusetzen . . .“¹⁾ Das begriffliche Instrument zur Erfassung der wirtschaftlichen Macht ist in der modernen Theorie die Marktform. E. Böhm-Bawerk traf die Feststellung, daß die ökonomische Macht „nicht außerhalb oder gegen, sondern innerhalb und durch Erfüllung der ökonomischen Preisgesetze wirkt.“²⁾ So äußert sich also „wirtschaftliche Macht . . . in dem Versuch, dem (den) Marktpartner(n) im Rahmen der Marktlage seinen Willen aufzuzwingen“.³⁾ Bei der konkurrenzwirtschaftlichen Marktform handele es sich um ein „ . . . automatisch wirksames Koordinationssystem . . . , das auf der Machtlosigkeit aller Beteiligten aufgebaut ist, das somit die Vergewaltigung durch Macht ausschließt“.⁴⁾ Nach F. Böhm bewirke die „ . . . Marktform vollständiger Konkurrenz . . . , daß aus dem Tauschvorgang das Moment der Macht und der Willkür eliminiert und daß die vom Privateigentum und von der Privatautonomie ausgehende Gefahr . . . zunichte gemacht wird“.⁵⁾

Damit zeigt sich bereits, daß in der modernen Theorie die jeweilige Eigentumsordnung nicht losgelöst von der jeweiligen Marktgestaltung untersucht wird. Die Verfügungsgewalt, die die Eigentumsordnung garantiert, gibt denjenigen, die das Eigentumsrecht ausüben, Mittel in die Hände, durch vermögensmäßige Manipulation bestimmte Zielsetzungen zu realisieren. „Das besagt aber nichts anderes, als daß das Eigentumsrecht dem Verfügungsberechtigten ‚Macht‘ gewährt“.⁶⁾ „Eine der entscheidenden Hebel der Machtausübung liegt . . . in der Verfügungsgewalt über Güter, also letztlich in der Eigentumsordnung“.⁷⁾ Aber die Machtausübung, die das Eigentumsrecht dem Verfügungsberechtigten gewährt, wird nach Ansicht der modernen Theorie durch die Struktur der Märkte begrenzt.

1) M. Weber, *Wirtschaft und Gesellschaft*, in: *Grundriß der Sozialökonomie* III. Abtlg., 1. Halbbd., 2. Aufl., Tübingen 1925, S. 28

2) E. Böhm-Bawerk, *Macht oder ökonomisches Gesetz*, in: *Zeitschrift für Volkswirtschaft, Sozialpolitik und Verwaltung*, 23. Bd., Wien 1914, S. 217

3) N. Kloten, *Das Eigentum in der Wirtschaftsordnung*, S. 81

4) L. Miksch, *Die sittliche Bedeutung der inneren Koordination*, in: *ORDO, Jahrbuch für die Ordnung von Wirtschaft und Gesellschaft*, III. Bd., (1950), S. 52

5) F. Böhm, *Die Idee des Ordo*, S. L

6) N. Kloten, *Das Eigentum in der Wirtschaftsordnung*, S. 80

7) N. Kloten, *Das Eigentum in der Wirtschaftsordnung*, S. 81

I. Die Wirkungen des Privateigentums.

1. Die Antriebswirkungen

Aufgabe der Nationalökonomie ist es, die Wirkungen, die von den Daten zu den wirtschaftlichen Phänomenen gehen, zu analysieren.¹⁾ Dabei richtet sich das Interesse der modernen Theorie vorwiegend auf die Wirkungen, die von der Institution des Privateigentums ausgehen, weil nur hier exakte Aussagen abgeleitet werden können. Je mehr eine Eigentumsordnung, in der Privateigentum vorherrscht, mit öffentlichem Eigentum durchsetzt werde, um so unsicherer werden die Aussagen. Im Extremfall, bei allumfassendem Gemeineigentum, lassen sich überhaupt keine theoretischen Sätze mehr ableiten, weshalb auch bezweifelt worden ist, ob dieser Fall noch Objekt der theoretischen Nationalökonomie ist.²⁾ Der Zweifel stützt sich auf die Annahme, daß nur private Verfügungsmacht ein ganz bestimmtes Verhalten der Wirtschaftssubjekte induziere. N. Kloten vermutet, „. . . daß zwischen einer bestimmten seelischen Grundhaltung des Menschen einerseits . . . und der Eigentumsordnung andererseits ein korrespondierendes Verhältnis besteht“.³⁾ Es wird bei dem Leiter eines Haushaltes oder eines Betriebes ein Verhalten induziert, daß der langfristigen Nutzen- bzw. Gewinnmaximierung entspricht. Ferner kann bei Privateigentum eine große Anzahl von Eigentumsträgern vorausgesetzt werden, womit die Grundlage gegeben ist für die Anwendung des Gesetzes der großen Zahl. Das Verbindungsstück zwischen Annahme und Wirklichkeit bezüglich des menschlichen Verhaltens ist die statistische Wahrscheinlichkeit.⁴⁾ So kommt die moderne Theorie zu dem Schluß, daß eine Aussage über die durchschnittliche Verhaltensweise bei Privateigentum möglich sei. Bei Gemeineigentum dagegen bestehe Unsicherheit im Hinblick auf die Zielsetzung und die durchschnittliche Verhaltensweise. Das Ziel sei nicht festgelegt, weil es völlig vom Willen des – im Extremfall – einen Inhabers der Verfügungsmacht abhängt, „der sich innerhalb der ungeheuren Spannweite der menschlichen Möglichkeiten alle Ziele setzen kann“.⁵⁾ So bestehe die Gefahr „der Dominanz des Politischen in Zielsetzung und Verwirklichung“.⁶⁾ „Das Gemeineigentum . . . an (nahezu) der Gesamtheit der volkswirtschaftlichen Gütervorräte gibt der herrschenden Schicht die Möglichkeit, unter Beachtung eines Minimums an individu-

1) Jedenfalls ist dies der Standpunkt der theoretischen Nationalökonomie. (Vgl. H. v. Stakelberg, Grundlagen der theoretischen Volkswirtschaftslehre, S. 11)

2) Vgl. L. Miksch, Die sittliche Bedeutung der inneren Koordination, S. 45

3) N. Kloten, Das Eigentum in der Wirtschaftsordnung, in: Wirtschaftsdienst, Hrsg. v. Hamburgischen Welt-Wirtschafts-Archiv 35 (1955) S. 82

4) Vgl. L. Miksch, Die sittliche Bedeutung der inneren Koordination, S. 71

5) Vgl. L. Miksch, Die sittliche Bedeutung der inneren Koordination, S. 45

6) Vgl. N. Kloten, Das Eigentum in der Wirtschaftsordnung, S. 78

eller Versorgung mit Konsumgütern eine Realisierung ihrer Zielsetzungen anzustreben".¹⁾ Ferner ist der — im Extremfall — einzige Träger von Verfügungsmacht ein individuelles Element. Es sei wohl möglich, aufgrund von statistischen Reihen zu sagen, wie einige tausend Menschen auf ein Datum reagieren werden. Aber es sei nicht möglich, „das Verhalten eines autonomen Wirtschaftsleiters vorauszusagen, wie es nicht möglich ist, zu sagen, ob ein bestimmter Mensch im nächsten Jahr Selbstmord verüben wird".²⁾

Unter den Antriebswirkungen versteht man den Einfluß des Privateigentums auf das Handeln der Wirtschaftssubjekte **aus eigenem Antrieb**. N. Kloten stellt fest, daß nur die Rechtsinstitution des Privateigentums den Wirtschaftssubjekten jene Freiheitssphäre gewähre, die „... das spontane Handeln, das Handeln aus eigenem Antrieb ... " begünstigt.³⁾ Im Rahmen der Verhaltensforschung schlägt G. Schmölders vor, bei der Frage nach den Antrieben des wirtschaftlich relevanten menschlichen Handelns auch die anthropologischen Wissenschaften zur Auskunft heranzuziehen.⁴⁾ Auch seien bei der Eigentumsfrage sozialpsychologische Aspekte zu beleuchten, um Motive und Verhaltensweisen der Eigentumsträger zu erkennen.⁵⁾ Allgemein wird festgestellt, „daß das Eigentum und die Möglichkeit, Eigentum zu bilden, die entscheidende Antriebskraft in einer marktwirtschaftlichen Ordnung darstellt."⁶⁾ Im einzelnen geht vom Eigentum die einkommenserhöhende Wirkung aus. Sie besteht darin, daß dem Eigentümer aus einer zusätzlichen Quelle Einkommen zufließt, während der Eigentumslose zur Erzielung seines Einkommens ausschließlich von seiner Arbeitskraft abhängig ist.⁷⁾ (Einkommensfunktion). Die eigentumsbedingte Einkommenssteigerung ermöglicht dem Eigentümer einen höheren Lebensstandard oder versetzt ihn in den Stand zu weiterer Vermögensbildung.⁸⁾ Ferner ermöglicht das Eigentum, sofern es von Dauer ist, einen Rückgriff bei unvorhergesehenen Wechselfällen und Notlagen (Sicherungsfunktion). Die anthropologische Deutung, die auf die Motivationsebene eingeht, berichtet, daß der Wunsch, den der einzelne nach Eigentum

1) N. Kloten, Das Eigentum in der Wirtschaftsordnung, S. 78

2) L. Miksch, Die sittliche Bedeutung der inneren Koordination, S. 44

3) Vgl. N. Kloten, Marktwirtschaft, in: Görres-Gesellschaft (Hrsg.), Staatslexikon Recht Wirtschaft Gesellschaft, 5. Bd., 6. Aufl., Freiburg 1960, Sp. 558

4) Vgl. G. Schmölders, Ökonomische Verhaltensforschung, in: ORDO, Jahrbuch für die Ordnung von Wirtschaft und Gesellschaft, V. Bd., (1953) S. 205

5) Vgl. G. Schmölders, Eigentum und Eigentumspolitik, in: Walter-Raymond-Stiftung (Hrsg.), Eigentum und Eigentümer in unserer Gesellschaftsordnung, Köln u. Opladen 1960, S. 214 f.

6) Vgl. B. Pfister, Eigentum IV Eigentum in Gesellschaft und Wirtschaft, in: Görres-Gesellschaft (Hrsg.), Staatslexikon Recht Wirtschaft Gesellschaft, 2. Bd., 6. Aufl., Freiburg 1958, Sp. 1073

7) Vgl. B. Pfister, Eigentum IV Eigentum in Gesellschaft und Wirtschaft, Sp. 1078

8) Vgl. B. Pfister, Eigentum IV Eigentum in Gesellschaft und Wirtschaft, Sp. 1078

hat, einem Streben nach „Hintergrundserfüllung“ entspricht, daß heißt nach **Sicherheit**. Das Vorhandensein von Eigentum bedeutet nämlich für das Bewußtsein, „daß eine virtuelle Befriedigung eines Bedürfnisses jederzeit möglich ist“. Gleichzeitig trete das Bedürfnis dadurch selbst aus dem Vordergrund der Affektivität zurück. „Das Bewußtsein künftiger Bedürfniserfüllung ist selbst ein Erfüllungserlebnis . . .“, das aber natürlich nur dann möglich ist, wenn das Mittel, das die Bedürfnisbefriedigung bewirkt, jederzeit dauernd zur Verfügung stehe.¹⁾

Ähnlich wird die sozialpsychologische Deutung der Funktionen des Eigentums von G. Schmölders angegeben: „Sozialökonomisch und -psychologisch hat das Eigentum die Funktion . . . der Schaffung eines Daseins- und Lebensraumes für den einzelnen und seiner **Sicherung** im Sinne einer Besitzgarantie, im Sinne einer Selbstbestätigung und im Sinne von Sozialprestige, insbesondere durch die Rolle vieler Besitzgegenstände als Status- oder Rangsymbole“.²⁾ Die genannten Funktionen des Eigentums wirken sich auf die Eigentumsbildung aus, genau genommen, auf die zwei grundlegenden Faktoren, die hinter der Eigentumsbildung stehen. Das ist die Sparwilligkeit, hinter der die individuelle Sparneigung steht, und die Sparfähigkeit, die vom erzielten Einkommen abhängt. Soweit das Einkommen auf Arbeit beruht, kann in dem bestmöglichen Einsatz des Produktionsfaktors Arbeit auch eine eigentumsbegründende Verhaltensweise gesehen werden. Mindestens wird ein Anreiz zur Arbeit ausgeübt, wenn die Freizügigkeit der Eigentumsbildung und Eigentumsverwendung als Antriebskraft das Streben der Wirtschaftssubjekte nach Eigentum und dessen ertragbringender Verwendung weckt. Auch wird durch die Möglichkeit der Eigentumsbildung ein Anreiz ausgeübt, die anderen Produktionsfaktoren wirtschaftlich einzusetzen. Alle Antriebe, die zu Einkommensbildung und Einkommenserhöhung führen, werden verstärkt, wenn die Freiheit der Einkommensverwendung sich nicht nur auf den gegenwärtigen Konsum beschränkt, sondern auch für den zukünftigen Konsum aus gegenwärtigem Einkommen gegeben ist, wenn also Eigentumsbildung durch Sparen möglich ist.

Die Sparwilligkeit hängt, da das Sparen eine zukunftsbezogene Entscheidung ist, vom „Erwartungshorizont“ ab. Dieser erstreckt sich nicht nur auf die Beurteilung künftiger Bedürfnisse, sondern auch auf die Beurteilung der künftigen Sicherheit des Eigentums. Allmählich aufkommende Zweifel gegenüber der Sicherheit des Eigentums wirken sich auf die Einkommensverwendung aus, insbesondere auf die Neigung zum langfristigen Sparen. Schmölders hat auf die Zerstörung der „Geldillusion“ hingewiesen, die Zerstörung des Vertrauens in den gleichbleibenden Wert des Geldes. Damit ändern sich auch die Determinanten des Volkseinkommens und seiner Verwendung.³⁾ Analog dazu kann man von einer möglichen Zerstörung der „Eigentumsillusion“ sprechen. Mit der Geldillusion wird oft auch die

1) A. Gehlen, Urmensch und Spätkultur, Bonn 1958, S. 56

2) G. Schmölders, Eigentum und Eigentumspolitik, S. 22

3) Vgl. G. Schmölders, Psychologie des Geldes, Hamburg 1966, S. 144 ff.

„Eigentumsillusion“ ausgelöscht, mindestens bei denen, die indirekte Eigentümer von Sachenwerten und inflationsgefährdet sind. Sparen verliert dann seinen Zweck, eine Vermögensbildung zwecks Vorsorge für die spätere Zukunft zu ermöglichen. Die Folge ist eine tendenzielle Zunahme der Konsumgüternachfrage.

Bleibt die „Eigentumsillusion“ erhalten, dann ist die volkswirtschaftliche Vermögensbildung, die auf einen Sparakt folgen kann, allerdings erst dann vollzogen, wenn dem individuellen Sparen auch eine Investition entspricht.¹⁾ Auch der Anreiz, zu investieren, wird durch die Aussicht, in den eigentumsmäßigen Besitz dieser Investitionen zu gelangen, verstärkt. Zusammengefaßt ergibt sich also für die moderne Theorie der Schluß, daß auf die Antriebswirkungen, die vom Vorhandensein und der Sicherung der Eigentumsinstitution auf die Wirtschaftssubjekte ausgehen, im Interesse der Einkommensbildung, der Kapitalbildung und des wirtschaftlichen Wachstums nicht verzichtet werden kann. „Stetiges Wachstum“, so meint Kloten, ist „ . . . auf die Dauer nur bei einer solchen Grundhaltung der wirtschaftenden Menschen denkbar, wie sie durch Spontanität, d. h. das Handeln des Menschen aus eigenem Antrieb . . . verkörpert wird“.²⁾ Für die Äußerung dieser Spontanität sei aber Privateigentum Voraussetzung. Deshalb kann die Lehre von den Wirkungen des Eigentums auf die Verhaltensweisen der Wirtschaftssubjekte in der modernen Theorie als ökonomische Rechtfertigung der Institution des Privateigentums angesehen werden.

2. Die Steuerungswirkungen

Weit deutlicher wird die Rechtfertigung der Institution des Privateigentums durch die Feststellung, daß das Privateigentum eine *conditio sine qua non* für das Funktionieren des Preismechanismus ist. Während bei den Antriebswirkungen der Einfluß des Privateigentums auf das Verhalten der einzelnen Individuen, also die einzelwirtschaftliche Betrachtungsweise im Vordergrund steht, geht es bei den Steuerungswirkungen um den Ablauf des gesamten Wirtschaftsprozesses. Der Preismechanismus hat die Aufgabe, in einer Volkswirtschaft mit selbständig handelnden Wirtschaftseinheiten die Abstimmung der individuellen Pläne auf den Märkten zu vollziehen. Märkte sind Koordinationszentralen, Koordinationsmedium ist der Preis.³⁾ So zwingt der Preismechanismus den Unternehmer, den Bewegungen der Nachfrage zu folgen, in denen die wechselnden Bedürfnisse ihren Ausdruck finden, wodurch die bestmögliche Ausrichtung der Produktionsverfahren im Hinblick auf die Nachfrage erreicht werde. Der Preismechanismus ist mit

1) „Wer Sparformen wählt, die ‚indirektes‘ Eigentum darstellen, ermöglicht damit den Investoren (Kreditnehmern) die Bildung ‚direkten‘ Eigentums“. (B. Pfister, Eigentum IV Eigentum in Gesellschaft und Wirtschaft, Sp. 1075)

2) N. Kloten, Marktwirtschaft, Sp. 562

3) „Preise haben in einer Markt- und Wettbewerbswirtschaft eine reine Lock-, Wegweiser- und **Steuerungsfunktion**“. (Franz Böhm, Freiheitsordnung und soziale Frage, in: Grundsatzenfragen der Wirtschaftsordnung, Berlin 1954, S. 76, Sp. v. Verf.)

einer Radioanlage verglichen worden: „Auf der einen Seite sprechen Tausende von kaufkräftigen Nachfragern ihre Wünsche in das Mikrofon. Auf der anderen Seite erhalten Tausende von Eigentümern an Betrieben gültige Ratschläge, wie sie **privatwirtschaftlich** ihr Eigentumsrecht günstig ausüben können. Aber ohne es selbst zu wissen, erhalten sie damit zugleich die Weisung, wie sie es auch **volkswirtschaftlich** richtig auszuüben haben. Der Privateigentümer wird seine Entscheidungen sowohl bezüglich der Produktionsrichtung und der Wahl des Produktionsverfahrens wie auch hinsichtlich des Umfangs der Produktion nach diesen Weisungen treffen“. ¹⁾ Voraussetzung für diesen Vorgang ist aber das einzelwirtschaftliche Dispositionsrecht über Produktionsmittel, wie es aus der Institution des Privateigentums folgt; „denn die Leiter von Einzelwirtschaften können der stets bestehenden Notwendigkeit, sich an die jeweilige Preis- und Marktkonstellation anzupassen, nur entsprechen, wenn sie, im ganzen gesehen, frei über die Produktionsmittel disponieren können“. ²⁾

Voraussetzung für eine volkswirtschaftlich optimale Lenkung der Produktionsfaktoren ist auch eine wirksame Auslese unter den Trägern des Dispositionsrechts. Dazu trägt in besonderer Weise die Haftung bei. Es ist „... eine volkswirtschaftlich rationelle Verwendung des Kapitals nur gewährleistet, wenn das Prinzip der Haftung, dem das Institut des Privateigentums in besonders vollkommener Weise gerecht wird, in der Wirtschaftsordnung verwirklicht ist“. ³⁾ Bei den Formen des Eigentums, wo noch der strenge Zusammenhang von Verfügungsrecht und Nutzungsrecht gegeben ist, wo also die Person, welche verfügt, nicht nur die Gewinne, sondern auch die Verluste aus einer Verfügung, die der Markt nicht bestätigt, trägt, gewährleistet das Eigentum noch die notwendige Auslese aus dem Produktions- und Marktprozeß. F. Spiegelhalter führt dazu aus: „Jede Verfügung aus dem Eigentum verlangt ... zugleich volle Verantwortung ... Die Verfügungsgewinne sind streng an den jeweils Verfügenden geknüpft. ... In entsprechender Weise werden die Verluste getragen ... Die Verantwortung des Privateigentümers kann nicht überwältigt werden. Seinen Verfügungen folgen unmittelbar und automatisch volle Belohnung und Bestrafung“. ⁴⁾ Das Prinzip der Haftung ist allerdings nicht gegeben, wenn Verfügungsrecht und Nutzungsrecht auseinanderfallen, wie das bei den Kapitalgesellschaften und übrigens auch bei öffentlichem Eigentum der Fall ist. Dann ist ein Abwälzen der vollen Verantwortung möglich. Die volkswirtschaftlichen Wirkungen liegen in einer möglichen Fehllenkung der Produktionsfaktoren. Wie W. Eucken angibt, liegt die gesamtwirtschaftliche Relevanz der

¹⁾ F. Spiegelhalter, Die Wirtschaftsordnung und die ökonomische Bedeutung des Privateigentums, zit. bei W. Eucken, Grundsätze der Wirtschaftspolitik, Bern, Tübingen 1952, S. 274

²⁾ B. Pfister, Eigentum IV Eigentum in Gesellschaft und Wirtschaft, Sp. 1073

³⁾ B. Pfister, Eigentum IV Eigentum in Gesellschaft und Wirtschaft, Sp. 1073

⁴⁾ F. Spiegelhalter, Eigentum und Wirtschaftsordnung, Paderborn, o. J. S. 23 f.

„Spaltung von Lenkung und Haftung“ darin, daß der Wettbewerb der Leistung seine Funktionsfähigkeit verliert.¹⁾

Insgesamt ergibt sich also für die moderne Theorie, daß das Privateigentum wegen der Wirkungen auf den durch Preise gesteuerten Wirtschaftsablauf eine „systemkonstitutive Bedingung“ der Marktwirtschaft ist.²⁾ „Die innere Koordination ist . . . nicht mit dem allgemeinen Staatseigentum vereinbar“.³⁾ „Somit ist die Frage, ob zur Verwirklichung der Wettbewerbsordnung Privateigentum an den Produktionsmitteln erforderlich ist, zu bejahen. Die moderne Tendenz, Privateigentum an den Produktionsmitteln zu beseitigen, führt immer weiter von der Wettbewerbsordnung ab. Privateigentum gehört zu den Voraussetzungen der Wettbewerbsordnung“.⁴⁾ „In Wahrheit“, so meint W. Röpke, „ruht die Marktwirtschaft nicht auf einer Säule allein, sondern auf zweien. Sie setzt nicht nur die grundsätzliche Freiheit der Preise und des Wettbewerbs, sondern auch die Einrichtung des Privateigentums voraus, und zwar in dem echten Sinne der rechtlich geschützten Freiheit der Verfügung über das Eigene unter notwendigem Einschluß der Verfügung von Todeswegen.“⁵⁾

II. Die Interdependenz zwischen Eigentumsordnung und Wirtschaftsordnung

1. Der Einfluß der Marktformen

Neben den Antriebs- und Steuerungswirkungen sind schließlich noch die Interdependenzwirkungen zu nennen. Gemeint sind die möglichen Wechselwirkungen zwischen der Eigentumsordnung und der jeweiligen Wirtschaftsordnung, als der „Gesamtheit der realisierten Formen, in denen . . . der alltägliche Wirtschaftsprozess abläuft“.⁶⁾ Es wird nämlich „ . . . der Inhalt des Privateigentums erst durch die jeweilige Gestaltung der faktischen Wirtschaftsordnung geprägt. . . “⁷⁾ Insbesondere geht es um den Einfluß der in der jeweiligen Wirtschaftsordnung realisierten Marktformen auf den Inhalt des Privateigentums. „Privateigentum hat . . . je nach der Marktform einen ganz verschiedenen Charakter und je nachdem ändert sich die Funktion des Eigentumsrechts“.⁸⁾ So erhält zum Beispiel durch

1) Vgl. W. Eucken, Grundsätze der Wirtschaftspolitik, S. 280

2) Vgl. N. Kloten, Marktwirtschaft, Sp. 559

3) L. Miksch, Die sittliche Bedeutung der inneren Koordination, S. 62

4) W. Eucken, Grundsätze der Wirtschaftspolitik, S. 271

5) W. Röpke, Jenseits von Angebot und Nachfrage, 3. Aufl., Erlenbach-Zürich und Stuttgart 1961, S. 150

6) W. Eucken, Grundlagen der Nationalökonomie, S. 238

7) F. Spiegelhalter, Eigentum und Wirtschaftsordnung, S. 14 f.

8) W. Eucken, Grundsätze der Wirtschaftspolitik, Bern/Tübingen 1952, S. 272

das Auftreten eines Angebotsmonopols das Privateigentum des Monopolisten einen veränderten Inhalt.¹⁾ Es ergibt sich eine „monopolistische Veränderung des Verfügungsspielraumes“.²⁾ „Dem Privateigentümer wird infolge seiner Monopolmacht seine Verfügungsmacht erst entzogen, wenn er durch fehlerhafte Planung, nachlässige Wirtschaftsführung . . . seine Kostenlage erheblich verschlechtert“.³⁾

Mit der Erweiterung des Verfügungsspielraumes ist gleichzeitig auch „der Raum der Verfügungsgewinne künstlich erweitert“.⁴⁾ Der Monopolist erhält die Macht, sich durch künstliche Verknappung der Produktion eine zusätzliche Prämie anzueignen. In nicht konkurrenzwirtschaftlichen Marktformen kann also der Privateigentümer, gestützt auf die Position, die Privateigentum verleiht, „Macht“ ausüben. Ferner führt bei nicht konkurrenzwirtschaftlichen Marktformen das Privateigentum zu verzerrten Knappheitspreisen – infolge der künstlichen Erhöhung der Monopolpreise oder künstlichen Senkung der Bezugspreise. Damit sind falsche Knappheitsindikatoren gegeben und ein unter volkswirtschaftlichen Gesichtspunkten möglicher Fehleinsatz von Produktionsfaktoren. Als Beispiel für diesen Fehleinsatz können auch die Konzentrationsfördernden Wirkungen gelten, die als Folge von marktbeherrschenden Positionen entstehen können.⁵⁾ „Bei sukzessiver fortschreitender Zerstörung der Wettbewerbsordnung durch monopolistische Gebilde wird . . . Privateigentum . . . den beherrschenden Unternehmen eine Basis für Verfälschungen des individuellen Datenbildes, für die Bildung ökonomisch nicht gerechtfertigter Pfründe, für Kapitalfehlleitungen etc. mit allen bekannten Folgen“.⁶⁾

So steht also, wie W. Eucken erklärt, fest, „daß Privateigentum in monopolistischen Marktformen zu schweren Schäden führt“.⁷⁾ „Nur die Wettbewerbsordnung macht im Rahmen der modernen industrialisierten Welt das Privateigentum auf die Dauer erträglich“. „Wie also das Privateigentum an den Produktionsmitteln eine Voraussetzung der Wettbewerbsordnung ist, so ist die Wettbewerbsordnung eine Voraussetzung dafür, daß das Privateigentum an Produktionsmitteln nicht zu wirtschaftlichen und sozialen Mißständen führt.“⁸⁾ Für eine gute Eigentumspolitik kommt es danach vor allem darauf an, monopolistische Machtstellungen privater und öffentlicher Betriebe und Unternehmen unwirksam zu machen. „Die wesentliche Frage ist, ob sich Marktformen . . . realisieren lassen, in denen 'Ausbeutung' unmöglich ist“.⁹⁾ „Das Instrument, das die liberale Schule zum

1) Vgl. F. Spiegelhalter, Eigentum und Wirtschaftsordnung, S. 27

2) Vgl. F. Spiegelhalter, Eigentum und Wirtschaftsordnung, S. 26

3) F. Spiegelhalter, Eigentum und Wirtschaftsordnung, S. 25

4) Vgl. F. Spiegelhalter, Eigentum und Wirtschaftsordnung, S. 26

5) Vgl. O. Lenel, Ursachen der Konzentration, 2. Aufl. Tübingen 1968, S. 145 ff.

6) N. Kloten, Das Eigentum in der Wirtschaftsordnung, S. 79

7) W. Eucken, Grundsätze der Wirtschaftspolitik, S. 272

8) W. Eucken, Grundsätze der Wirtschaftspolitik, S. 275

9) W. Eucken, Grundsätze der Wirtschaftspolitik, S. 273

Zwecke der gesellschaftlichen und politischen Entmachtung einseitiger Kapitalinteressen vorsieht, ist die freie Konkurrenz; es wird daher eine solche Ausgestaltung der Rechtsordnung befürwortet, die es dem Unternehmer so schwer wie möglich machen soll, Einfluß auf den Markt zu gewinnen".¹⁾ „Je mehr es der Privatrechtsordnung gelingt, das Element der Macht zu eliminieren, . . . das Entstehen von Monopolsituationen zu verhindern, desto reiner werden sich die mittelbaren Ordnungsfunktionen der einzelnen Privatrechtsinstitute . . . durchsetzen . . ."²⁾ Dann kann das Privateigentum, wie Eucken fordert, „zu einem sozial brauchbaren Instrument des Ordnungsaufbaues werden".³⁾

2. Der Einfluß der staatlichen Planung

Noch stärker als bei nicht konkurrenzwirtschaftlichen Marktformen ist der Einfluß der Wirtschaftsordnung auf den faktischen Inhalt des Privateigentums bei zentraler Lenkung der Güterströme durch den Staat. Auf der Suche nach den reinen idealtypischen Wirtschaftssystemen, aus denen sich alle konkreten Wirtschaftsordnungen zusammensetzen, fand W. Eucken die „zentralgeleitete Wirtschaft" und die „Verkehrswirtschaft".⁴⁾ Unterscheidungsmerkmal ist die Anzahl der Wirtschaftspläne, bzw. die Anzahl der Planträger. Das Wirtschaftssystem der zentralgeleiteten Wirtschaft ist dadurch gekennzeichnet, daß die Lenkung des gesamten wirtschaftlichen Alltags eines Gemeinwesens auf Grund der Pläne einer Zentralstelle erfolgt. Setzt sich jedoch die gesellschaftliche Wirtschaft aus zwei oder vielen Einzelwirtschaften zusammen, von denen jede Wirtschaftspläne aufstellt und durchführt, so ist das Wirtschaftssystem der Verkehrswirtschaft gegeben. Was nun das Verhältnis zwischen Eigentumsordnung und Wirtschaftsordnung betrifft, neigt Eucken dazu, einen wechselseitigen Zusammenhang zwischen Wirtschaftsordnung und Eigentumsordnung anzunehmen. Er weist darauf hin, daß wechselnde Ordnungsformen in der Wirtschaft zu neuen Rechtsformen führen, mindestens aber den Inhalt bestehender Rechtssätze verändern. „Sobald in einer Wirtschaftsordnung die Formelemente der zentralen Planungswirtschaft zu dominieren beginnen, verändern auch alle wirtschaftlichen Institutionen ihren Charakter".⁵⁾ Es zeige sich, „daß gewisse Rechtssätze infolge des Übergangs zu zentralverwaltunswirtschaftlichen Lenkungsmethoden verändert werden".⁶⁾ Die Frage, ob eine konkrete Wirtschaftsordnung mit Zentralverwaltungswirtschaft und Privateigentum die Tendenz hat, „sich . . . zu transformieren, also vom Privateigentum zum Kollektiveigentum überzugehen, ist schwer zu beantworten . . .

1) F. Böhm, Wettbewerb und Monopolkampf, Berlin 1933, S. 24

2) F. Böhm, Der Rechtsstaat und der soziale Wohlfahrtsstaat, in: Grundsatzfragen der Wirtschaftsordnung, Berlin 1954, S. 122

3) W. Eucken, Grundsätze der Wirtschaftspolitik, S. 273

4) Vgl. W. Eucken, Die Grundlagen der Nationalökonomie, S. 78 ff.

5) W. Eucken, Grundsätze der Wirtschaftspolitik, S. 103

6) W. Eucken, Grundsätze der Wirtschaftspolitik, S. 104

Aber die Analyse läßt erkennen, daß zwar zentrale Lenkung wesentlicher Teile des Wirtschaftsprozesses mit Privateigentum lange verbunden sein kann, daß aber die Übernahme des Produktionsapparates durch zentrale Stellen unter Aufhebung des Privateigentums naheliegt, wenn die zentrale Lenkung konsequent durchgeführt werden soll¹⁾. Ebenso betont B. Pfister, daß „... in jeder Zentralverwaltungswirtschaft zur Erhaltung ihrer Funktionsfähigkeit starke Eingriffe in die Eigentumsordnung notwendig“ sind.²⁾ Auch meint K. F. Maier, „daß eine Wirtschaftsordnung mit zentraler Lenkung der Güterströme unvereinbar ist mit einer freiheitlichen Rechtsordnung und daß die zweite der ersten zum Opfer fallen wird“.³⁾

Besonderes Gewicht legte W. Eucken auf den möglichen Funktionswandel **konstanter** Rechtssätze. „Wichtiger ist . . . , daß auch solche Rechtsinstitute, die formal unverändert bleiben, ihre Funktion ändern“. Nicht zu übersehen ist“ . . . die Tatsache, daß wechselnde Ordnungsformen der Wirtschaft . . . zur Änderung der Funktion alter Rechtsformen geführt hat und führen muß“.⁴⁾ So würde sich zum Beispiel in einer Wirtschaftsordnung, in der versucht wird, zentrale Lenkung mit Privateigentum zu verbinden, ganz wesentlich der **Inhalt** des Eigentumsrechts ändern. Dann verleiht eben „das Eigentumsrecht . . . dem Eigentum in wesentlichen Fragen nicht mehr das Recht, selbständig zu planen und zu handeln“.⁵⁾ N. Kloten vergleicht die Stellung des Privateigentums in einer zentralgeleiteten Wirtschaftsordnung – in Anlehnung an einen berühmten Vergleich Böhm-Bawerks – mit „einer Schale ohne Kern“.⁶⁾ Die Rechtsform des Privateigentums bleibe zwar formal erhalten, materiell werde das Eigentum aber dadurch ausgehöhlt, daß der Staat die „mittelbar lenkende Wirkung“ des Privateigentums auf das Planen und Handeln der Wirtschaftssubjekte ausschaltet und damit die faktische Verfügungsgewalt den Privateigentümern nimmt.⁷⁾ W. Röpke stellt fest: „Haben wir . . . eine allumfassende Planwirtschaft, so ist damit notwendigerweise eine innere Aus-
höhlung des Privateigentums verbunden. Wenn dem Eigentümer das dem Eigentum wesentliche Recht der grundsätzlich freien Verfügung und obendrein durch . . . Besteuerung der Ertrag genommen wird, so wird das formell weiterbestehende Eigentum zu einer leeren Rechtshülse, die dieser sozialistische Staat so lange bestehen läßt, wie es ihm beliebt. . . . Planwirtschaft . . . führt also immer zu einer

1) W. Eucken, Grundsätze der Wirtschaftspolitik, S. 106

2) B. Pfister, Eigentum IV Eigentum in Gesellschaft und Wirtschaft, Sp. 1073

3) F. K. Maier, Der Wirkungsgrad der Wirtschaftsordnung, in: ORDO, Jahrbuch für die Ordnung von Wirtschaft und Gesellschaft, V. Bd. (1953), S. 56 f.

4) W. Eucken, Grundsätze der Wirtschaftspolitik, S. 104

5) W. Eucken, Grundsätze der Wirtschaftspolitik, S. 104

6) Vgl. N. Kloten, Das Eigentum in der Wirtschaftsordnung, S. 79

7) Vgl. F. Böhm, Der Rechtsstaat und der soziale Wohlfahrtsstaat, S. 122

faktischen, wenn auch nicht formaljuristischen Sozialisierung".¹⁾ „Nominell mag das Privateigentum an den Produktionsmitteln . . . unangetastet bleiben . . . Aber es wird seines Sinnes beraubt, da es jetzt einer Wirtschaftsordnung unterworfen wird, die dem Eigentümer das Recht der freien Entscheidung und Verfügung nimmt".²⁾ L. Miksch meint deswegen auch, daß es ziemlich gleichgültig sei, „ob . . . der Staat an Stelle der privaten Eigentümer oder Verwalter der Produktionsfaktoren entscheidet, oder . . . die ins staatliche Eigentum überführten Produktionsfaktoren selbst verwaltet".³⁾ Jedenfalls bestehe zwischen diesen beiden Varianten kein prinzipieller Unterschied.

Man kann also feststellen, daß durch den Einfluß der Wirtschaftsordnung eine **doppelte** Transformation des Rechts stattfindet: die Änderung der Rechtssätze und/oder die Änderung der Funktion konstanter Rechtssätze.⁴⁾ Dieser Zusammenhang veranlaßt N. Kloten zu der Frage nach der „adäquaten Eigentumsordnung".⁵⁾ für jede Wirtschaftsordnung. Er kommt zu dem Schluß, daß „einem sukzessiven Übergang von der freien Verkehrswirtschaft zur zentralgeleiteten Wirtschaft . . . eine quantitative Verlagerung vom Privateigentum zum Gemeineigentum und/oder eine Minderung in der Gestaltungskraft des noch verbliebenen privaten Eigentums" entspricht.⁶⁾ „Mit der Entscheidung zu einer bestimmten Wirtschaftsordnung ist gleichzeitig auch eine Entscheidung über das Eigentum schlechthin, zumindest aber über seine jeweilige rechtlich-ökonomische Ausgestaltung verbunden".⁷⁾

Allerdings gilt auch der umgekehrte Zusammenhang: neue Rechtsformen führen zu neuen Ordnungsformen in der Wirtschaft. W. Eucken stellt dazu fest: „So läßt schon die allgemeine geschichtliche Entwicklung erkennen, daß Kollektiveigentum an den Produktionsmitteln eines Landes die zentrale Leitung des Wirtschaftsprozesses hervorruft".⁸⁾ „Übernimmt der Staat große Teile des Produktionsapparates in Kollektiveigentum, so wird er zur Politik zentraler Lenkung des Wirtschaftsprozesses gezwungen".⁹⁾ Dies ist so, weil „ . . . der Staat kaum die Lenkung all der Anlagen, die ihm gehören, aus der Hand geben würde; zum mindesten aber die Dirigierung der Investitionen für sich in Anspruch nehmen müßte. . . "¹⁰⁾

1) W. Röpke, Der Griff des Staates nach der Wirtschaft, in: ders., Wirnis und Wahrheit, Erlenbach-Zürich und Stuttgart 1962, S. 270

2) W. Röpke, Maß und Mitte, Zürich 1950, S. 110

3) L. Miksch, Die sittliche Bedeutung der inneren Koordination, S. 44

4) Vgl. W. Eucken, Grundsätze der Wirtschaftspolitik, S. 104

5) Vgl. N. Kloten, Das Eigentum in der Wirtschaftsordnung, S. 78

6) Vgl. N. Kloten, Das Eigentum in der Wirtschaftsordnung, S. 78

7) B. Pfister, Eigentum IV Eigentum in Gesellschaft und Wirtschaft, Sp. 1072 f.

8) W. Eucken, Grundsätze der Wirtschaftspolitik, S. 136

9) W. Eucken, Grundsätze der Wirtschaftspolitik, S. 137

10) W. Eucken, Grundsätze der Wirtschaftspolitik, S. 271

Die zentrale Lenkung des Wirtschaftsprozesses werde aber auch deswegen erforderlich, weil die fortschreitende Verstaatlichung die durch den Preis gesteuerte Wirtschaft funktionsunfähig mache. W. Röpke meint dazu: „Wenn . . . ein Staat, der zunächst das Wirtschaftsleben sich weiterhin durch freie Preise regulieren läßt, die Aufhebung des Privateigentums zum Prinzip erhebt, . . . so kommt sehr bald der Punkt, an dem die Marktwirtschaft . . . nicht mehr funktioniert. An diesem Punkt wird auch einem zunächst nicht auf Planwirtschaft, sondern auf Sozialisierung ausgehenden Staate die Entscheidung darüber aufgezwungen, wie denn nun, da die bisherige Ordnung durch den freien Preis versagt, das Wirtschaftsleben in Zukunft gesteuert werden soll“. ¹⁾ „Auch ein Sozialismus, der in erster Linie die Verstaatlichung betreibt, wird früher oder später vor die Frage nach der Wirtschaftsordnung gestellt werden, die an die Stelle der ruinierten Marktwirtschaft treten soll“. ²⁾ Und „ . . . dieser Staat . . . wird . . . jetzt, nachdem er das Privateigentum durch das Staatseigentum ersetzt hat, genötigt sein, die Marktwirtschaft durch die Planwirtschaft zu ersetzen“. ³⁾ Mit derselben Begründung kommt auch N. Kloten zu dem Schluß, daß „Änderungen in der Eigentumsordnung zur Adaption in der Gestaltung der Wirtschaftsordnung“ führen. ⁴⁾

III. Die Politik der Eigentums- und Vermögensverteilung

1. Die Ablehnung der direkten Umverteilung von Eigentum und Vermögen

„Wenn es in unserer Zeit ein Problem des Eigentums gibt, so ist es . . . das Problem des konzentrierten Eigentums, dessen Kehrseite die Eigentumslosigkeit . . . der Proletarier ist“. ⁵⁾ „Konzentration des Eigentums, der wirtschaftlichen Macht . . . ist das Problem unserer Zeit“. ⁶⁾ Nach neoliberaler Auffassung ist die Konzentration des Eigentums deswegen ein Problem, weil sie das systemgerechte Funktionieren der Wettbewerbswirtschaft in Frage stellt. Die Konzentration widerspricht der Forderung, „gleichmäßige Startbedingungen für den Wettbewerb zu schaffen . . .“ ⁷⁾ Gleichheit der Startbedingungen will besagen, daß „ . . . wenigstens die Bedingungen für den Wettlauf um die Positionen“ gleichmäßiger sein

1) W. Röpke, Der Griff des Staates nach der Wirtschaft, S. 270

2) W. Röpke, Maß und Mitte, Erlenbach-Zürich 1950, S. 108

3) W. Röpke, Der Griff des Staates nach der Wirtschaft, S. 270

4) N. Kloten, Das Eigentum in der Wirtschaftsordnung, S. 79

5) W. Röpke, Der Griff des Staates nach der Wirtschaft, S. 274

6) W. Röpke, Maß und Mitte, S. 106

7) Vgl. J. Höffner, Eigentum III Sozialphilosophie des Eigentums, in: Görres-Gesellschaft (Hrsg.), Staatslexikon Recht Wirtschaft und Gesellschaft, 2. Bd., 6. Aufl., Freiburg 1958, S. 1067

sollten. Es soll dafür gesorgt werden, „daß nicht die Einkommens- und Besitzunterschiede der Eltern den Kindern einen Startvorsprung geben“.¹⁾ Gleichmäßige Startbedingungen sind also Voraussetzung für das Leistungsprinzip. L. Miksch bemerkt dazu: „Eine ungleiche, nicht auf persönliche Leistung zurückzuführende Besitzverteilung schränkt die Gültigkeit des Leistungsprinzips ein und macht es dadurch der inneren Koordination unmöglich, die ihr innewohnende Tendenz zur Gerechtigkeit voll zu realisieren“.²⁾ H. J. Wallraff betont: „Die Institution des privaten Eigentums übt jene hohen Ordnungsfunktionen, die sie an sich . . . immer vollziehen müßte, nur so weit wirksam aus, als das Eigentum in der konkreten Ordnung breit gestreut ist“.³⁾ Danach ist die Eigentumsverteilung in der neoliberalen Lehre ein Problem, das in erster Linie in den Rahmen der Ordnungspolitik gehört.⁴⁾

Erst in zweiter Linie ist die Eigentumsverteilung auch ein Problem der Sozialpolitik. Es handelt sich dann um den Versuch, „mit der Forderung nach breiter Streuung des Eigentums den sozialen Belangen Rechnung zu tragen, wobei manche Neoliberalen in der Zuständekritik mit den Sozialisten einiggehen, indem sie darauf hinweisen, daß die Verteilung von Vermögen und Eigentum . . . kaum etwas mit sozialer Gerechtigkeit zu tun habe“.⁵⁾ F. A. v. Hayek weist darauf hin, „daß die Einkommensverteilung in einer spontanen Ordnung nicht gerecht genannt werden kann . . .“⁶⁾ Die Einkommensverteilung hängt in einem System der Marktwirtschaft weitgehend von der Verteilung des privaten Eigentums an den Produktionsfaktoren Boden und Kapital ab. Deshalb kann eine gleichmäßigere Eigentumsverteilung vor allem ein Instrument sein, mit dem eine gerechtere Einkommensverteilung herbeigeführt werden kann.⁷⁾

„Soll dem Streben nach gleichmäßiger Eigentumsverteilung entsprochen werden, so ist es notwendig, die Entwicklung der Eigentumsverteilung ständig zu beeinflussen. Es bedarf zusätzlich und dauernd einer Politik zur Sicherung der erwünschten Eigentumsverteilung“.⁸⁾ „Formal liegt Eigentumspolitik vor, wenn versucht wird, durch wirtschaftspolitische Interventionen die reale Eigentums-

1) Vgl. W. Röpke, Maß und Mitte, S. 66

2) L. Miksch, Die sittliche Bedeutung der Koordination, S. 62

3) H. J. Wallraff, Eigentum VII Eigentumspolitik, in: Görres-Gesellschaft (Hrsg.), Staatslexikon Recht Wirtschaft und Gesellschaft, 2. Bd., 6. Aufl. Freiburg 1958, Sp. 1085

4) Vgl. J. Höffner, Eigentum III Sozialphilosophie des Eigentums, Sp. 1067

5) Vgl. J. Höffner, Eigentum III Sozialphilosophie des Eigentums, Sp. 1067

6) Vgl. F. A. v. Hayek, Rechtsordnung und Handelsordnung, in: ders., Freiburger Studien, Gesammelte Aufsätze, Tübingen 1969, S. 185

7) Vgl. E. Liefmann-Keil, Ökonomische Theorie der Sozialpolitik, Berlin-Göttingen-Heidelberg 1961, S. 28

8) E. Liefmann-Keil, Ökonomische Theorie der Sozialpolitik, S. 28

struktur oder die wirtschaftlichen Prozesse, in denen sich neues Privateigentum bildet, einer erstrebten Eigentumsordnung anzupassen".¹⁾ Eine Änderung der realen Eigentumsstruktur könnte durch Umverteilung gegebener Vermögenswerte erreicht werden. Aber die direkte Vermögensumverteilung zwischen privaten Wirtschaftssubjekten wird von der neoliberalen Lehre abgelehnt, weil diese Maßnahme mit den ordnungspolitischen Vorstellungen nicht vereinbar ist. „Immer weniger Menschen können sich der Einsicht entziehen, daß zwischen einem . . . Wirtschaftssystem, das sich auf die Ordnungs- und Antriebskräfte des Marktes und der freien Unternehmung verläßt . . . und einer ständigen Neuverteilung der . . . Vermögen zur Herstellung der Gleichheit ein Widerspruch klafft. . . ."²⁾

Die neoliberale Lehre beachtet besonders das Vermögen der öffentlichen Hand im Vergleich zum Vermögen der privaten Haushalte und der privaten Unternehmungen. Es wird betont, daß die hohen Investitionen der öffentlichen Haushalte, die im wesentlichen aus Steuern finanziert werden, zu Lasten der privaten Eigentumsbildung gehen.^{3) 4)} Daran knüpft sich die Forderung, das frei verfügbare Einkommen nicht durch Steuern und Sozialbeiträge zu sehr zu belasten. Die Vermögensakkumulation der öffentlichen Hand soll auf ein vernünftiges Maß zu reduziert werden.⁵⁾ C. Föhl weist darauf hin, daß sowohl die öffentliche Geldvermögensbildung als auch die zusätzliche Vermögensbildung aus dem Einkommen der Unselbständigen alternative Wege der Vermögensbildung sind. „In beiden Fällen hat der Unselbständige durch seinen Konsumverzicht die gleiche Last zu tragen. Die Entscheidung dürfte nicht schwer fallen, welchem der beiden Wege aus gesellschaftspolitischen Gründen der Vorzug zu geben ist".⁶⁾ Die Rückführung von öffentlichem Vermögen auf private Vermögensinhaber, die Privatisierung, wird nicht als durchschlagende Lösung beurteilt. „In den meisten westlichen Volkswirtschaften führen derartige Schritte nicht zu einer Änderung der Eigentumsstruktur, weil die in Frage stehenden Werte nicht groß genug sind".⁷⁾ Aber immerhin bleiben Privatisierungen eigentumspolitisch interessant, weil sie die Dringlichkeit der Eigentumspolitik unterstreichen.

1) H. J. Wallraff, Eigentum VII Eigentumspolitik, Sp. 1085

2) Vgl. W. Röpke, Jenseits von Angebot und Nachfrage, 3. Aufl., Erlenbach-Zürich und Stuttgart 1961, S. 229

3) Vgl. B. Pfister, Eigentum IV Eigentum in Gesellschaft und Wirtschaft, Sp. 1075

4) Unter bestimmten Bedingungen erfolge die öffentliche Geldvermögensbildung zusätzlich und nicht auf Kosten der privaten Vermögensbildung. Insoweit sei die angebliche Reduzierung der privaten Vermögensbildung durch die öffentliche Geldvermögensbildung weitgehend eine Fiktion. (Vgl. C. Föhl, Kreislaufanalytische Untersuchung der Vermögensbildung in der Bundesrepublik und der Beeinflußbarkeit ihrer Verteilung, Tübingen 1964, S. 23 f.)

5) Vgl. B. Pfister, Eigentum IV Eigentum in Gesellschaft und Wirtschaft, Sp. 1075 ff.

6) C. Föhl, Kreislaufanalytische Untersuchungen der Vermögensbildung, S. 25

7) H. J. Wallraff, Eigentum VII Eigentumspolitik, Sp. 1087

2. Einkommensverteilung und Vermögensverteilung

Die Eigentumspolitik überschneidet sich mit der Einkommenspolitik.¹⁾ Es wird „... der Prozeß der Vermögensumschichtung durch die Einkommen fortwährend beeinflußt, und zwar durch Einkommensentstehung, Einkommensverteilung und Einkommensverwendung“.²⁾ Zunächst soll von dem Einfluß der Einkommensverteilung die Rede sein. Man unterscheidet Primärverteilung und Sekundärverteilung. Erstere bezieht sich „... auf die Einkommen, wie sie sozusagen frisch aus dem Produktionsprozeß hervorgehen“,³⁾ letztere erfaßt auch die vom Staat bewirkte Weiter- und Umverteilung. „Primärverteilung und Sekundärverteilung der Einkommen sind ... Vorstufen der Vermögensbildung, da die Entscheidung der Einkommensempfänger über die Verwendung ihrer Einkommen von deren Höhe abhängt“.⁴⁾ Es gilt als sicher, „daß man von einer Veränderung der Primärverteilung keinen wesentlichen Einfluß auf die Vermögensbildung der Unselbständigen erwarten darf, solange deren Verbrauchsneigung unverändert bleibt.“⁵⁾ „Da Nominalloohnerhöhungen verteilungsunwirksam sind ... , sind sie als Mittel zur Beeinflussung der Verteilung der Vermögensbildung grundsätzlich abzulehnen“.⁶⁾ Umgekehrt ist „die Abflachung des Gewinngefälles ... nicht ohne Verbindung mit anderen verteilungspolitischen Eingriffen anwendbar“, etwa mit einer wirksamen Förderung der Ersparnisbildung aus den Arbeitseinkommen.⁷⁾ In diesem Zusammenhang ist der Investivlohn zu nennen. Der Investivlohn ist „... nichts anderes als ein zwangsläufiges Koppeln des Mehrlohns an das Mehrsparen und des Mehrsparens an den Mehrlohn“.⁸⁾ Bei der Bindung der Investivlöhne zum Ausschluß schneller Liquidisierung entsteht allerdings die Frage, ob infolge der Bindung die Dispositionsfreiheit des Eigeners nicht so weit verloren geht, daß von Eigentum eigentlich nicht mehr die Rede sein kann.⁹⁾ Das schwerwiegendste Problem liegt jedoch darin, „daß das Risiko für den

1) Vgl. H. J. Wallraff, Eigentum VII Eigentumspolitik, Sp. 1086

2) W. Bosch, Vermögensstreuung, Eine Betrachtung über Grundlagen der Vermögenspolitik, Heidelberg 1965, S. 34

3) Vgl. W. Krelle, Bestimmungsgründe der Einkommensverteilung in der modernen Wirtschaft, in: Einkommensbildung und Einkommensverteilung, Schriften des Vereins für Sozialpolitik, Gesellschaft für Wirtschafts- und Sozialwissenschaften, N. F. 13. Bd., Berlin 1957, S. 55

4) C. Föhl, Kreislaufanalytische Untersuchung der Vermögensbildung in der Bundesrepublik und der Beeinflußbarkeit ihrer Verteilung, Tübingen 1964, S. 28

5) Vgl. C. Föhl, Kreislaufanalytische Untersuchung, S. 75

6) Vgl. C. Föhl, Kreislaufanalytische Untersuchung, S. 78

7) Vgl. C. Föhl, Kreislaufanalytische Untersuchung, S. 83

8) W. Schreiber, Soziale Ordnungspolitik heute und morgen, Betrachtungen nach Abschluß der Sozialenquete, Stuttgart-Berlin-Köln-Mainz, 1968, S. 106 f.

9) Vgl. H. J. Wallraff, Eigentum VII Eigentumspolitik, Sp. 1089

Arbeitnehmer zu groß werden kann, wenn er nicht nur seine Beschäftigung, sondern auch den Wert seiner Eigentumsreserve an das Schicksal desselben Unternehmens bindet".¹⁾

Gewähren nur einzelne gewinnstarke Unternehmungen den Investivlohn, so handelt es sich nicht mehr um das eigentliche Konzept des Investivlohns, sondern um eine „investive Gewinnbeteiligung".²⁾ Im Gegensatz zu einer generellen Lohnerhöhung werden die Kosten der Grenzproduzenten dadurch nicht erhöht.³⁾ Von C. Föhl werden Gewinnbeteiligungssysteme, welche den Arbeiter zum Miteigentümer am Produktivvermögen machen sollen, zum Problemkreis der Sekundärverteilung gerechnet: denn die Gewinnbeteiligungssysteme sollen „die durch die Primärverteilung entstandenen Einkommen der Selbständigen durch Abgaben . . . an die Unselbständigen nachträglich korrigieren".⁴⁾ Bei Gewinnbeteiligung auf betrieblicher Ebene hängt der in die Arbeitseinkommen einfließende Teil des volkswirtschaftlichen Unternehmergewinns von der Höhe der von den betreffenden Unternehmern tatsächlich erwirtschafteten Gewinne ab. Der Vorteil ist, daß dadurch der Leistungswille angeregt wird. Der Nachteil besteht darin, daß nur diejenigen Arbeitnehmer zu höherem Einkommen gelangen, die in einem gewinnstarken Unternehmen arbeiten.⁵⁾ Möglicherweise ergibt sich dadurch eine Spaltung der Arbeiterschaft in Begünstigte und Nichtbegünstigte.⁶⁾ Auch bei der Gewinnbeteiligung entsteht das Problem der Beschränkung des Verfügungsrechts der Arbeiter über die ihnen zufallenden Anteile, um einen schnellen Abfluß in den Verbrauch zu verhindern. „Die Gewinnbeteiligung ist . . . zu Beeinflussung der Verteilung der Vermögensbildung ungeeignet, wenn sie nicht mit einer Beeinflussung der Sparneigung der Unselbständigen verbunden ist".⁷⁾ Würde eine Kombination von Gewinnbeteiligung und erzwungenem Sparen realisiert, — Gewinnbeteiligungsverträge enthielten dann die Verpflichtung der Belegschaftsmitglieder, die ihnen zufließenden Einkommensteile vorerst nicht zu verbrauchen — so würde nach C. Föhl „eine einfache und direkte Vermögensübertragung von den Selbständigen auf die Unselbständigen" vorliegen.⁸⁾ Auch von W. Bosch wird dieser Weg als reine „Vermögens-Umschichtung" bezeichnet, weil er von keiner Vergrößerung des volkswirtschaftlichen Gesamtvermögens begleitet ist.⁹⁾

1) H. J. Wallraff, Eigentum VII Eigentumspolitik, Sp. 1088

2) Vgl. W. Schreiber, Soziale Ordnungspolitik heute, S. 107

3) Vgl. C. Föhl, Kreislaufanalytische Untersuchung, S. 87

4) C. Föhl, Kreislaufanalytische Untersuchung, S. 83

5) Vgl. C. Föhl, Kreislaufanalytische Untersuchung, S. 86

6) Vgl. H. J. Wallraff, Eigentum VII Eigentumspolitik, Sp. 1088

7) Vgl. C. Föhl, Kreislaufanalytische Untersuchung, S. 87

8) Vgl. C. Föhl, Kreislaufanalytische Untersuchung, S. 130

9) Vgl. W. Bosch, Vermögenssteuerung, S. 33

3. Einkommensverwendung und Vermögensverteilung

Die Beeinflussung der Einkommensverwendung ist für die moderne Theorie die Hauptaufgabe, um eine breitere Streuung von Eigentum und Vermögen zu erreichen. Sie vertritt diesen Standpunkt deswegen, weil es sich nicht darum handeln kann, die Reichen ärmer zu machen, sondern die Armen reicher.¹⁾ Daher muß eine breitere Streuung gleichzeitig von einem Wachstum des volkswirtschaftlichen Gesamtvermögens begleitet sein. Eine Vergrößerung des volkswirtschaftlichen Gesamtvermögens aber ist nur auf dem Wege der Ersparnis möglich.²⁾ Daraus folgt, daß „Eigentum korrespondierende Sparakte voraussetzt“,³⁾ und die „Bewirkung einer höheren Ersparnisbildung der Unselbständigen im Grunde genommen die eigentliche Aufgabe ist, die durch die Verteilungspolitik gelöst werden soll“. „Die Erhöhung der Ersparnisbildung der Unselbständigen ist das Kernproblem aller Bemühungen um eine breitere Streuung der Vermögensbildung“.⁴⁾ Zur Erhöhung der Ersparnisbildung der Unselbständigen gibt es grundsätzlich zwei Möglichkeiten. Entweder versucht man den Sparwillen zu heben, auch durch besondere Anreize, so daß immerhin noch ein, wenn auch geförderter eigener Entschluß der Einkommensbezieher Voraussetzung der Sparleistung bleibt. Oder man erzwingt die Nichtverwendung von Einkommensteilen bei den Unselbständigen, indem man ihnen zeitweilig das Verfügungsrecht über diese Einkommensteile entzieht.⁵⁾ Aus gesellschaftspolitischen Gründen wird der freiwilligen Ersparnisbildung der Vorzug gegeben. Deswegen richtet sich die Aufmerksamkeit auch auf die „Psychologie des Sparens und Vermögenserhaltens“,⁶⁾ also auf die Entwicklung eines „Eigentümer-Bewußtseins“. Es wird darauf hingewiesen, daß es mit der Beeinflussung der Einkommensverwendung allein nicht getan ist. Ebenso wie es notwendig sei, die Ersparnisbildung zu fördern, ebenso müsse das Entsparen weniger reizvoll gestaltet werden, zum Beispiel durch Nachversteuerung der entsparten Beträge. „Was in Wirklichkeit beeinflußt werden muß, ist der Wille zur dauernden Vermögenshaltung“.⁷⁾ Die Größe des Vermögensobjektes kann dabei eine Rolle spielen. „Ein Vermögen gewinnt gegenüber seinem Eigener nur dann Beharrungskraft, wenn es eine bestimmte Schwellengröße überschritten hat“, die dann gegeben sei, wenn der Ertrag dieses Vermögens schon eine spürbare Erhöhung des Gesamteinkommens bringt. Unterhalb dieser Schwellengröße sei die Versuchung groß, das Vermögen konsumtiv zu verwenden.⁸⁾

1) Vgl. B. Shaw zitiert bei C. Föhl, Kreislaufanalytische Untersuchung, S. 90

2) Vgl. W. Bosch, Vermögensstreuung, S. 33

3) Vgl. H. J. Wallraff, Eigentum VII Eigentumspolitik, Sp. 1086

4) C. Föhl, Kreislaufanalytische Untersuchung, S. 90

5) Vgl. C. Föhl, Kreislaufanalytische Untersuchung, S. 90 f.

6) Vgl. W. Schreiber, Soziale Ordnungspolitik heute, S. 110

7) C. Föhl, Kreislaufanalytische Untersuchung, S. 98

8) Vgl. W. Schreiber, Soziale Ordnungspolitik heute, S. 91

Ferner kann die Art der Vermögensanlage bedeutsam sein. Die verschiedenen möglichen Formen der Vermögensanlage rufen unterschiedliche psychologische Situationen hervor. Unter den beiden wichtigsten Blöcken des privaten Vermögens, dem Produktivkapital der Unternehmungen und den Wohnhäusern, sei letzteren der Vorzug zu geben, weil sie eine „erlebte Eigentumsform“ sind und den Antrieb zu sparen und zur dauernden Vermögenshaltung wecken.¹⁾ Außerdem meint E. J. Wallraff: „Soziologisch gesehen, realisiert das eigene Wohnhaus die weitaus meisten der klassischen Ordnungswerte des privaten Eigentums. Eine verantwortungsbewußte Eigentumspolitik wird sich also betont vorerst dieser Eigentums-Form zuwenden“.²⁾ Schließlich ist die Geldpolitik für die freiwillige Ersparnisbildung von großer Bedeutung. „Ein wesentlicher Faktor bei der Bestimmung der Sparquote ist die Erwartung von Geldwertänderungen, insbesondere der üblich gewordenen Geldentwertung, die ja einer negativen Verzinsung entspricht“.³⁾ Daher „... entzieht jede Eigentumspolitik sich selbst die Grundlage, wenn sie Störungen des Sparwillens, die sich aus etwaigen ... Preissteigerungstendenzen ergeben könnten, nicht zu verhindern versteht“.⁴⁾ Auch ist es nach Meinung von C. Föhl für die Hebung des Sparwillens notwendig, daß die soziale Sicherung künftig nicht noch weiter ausgebaut wird. Den Unselbständigen sollte in höherem Maße als bisher die selbstverantwortliche Vorsorge für die Zukunft überlassen werden.⁵⁾ Das erzwungene Sparen wird deshalb auch abgelehnt, weil es nichts mit Eigenverantwortlichkeit zu tun habe und keinen positiven Einfluß auf das Eigentümerbewußtsein ausübe. Die Verbindung zwischen der eigenen Leistung und der Vermögensbildung werde in der Vorstellung der Unselbständigen weitgehend gelockert. Die Unselbständigen würden die ihnen vorenthaltenen Einkommensteile als zusätzliche Besteuerung und die ihnen zuwachsenden Ansprüche als eine von ihrer Leistung unabhängige staatliche Versorgung betrachten.⁶⁾

4. Die Ablehnung der Mitbestimmung

Die neoliberalen Vertreter der modernen Theorie lehnen die Mitbestimmung hauptsächlich aus drei Gründen ab. Zunächst handele es sich bei der Mitbestimmung um eine „Vorstufe der Sozialisierung“, um eine „Sozialisierung auf Umwegen“, ⁷⁾ oder gar um eine „Halbsozialisierung. Daher sprechen gegen die Mitbestimmung die

1) Vgl. W. Schreiber, Soziale Ordnungspolitik heute, S. 92 f.

2) E. J. Wallraff, Eigentum VII Eigentumspolitik, Sp. 1089

3) C. Föhl, Kreislaufanalytische Untersuchung der Vermögensbildung, S. 29

4) E. J. Wallraff, Eigentum VII Eigentumspolitik, Sp. 1086

5) Vgl. C. Föhl, Kreislaufanalytische Untersuchung der Vermögensbildung, S. 92

6) Vgl. C. Föhl, Kreislaufanalytische Untersuchung, S. 91 f.

7) Vgl. J. Eick, G. Vetter, zitiert bei G. A. Briefs, Zwischen Logik und Dialektik der wirtschaftlichen Mitbestimmung, in: ders., Gewerkschaftsprobleme unserer Zeit, Beiträge zur Standortbestimmung, Frankfurt am Main 1968, S. 125

gleichen Argumente, die auch gegen eine direkte Umverteilung von Eigentum und Vermögen vorgetragen werden. Eine Form der Sozialisierung sei deswegen gegeben, weil die Verfügungsgewalt der Eigentümer eingeschränkt werde. A. Rauscher stellt fest, daß die Maßnahmen der Mitbestimmung „das Privateigentumsrecht in seiner Substanz berühren“.¹⁾ Nach Meinung von R. Reinhardt liegt eine „Entrechtung der Kapitaleigener“ vor.²⁾ Hindere zum Beispiel die Mitbestimmung den Unternehmer an der Aufstellung oder Ingebrauchnahme von Maschinen, die sein Eigentum sind, so liege ein Eingriff in das Gebrauchsrecht des Eigentümers vor. Das gleiche gelte, wenn der Unternehmer daran gehindert werde, alte Maschinen zu verschrotten.³⁾ Bei ökonomischen Eigentümern, also zum Beispiel Aktionären, führt die Mitbestimmung dazu, „Dritte in den Willensbildungsprozeß der AG maßgeblich einzuschalten und damit den Aktionär zu einer Art stillen Gesellschafter zu machen. Er hätte zwar noch das Kapitalrisiko zu tragen, aber andererseits keinen nennenswerten Einfluß mehr auf die Geschäftsführung“.⁴⁾ F. Böhm, der besonders die rechtliche Problematik der paritätischen Mitbestimmung untersucht hat, stellt dazu fest: „Jedes Mitbestimmungsrecht . . . bedeutet einen Eingriff in fremde Zuständigkeiten . . . Die Privatautonomie umfaßt nur die Zuständigkeit zum Gebrauch . . . eigenen Vermögens“.⁵⁾ Verleiht nun das Gesetz bestimmten Privatpersonen oder einer definierten Kategorie von Privatpersonen das Recht, die Tätigkeit eines Gewerbetreibenden . . . mitzubestimmen, so handelt es sich um die Legitimation zu einer **glatten Usurpation**“.⁶⁾

Die Mitbestimmung wird zweitens deswegen abgelehnt, weil sie die Antriebs- und Steuerungswirkungen, die vom Privateigentum auf die Lenkung des Wirtschaftsprozesses ausgehen, stört. „Im marktwirtschaftlichen System ist . . . die Befugnis, Produktionspläne aufzustellen und zu verwirklichen, ins Privatrecht verlegt und gehört grundsätzlich in den Bereich der privatautonomen Zuständigkeit der

1) Vgl. A. Rauscher, Arbeit und Eigentum in der Problematik der paritätischen Mitbestimmung, in: G. Briefs (Hrsg.), Mitbestimmung? Beiträge zur Problematik der paritätischen Mitbestimmung in der Wirtschaft von Franz Böhm, Goetz Briefs, Wolfgang Heintzeler, Anton Rauscher und Werner Schöllgen, Stuttgart 1967, S. 67

2) Vgl. R. Reinhardt, Aktienrecht in einer freiheitlichen Wirtschaftsordnung, in: Aktionsgemeinschaft Soziale Marktwirtschaft, Tagungsprotokoll Nr. 9, Welche Wirtschaftspolitik kann das Vertrauen des Wählers rechtfertigen? Ludwigsburg 1958, S. 112

3) Vgl. F. Böhm, Die rechtliche Problematik der paritätischen Mitbestimmung, in: G. Briefs (Hrsg.), Mitbestimmung? Beiträge zur Problematik der paritätischen Mitbestimmung in der Wirtschaft von Franz Böhm, Goetz Briefs, Wolfgang Heintzeler, Anton Rauscher und Werner Schöllgen, Stuttgart 1967, S. 163

4) Vgl. R. Reinhardt, Aktienrecht in einer freiheitlichen Wirtschaftsordnung, S. 113

5) F. Böhm, Die rechtliche Problematik der paritätischen Mitbestimmung, S. 130

6) F. Böhm, Die rechtliche Problematik der paritätischen Mitbestimmung, S. 164

Bürger".¹⁾ Die Mitbestimmung läuft nun, wie F. Böhm erklärt, auf den Versuch hinaus, „die Zuständigkeit zu unternehmerischer Betätigung **anders** zu regeln, als sie seit Einführung der Gewerbefreiheit nach geltendem Privat- und Verfassungsrecht geregelt ist und als sie nach den Ordnungsvorstellungen, die dem marktwirtschaftlichen Prinzip zugrunde liegen, geregelt sein sollten".²⁾ Diese neue Regelung der Zuständigkeiten führe dazu, daß die Notwendigkeit, sich wechselnden Marktlagen anzupassen, verkannt werde und die rationale Entscheidung in der Disposition über Kapitalgüter gehemmt werde. Dies werde um so mehr eintreten, je mehr außerbetriebliche, sachfremde Gesichtspunkte den Entscheidungsprozess der Unternehmensleitung beeinflussen. Damit bestehe die Gefahr, daß der Abstimmungsprozeß durch das Marktpreissystem, „die Koordinierung autonomer privater Teilpläne" durch das „plebiszitähnliche Signalsystem", worauf ja nach liberaler Konzeption die Lenkung der Volkswirtschaft beruht, gestört werde.³⁾ Nach liberaler Konzeption erfolgt eine Art von Mitbestimmung am Markt, wo die Konsumenten über das Was und Wieviel der Produktion abstimmen. „Diese ‚Demokratie‘ des Marktes hat viele Schönheitsfehler, die man korrigieren kann und soll, aber sie ist die einzige Möglichkeit, die Konsumenten, für die produziert wird, zu Herrschern über die Produktion zu machen".⁴⁾

Schließlich wird die Mitbestimmung deswegen abgelehnt, weil sie neue Machtpositionen schaffe. Sie konzentriere Verfügungsgewalt über Produktionsmittel vieler Betriebe in einer Hand, in der der Gewerkschaften, und beeinflusst damit die Funktionsfähigkeit der Wettbewerbsordnung, die die relative Machtlosigkeit vieler zur Voraussetzung habe. So kann die Mitbestimmung, wie F. Böhm meint, „zu einem Instrument der Aushöhlung der marktwirtschaftlichen Ordnung" werden.⁵⁾ R. Reinhardt erklärt, daß die Maßnahmen der Mitbestimmung „bei Licht besehen, eine allmähliche **Zuwendung zu einem anderen System** enthalten".⁶⁾

1) F. Böhm, Die rechtliche Problematik der paritätischen Mitbestimmung, S. 136

2) F. Böhm, Die rechtliche Problematik der paritätischen Mitbestimmung, S. 122

3) Vgl. F. Böhm, Die rechtliche Problematik der paritätischen Mitbestimmung, S. 136

4) W. Röpke, Maß und Mitte, S. 116

5) Vgl. F. Böhm, Die rechtliche Problematik der paritätischen Mitbestimmung, S. 148

6) R. Reinhardt, Aktienrecht in einer freiheitlichen Wirtschaftsordnung, S. 113

LITERATUR

- Altrichter, Heinrich Wandlungen des Eigentumsbegriffs und neuere Ausgestaltung des Eigentumsrechtes, Inaugural-Dissertation an der Rechts- und Staatswirtschaftlichen Fakultät der Universität Marburg, 1930 (unveröffentlicht)
- Amonn, Alfred Sismonde de Sismondi als Nationalökonom, Bern 1945, 1949, 2 Bände
- Arndt, Helmut Schöpferischer Wettbewerb und klassenlose Gesellschaft, Volkswirtschaftliche Schriften Heft 2, Berlin 1952
- Arnold, Wilhelm Kultur und Recht der Römer, Berlin 1868
- Arnold, Wilhelm Kultur und Rechtsleben, Berlin 1865
- Ballerstedt, K. Eigentum und Mitbestimmung, Referat bei dem 7. Europäischen Gespräch in Recklinghausen 1958, in: Macht oder Ohnmacht des Eigentums, Köln 1959
- Bastiat, Frédéric Les harmonies économiques, Paris 1850, in: J. Prince-Smith (Hrsg.), Volkswirtschaftliche Harmonien, Berlin 1950
- Bazard, Saint-Amand,
Enfantin, Prosper La Doctrine de Saint-Simon, 1. Ausgabe, Paris 1924, in: Salomon-Delattre (Hrsg.), Die Lehre Saint-Simons, Politica, 7. Bd., Neuwied 1962
- Beck, Markus Wirtschaftsdemokratie, Veröffentlichungen der Handels-Hochschule St. Gallen, Zürich und St. Gallen 1962
- Bentham, Jeremias Grundsätze der Zivil- und Kriminalgesetzgebung, deutsche Übersetzung von F. Beneke, Berlin 1830
- Blomeyer, Arwed Die außerpositiven Grundlagen des Privateigentums, Inaugural-Dissertation an der Rechts- und Staatswirtschaftlichen Fakultät der Universität Jena, 1929

- | | |
|---------------------------|---|
| Böhm, Franz | Die Ordnung der Wirtschaft als geschichtliche Aufgabe und rechtsschöpferische Leistung, Berlin 1937 |
| Böhm, Franz | Wettbewerb und Monopolkampf, Berlin 1933 |
| Böhm-Bawerk, Eugen | Rechte und Verhältnisse vom Standpunkt der volkswirtschaftlichen Güterlehre (Innsbruck 1881), in: F. X. Weiss (Hrsg.), Gesammelte Schriften von Eugen von Böhm-Bawerk, Wien und Leipzig 1924, S. 1 - 126 |
| Bosch, Werner | Vermögensstreuung, Eine Betrachtung über die Grundlagen der Vermögenspolitik, Veröffentlichungen des Forschungsinstituts für Wirtschaftspolitik an der Universität Mainz, 19. Band, Heidelberg 1965 |
| Bott-Bodenhausen, Manfred | Formatives und funktionales Recht in der gegenwärtigen Kulturkrise, in: Archiv für Rechts- und Wirtschaftsphilosophie, Beiheft 20, Berlin 1926 |
| Briefs, Götz | Untersuchungen zur klassischen Nationalökonomie, Jena 1915 |
| du Chesne | Dynamisches Eigentum, Archiv für Rechts- und Wirtschaftsphilosophie, 18. Band (1924/25), Seite 447 ff. |
| Coing, Helmut | Grundzüge der Rechtsphilosophie, Lehrbücher und Grundrisse der Rechtswissenschaft, 19. Band, Berlin 1950 |
| Coing, Helmut | Zur Geschichte des Begriffs „subjektives Recht“, in: Das subjektive Recht und der Rechtsschutz der Persönlichkeit, Schriftenreihe der Gesellschaft für Rechtsvergleichung, Hamburg, Heft 5, Frankfurt/Berlin 1959, Seite 7 - 23 |
| Conrad, Hermann | Eigentum I
Die moderne Entwicklung des Eigentumsbegriffs, in: Görres-Gesellschaft (Hrsg.), Staatslexikon, Recht Wirtschaft Gesellschaft, 2. Bd., 6. Aufl., Freiburg 1958, Sp. 1061 - 1065 |
| Conrad, Hermann | Eigentum II
Begriff und Arten, in: Görres-Gesellschaft (Hrsg.), Staatslexikon, Recht Wirtschaft Gesellschaft, 2. Bd., 6. Aufl., Freiburg 1958, Sp. 1065 - 1066 |

- Commons, J. R. Legal Foundations of Capitalism, 3. Aufl., Madison 1957
- Commons, J. R. Das Anglo-amerikanische Recht und die Wirtschaftstheorie, in: Einkommensbildung, Die Wirtschaftstheorie der Gegenwart, 2. Bd., Wien 1928, S. 293 ff.
- Comte, Auguste Soziologie, (Cours de philosophie positive 1830 - 42) 3 Bände, übersetzt von V. Dorn, 2. Aufl., Jena 1923
- Darmstaedter, Friedrich Der Eigentumsbegriff des Bürgerlichen Gesetzbuchs, in: Archiv für civilistische Praxis, 151. Band (31. Band neue Folge) 1950/51, Seite 311 f.
- Deist, Heinrich Wirtschaftsdemokratie, in: E. Potthoff, K. Schiller, C. Schmid (Hrsg.), Grundfragen moderner Wirtschaftspolitik, Veröffentlichungen der Gesellschaft zur Förderung der politischen Wissenschaft, 1. Bd., Frankfurt (o. J.) S. 195 - 226
- Diehl, Karl Die rechtlichen Grundlagen des Kapitalismus, Jena 1929
- Diehl, Karl Die sozialrechtliche Richtung in der Nationalökonomie, Jena 1941
- Diehl, Karl Theoretische Nationalökonomie, 2. Band, Die Lehre von der Produktion, Jena 1924
- Diehl, Karl P. J. Proudhon, Seine Lehre und sein Leben, Erste Abteilung: Die Eigentums- und Wertlehre, Dissertation Universität Halle-Wittenberg, Halle a/S. 1888
- Dnistrjanskyj, Stanislaus Dingliche und persönliche Rechte, in: Iherings Jahrbücher für die Dogmatik des bürgerlichen Rechts, 2. Folge, 41. Band (1927), Seite 87 ff.
- Dulkeit, Gerhard Rechtsbegriff und Rechtsgestalt, Berlin 1936
- Dulkeit, Gerhard Die Verdinglichung obligatorischer Rechte, Tübingen 1951
- Dürig, Günther Eigentum V
Verfassungsrechtliche Eigentumsgarantiern, in: Görres-Gesellschaft (Hrsg.), Staatslexikon, Recht Wirtschaft und Gesellschaft, 2. Bd., 6. Aufl., 1958, Sp. 1079 - 1084

- Ely, R. T. Property and Contract in their Relations to the Distribution of Wealth, 2 Bände, New York 1914
- Eucken, Walter Die Grundlagen der Nationalökonomie, 7. Auflage, Berlin/Göttingen/Heidelberg 1959
- Eucken, Walter Grundsätze der Wirtschaftspolitik, Bern/Tübingen 1952
- v. Eynern, Gert Über die Ziele einer sozialistischen Wirtschaftspolitik, in: E. Potthoff, K. Schiller, C. Schmid (Hrsg.), Grundlagen moderner Wirtschaftspolitik, Veröffentlichungen der Gesellschaft zur Förderung der politischen Wissenschaft, 1. Bd., Frankfurt (o. J.), S. 127 - 142
- Fehr, Hans Der Eigentumsbegriff und das Unternehmen, in: Zeitschrift für das Schweizerische Recht, Neue Folge, 47. Band (1928), Seite 1 ff.
- Ferid, Murad Zur Problematik des Eigentumsrechts als Rechtsinstitut, in: Das Eigentum im Ostblock, Studien des Instituts für Ostrecht/München, 5. Band, Berlin 1958
- Fichte, Johann Gottlieb Der geschlossene Handelsstaat, Tübingen 1800, in: H. Waentig (Hrsg.), Sammlung sozialwissenschaftlicher Meister, 21. Band, Jena 1920
- Fichte, Johann Gottlieb Grundlage des Naturrechts nach den Prinzipien der Wissenschaftslehre, Jena, Leipzig 1796, in: F. Medicus (Hrsg.), Philosophische Bibliothek, 128. Band, Leipzig 1911
- Föhl, Carl Kreislaufanalytische Untersuchung der Vermögensbildung in der Bundesrepublik und der Beeinflussbarkeit ihrer Verteilung, Gutachten erstellt im Auftrage des Bundeswirtschaftsministeriums vom Institut für angewandte Wirtschaftsforschung Tübingen, Schriftenreihe 2. Band, Tübingen 1964
- Genkin / Bratus / Lunz / Nowizki Sowjetisches Zivilrecht, hrsg. vom Unionsinstitut der Rechtswissenschaften beim Ministerium der Justiz der UdSSR, Band I, Herausgeber der deutschen Übersetzung: Deutsches Institut für Rechtswissenschaft Berlin 1953

- Gierke, Otto Der Entwurf eines Bürgerlichen Gesetzbuches und das Deutsche Recht, Jahrbuch für Gesetzgebung, Verwaltung und Volkswirtschaft, Neue Folge, 12. Jahrgang (1888), Seite 57 ff., 109 ff., Neue Folge, 13. Jahrgang (1889), Seite 183 ff.
- Giersch, Herbert Allgemeine Wirtschaftspolitik, 1. Band, Grundlagen, Wiesbaden 1961
- Gumplowicz, Ludwig Das Eigentum als soziale Tatsache, in: ders., Soziologische Essays, Innsbruck 1899, Seite 63 ff.
- Gumplowicz, Ludwig Rechtsstaat und Sozialismus, Innsbruck 1881
- Hagen, Heinrich Eigentum an Forderungen, Inaugural-Dissertation zur Erlangung der juristischen Doktorwürde an der Rechts- und Staatswissenschaftlichen Fakultät der Universität Marburg 1929 (unveröffentlicht)
- Hasbach, Wilhelm Die allgemeinen philosophischen Grundlagen der von Francois Quesnay und Adam Smith begründeten politischen Ökonomie, in: G. Schmoller (Hrsg.), Staats- und sozialwissenschaftliche Forschungen, 10. Band, Heft 2, Leipzig 1890
- Hedemann, Justus W. Funktionelle Wertung des Eigentums, in: Schweizerische Juristenzeitung, 20. Jahrg. (1923/24), Heft 18, S. 270 ff.
- Hedemann, Justus W. Sachenrecht und Bürgerliches Gesetzbuch, 2. Auflage, Berlin 1950
- Hildebrand, Bruno Die Nationalökonomie der Gegenwart und der Zukunft und andere gesammelte Schriften, in: H. Waentig (Hrsg.), Sammlung sozialwissenschaftlicher Meister, 22. Band, Jena 1922
- Höffner, Joseph Eigentum III
in: Görres-Gesellschaft (Hrsg.), Staatslexikon, Recht Wirtschaft Gesellschaft, 2. Bd., 6. Aufl., Freiburg 1958, Sp. 1066 - 1072
- Hume, David Essays Literary, Moral and Political, 2. Aufl., London 1870

- Hume, David Treatise of Human Nature, Book II, III, in: The Philosophical Works, II. Bd., Edinburgh 1826
- Jenny, Franz Wandlungen des Eigentumsbegriffs, in: Zeitschrift für Schweizerisches Recht, Neue Folge, 51. Band (1932)
- Kloeppel Der Entwurf eines bürgerlichen Gesetzbuches für das Deutsche Reich, in: Beiträge zur Erläuterung Deutschen Rechts, 4. Folge, 2. Jahrgang (Berlin 1888), Seite 643 ff.
- Kloten, Norbert Das Eigentum in der Wirtschaftsordnung, in: Hamburgisches Welt-Wirtschafts-Archiv (Hrsg.), Wirtschaftsdienst, 35 (1955), S. 76 - 83
- Kloten, Norbert Marktwirtschaft, in: Görres-Gesellschaft (Hrsg.), Staatslexikon, Recht Wirtschaft Gesellschaft, 5. Bd., 6. Aufl., Freiburg 1960, Sp. 557 - 567
- Kloten, Norbert Zur Typenlehre der Wirtschafts- und Gesellschaftsordnungen, in: ORDO, Jahrbuch für die Ordnung von Wirtschaft und Gesellschaft, VII. Bd. (1955), S. 123 - 143
- Knies, Karl Die politische Ökonomie vom geschichtlichen Standpunkte, Neue Auflage der Politischen Ökonomie vom Standpunkte der geschichtlichen Methode, Leipzig 1930
- Knies, Karl Der Kredit, zweite Hälfte (1879), in: Geld und Kredit, zweite Abteilung, Leipzig 1931
- Krelle, Wilhelm Verteilungstheorie, Tübingen 1962
- Kruse, Fr. Vinding Das Eigentumsrecht aus dem Dänischen übersetzt von Knud Larsen, Band I - III, Berlin/Leipzig 1931 - 1936
- Kuhla, Walther Eigentum an Forderungen, Inaugural-Dissertation zur Erlangung der juristischen Doktorwürde an der Rechts- und Staatswissenschaftlichen Fakultät der Universität Marburg 1934 (unveröffentlicht)

- Laier, Carla Der Eigentumsbegriff in der Zeit des Naturrechtes und der Aufklärung, Dissertation an der Rechtswissenschaftlichen Fakultät der Universität Köln 1937, Düsseldorf 1937
- Lassalle, Ferdinand System der erworbenen Rechte, Leipzig 1861
- Lassalle, Ferdinand Herr Bastiat-Schulze von Delitzsch der ökonomische Julian oder: Kapital und Arbeit, Berlin 1863
- Leist, Burkhard Über die Natur des Eigentums, in: Zivilistische Studien auf dem Gebiete dogmatischer Analyse, Heft 3, Jena 1859
- Locke, John Zwei Abhandlungen über Regierung nebst Patriarcha von Robert Filmer (Treatise on Government), deutsche Übersetzung von H. Wilmanns, Halle a/S. 1906
- v. Loesch, Achim Die Grenzen einer breiteren Vermögensbildung, Zur Problematik der Eigentumspolitik, Sammlung „res novae, 40. Band, Frankfurt 1965
- Lutz, Friedrich Die Bedeutung der Investition für das Wachstum der Wirtschaft, in: Geld und Währung, Gesammelte Abhandlungen, Tübingen 1962, Seite 185 - 196
- Marx, Karl Das Kapital, Kritik der politischen Ökonomie, 3 Bände, 2. Auflage, Hamburg 1872 - 1894
- McCulloch, J. R. A Treatise on the Succession to Property vacant by Death, London 1848
- McCulloch, J. R. Das Recht am Eigentum, aus: The Principles of Political Economy, 4. Auflage, Edinburgh 1859, Kapitel 2, Abschnitt 1, in: Ausgewählte Lesestücke zum Studium der politischen Ökonomie, 17. Band, Karlsruhe 1924, Seite 54 ff.
- Meade, James Edward Planung und Preismechanismus, in: Probleme nationaler und internationaler Wirtschaftsordnung, Salin/Spiethoff (Hrsg.), Hand- und Lehrbuch aus dem Gebiet der Sozialwissenschaften, Tübingen/Zürich 1955

- Menger, Anton Das Bürgerliche Recht und die besitzlosen Volksklassen, in: Archiv für Soziale Gesetzgebung und Statistik, 2. Bd. (1889), S. 1 - 73, S. 419 - 482
- Menger, Anton Das Recht auf den vollen Arbeitsertrag in geschichtlicher Darstellung, 4. Auflage, Stuttgart/Berlin 1910
- Menger, Anton Neue Staatslehre, Jena 1903
- Menger, Carl Grundsätze der Volkswirtschaftslehre, 2. Auflage, Wien/Leipzig 1923
- Michel, Hartmut Eigentumspolitik, Voraussetzungen und Wirkungen aus psychologischer Sicht, Tübingen 1962
- Mercier de la Riviere L'ordre naturel et essentiel des Sociétés Politiques, 2 Bände, London 1767
- Mill, John Stuart Grundsätze der politischen Ökonomie (7. Auflage 1871), in: H. Waentig (Hrsg.), Sammlung sozialwissenschaftlicher Meister, 17. und 18. Band, Jena 1913, 1921
- Mill, John Stuart Die Freiheit (On Liberty), in: John Stuart Mill's Gesammelte Werke, 1. Band, Leipzig 1869
- Mises, Ludwig Die Gemeinwirtschaft, Untersuchungen über den Sozialismus, 2. Auflage, Jena 1932
- Molitor, Brunno Eigentum I
Soziologie des Eigentums, in: Handwörterbuch der Sozialwissenschaften, 3. Bd., Göttingen 1961, S. 33 - 39
- Molitor, Brunno Vermögensverteilung als wirtschaftspolitisches Problem, Tübingen 1965
- v. Nell-Breuning, Oswald Mitbestimmung, Theorie und Praxis der Gewerkschaften, Frankfurt am Main 1968
- Nipperdey, Hans Carl Soziale Marktwirtschaft und Grundgesetz, in: Schriftenreihe für Kartell- und Konzernrecht des In- und Auslandes, Heft 2, Köln, Berlin, München, Bonn 1961
- Oppenheimer, Franz Weder Kapitalismus noch Kommunismus, 3. Auflage, Stuttgart 1962

- Oppenheimer, Franz Theorie der reinen und politischen Ökonomie, 2. Aufl., Berlin 1911
- Oppenheimer, Franz Grundriß der theoretischen Ökonomik, I. und II. Teil, Jena 1926
- Ortlieb, Heinz Dieter Die Legende vom Volkskapitalismus. Zur Rolle des Privateigentums in unserer heutigen Wirtschaftsordnung und Wirtschaftsstruktur, in: H. D. Ortlieb (Hrsg.), Hamburger Jahrbuch für Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik, 7. Jahr, Tübingen 1962, S. 11 - 31
- Pfister, Bernhard Eigentum IV Eigentum in Gesellschaft und Wirtschaft, in: Görres-Gesellschaft (Hrsg.), Staatslexikon, Recht Wirtschaft Gesellschaft, 2. Bd., Freiburg 1958, Sp. 1072 - 1084
- Preiser, Erich Wirtschaftspolitik heute, München 1967
- Preiser, Erich Wachstum und Einkommensverteilung, in: Sitzungsberichte der Heidelberger Akademie der Wissenschaften, 5. Abhandlung (Jahrgang 1961), Heidelberg 1964
- Preiser, Erich Besitz und Macht in der Distributionstheorie, in: Bildung und Verteilung des Volkseinkommens, 2. Aufl., Göttingen 1961, Seite 227 - 246
- Preiser, Erich Erkenntniswert und Grenzen der Grenzproduktivitätstheorie, in: Bildung und Verteilung des Volkseinkommens, 2. Auflage, Göttingen 1961, Seite 265 - 289
- Preiser, Erich Die Zukunft unserer Wirtschaftsordnung, 3. Auflage, Göttingen 1960
- Pross, Helge Manager und Aktionäre in Deutschland, Untersuchungen zum Verhältnis von Eigentum und Verfügungsmacht, Frankfurter Beiträge zur Soziologie, 15. Band, Frankfurt 1965
- Proudhon, P. J. Was ist das Eigentum ? Untersuchungen über den Ursprung und die Grundlagen des Rechts und der Herrschaft (Qu'est-ce que la propriété ou recherches sur le principe du droit et du gouvernement, Paris 1840), Berlin 1896

- Proudhon, P. J. Die Volksbank (La Banque du Peuple, Paris 1849), Frankfurt/Main 1849
- Proudhon, P. J. Philosophie der Staatsökonomie oder Notwendigkeit des Elends (Systeme des contradictions économique ou Philosophie de la misère, 2 Bände, Paris 1846), Darmstadt 1847
- Quesnay, Francois Allgemeine Grundsätze der wirtschaftlichen Regierung eines ackerbautreibenden Reiches, (Maximes générales du gouvernement économique d'un royaume agricole, 1758) Physiokratische Schriften II, Jena 1921
- Rathenau, Walter Von kommenden Dingen, in: Schriften und Reden, Frankfurt 1964, S. 7 - 233
- Reinhardt, Rudolf Aktienrecht in einer freiheitlichen Wirtschaftsordnung, in: Welche Wirtschaftspolitik kann das Vertrauen des Wählers rechtfertigen, Aktionsgemeinschaft Soziale Marktwirtschaft, Tagungsprotokoll Nr. 9, Ludwigsburg 1958, Seite 97 - 114
- Raiser, Ludwig Eigentum II
Eigentumsrecht, in: Handwörterbuch der Sozialwissenschaften, 3. Bd., Göttingen 1961, S. 39 - 44
- Rauscher, Anton Arbeit und Eigentum in der Problematik der paritätischen Mitbestimmung, in: G. Briefs (Hrsg.), Mitbestimmung? Stuttgart 1967
- Renner, Karl Die Rechtsinstitute des Privatrechts und ihre soziale Funktion, Tübingen 1929
- Renner, Karl Marxismus, Krieg und Internationale, Kritische Studien über offene Probleme des wissenschaftlichen und des praktischen Sozialismus in und nach dem Weltkrieg, 2. Auflage, Stuttgart 1918
- Renner, Karl Wandlungen der modernen Gesellschaft, Zwei Abhandlungen über die Probleme der Nachkriegszeit, Nachgelassene Werke, III. Bd., Wien 1953

- | | |
|---|---|
| Ricardo, David | Grundsätze der Volkswirtschaft und Besteuerung (3. Aufl. 1821), in: H. Waentig (Hrsg.), Sammlung sozialwissenschaftlicher Meister, 5. Bd., 3. Aufl., Jena 1923 |
| Ritschl, Hans | Grundlagen der Wirtschaftsordnung, Veröffentlichungen der Akademie für Gemeinwirtschaft Hamburg, Tübingen 1954 |
| Rittig, Gisbert | Sozialismus und Liberalismus, Eine Studie über das grundsätzliche Verhältnis ihrer wirtschaftspolitischen Konzeption, in: E. Potthoff, K. Schiller, C. Schmid (Hrsg.), Grundfragen moderner Wirtschaftspolitik, 1. Bd., Frankfurt (o. J.), S. 107 - 125 |
| Robbins, Lionel | The Theory of Economic Policy in English Classical Political Economy, London 1952 |
| Robbins, Lionel | Economic Planing an International Order, London 1937 |
| Rodbertus-Jagetzow, Carl | Das Kapital, Vierter Brief an von Kirchmann, in: A. Wagner, T. Kozak (Hrsg.), Aus dem literarischen Nachlaß von Dr. Carl Rodbertus-Jagetzow, 2. Aufl., Berlin 1913 |
| Röpke, Wilhelm | Die Lehre von der Wirtschaft, 8. Aufl., Zürich/Stuttgart 1958 |
| Röpke, Wilhelm | Jenseits von Angebot und Nachfrage, 3. Aufl., Zürich/Stuttgart 1961 |
| Röpke, Wilhelm | Maß und Mitte, Zürich 1950 |
| Roscher, Wilhelm | Grundlagen der Nationalökonomie, 24. Aufl., Stuttgart/Berlin 1906 |
| Saint-Simon,
Claude Henry de Rouvroy | Oeuvres completes de Saint-Simon et d'Enfantin, Paris 1865 - 78 |
| Samter, Adolph | Das Eigentum in seiner sozialen Bedeutung, Jena 1879 |
| Say, Jean Baptiste | Ausführliche Darstellung der Nationalökonomie (Cours d'économie politique pratique, 5. Auflage), 3. Auflage, Heidelberg 1830 |

de Sismondi, Sismonde	Neue Grundsätze der politischen Ökonomie (Nouveaux Principes d'économie politique, 2. Aufl., Paris 1827), in: Bibliothek der Volkswirtschaftslehre und Gesellschaftswissenschaft, 9. und 10. Band, Berlin 1901/02
Smith, Adam	Eine Untersuchung über Natur und Wesen des Volkswohlstandes (An Inquiry into the Nature and Causes of the Wealth of Nations, 4. Aufl., 1786, in: H. Waentig (Hrsg.), Sammlung sozialwissenschaftlicher Meister, 3. Bd., Jena 1908 - 1923
Sombart, Werner	Die Ordnung des Wirtschaftslebens, Berlin 1925
Sombart, Werner	Der moderne Kapitalismus, 2 Bände, 6. Aufl., München 1924
Spiegelhalter, Franz	Eigentum und Wirtschaftsordnung, Paderborn o. J.
v. Stackelberg, Heinrich	Grundlagen der theoretischen Volkswirtschaftslehre, Bern/Tübingen 1951
Stammler, Rudolf	Eigentum und Besitz, in: Handwörterbuch der Sozialwissenschaften, 3. Band, 2. Aufl., Jena 1900
Stammler, Rudolf	Wirtschaft und Gesellschaft nach materialistischer Geschichtsauffassung, Leipzig 1896
Stammler, Rudolf	Lehrbuch der Rechtsphilosophie, Berlin/Leipzig 1923
Stier, Günther	Das sogenannte wirtschaftliche und formaljuristische Eigentum, Dissertation an der Universität Marburg 1933 (unveröffentlicht)
Schäffle, Albert	Das gesellschaftliche System der menschlichen Wirtschaft, 2 Bände, 3. auflage, Tübingen 1873
Schäffle, Albert	Bau und Leben des sozialen Körpers, 3 Bände, Tübingen 1875 - 1878
Schiller, Karl	Sozialismus und Wettbewerb, in: E. Potthoff, K. Schiller, C. Schmid (Hrsg.), Grundfragen moderner Wirtschaftspolitik, Veröffentlichungen der Gesellschaft zur Förderung der politischen Wissenschaften, 1. Bd., Frankfurt (o. J.) S. 227 - 265

- Schiller, Karl Der Christ und das Eigentum, in: Aufgaben und Versuche zur Ordnung von Gesellschaft und Wirtschaft, Hamburg 1953, Seite 47 ff.
- Schloßmann Über den Begriff des Eigentums, in: Iherings Jahrbücher für die Dogmatik des bürgerlichen Rechts, Zweite Folge: Band 9 (1903), Seite 289 ff.
- Schmoller, Gustav Über einige Grundfragen des Rechts und der Volkswirtschaft, Ein Iffenes Sendschreiben an H. v. Treitschke 1874/75, in: ders., Über einige Grundfragen der Sozialpolitik und der Volkswirtschaftslehre, Leipzig 1898, Seite 1 ff.
- Schmoller, Gustav Die soziale Frage, Klassenbildung, Arbeiterfrage, Klassenkampf, München/Leipzig 1918
- Schmoller, Gustav Grundriß der allgemeinen Volkswirtschaftslehre, 1. Teil, 13. und 14. Auflage, München/Leipzig 1920
- Schmölders, Günter Eigentum und Eigentumspolitik, in: Walter-Raymond-Stiftung (Hrsg.), Eigentum und Eigentümer in unserer Gesellschaftsordnung, Köln und Opladen 1960
- Schumpeter, Joseph Kapitalismus, Sozialismus und Demokratie, 2. Aufl., München 1950
- Tönnies, Ferdinand Das Eigentum, in: Schriften der Soziologischen Gesellschaft in Wien, 5. Band, Wien/Leipzig 1926
- del Vecchio, Giorgio Lehrbuch der Rechtsphilosophie, übersetzt aus dem Italienischen von Darmstaedter, 2. Aufl., Basel 1951
- Wagner, Adolph Die Abschaffung des privaten Grundeigentums, Leipzig 1870
- Wagner, Adolph Grundlegung der politischen Ökonomie, Teil II: Volkswirtschaft und Recht, besonders Vermögensrecht, 3. Aufl., Leipzig 1894
- Wallraff, Hermann J. Eigentum VII
Eigentumspolitik, in: Görres-Gesellschaft (Hrsg.), Staatslexikon, Recht Wirtschaft Gesellschaft, 2. Bd., 6. Aufl., Freiburg 1958, Sp. 1085 - 1089

- Wallraff, Hermann J. Eigentumspolitik, Arbeit und Mitbestimmung, Köln 1968
- Warschauer Grundlinien zu einer Philosophie des Eigentums, in: Deutsche Richterzeitung, III. Jahrgang (1911), Sp. 709 - 715
- Weber, Max R. Stämmers „Überwindung“ der materialistischen Geschichtsauffassung, in: J. Winckelmann (Hrsg.), Gesammelte Aufsätze zur Wissenschaftslehre von Max Weber, 2. Auflage, Tübingen 1951, S. 291 - 359
- Weber, Marianne Fichte's Sozialismus und sein Verhältnis zur Marx'schen Doktrin, 2. Auflage, in: Volkswirtschaftliche Abhandlungen der Badischen Hochschulen, 4. Band, 3. Heft, Tübingen 1925
- Weisser, Gerhard Vermögen und Vermögenspolitik, in: Handwörterbuch der Sozialwissenschaften, 11. Bd., Göttingen 1961, S. 163 - 187
- Weisser, Gerhard Die Eigentumsbildung als Mittel des sozialen Ausgleichs, in: Wirtschaftsdienst 35 (1955), S. 84 - 92
- Weisser, Gerhard Freiheitlicher Sozialismus, in: Handbuch sozialdemokratischer Politik, Bonn 1953, S. 63 ff.
- Wieacker, Franz Die Forderung als Mittel und Gegenstand der Vermögenszuordnung, ein Beitrag zur Kritik der Unterscheidung zwischen Schuldrecht und Sachenrecht, in: Deutsche Rechtswissenschaft, 6. Bd. (1941), S. 49 ff.
- Wieacker, Franz Sachbegriff, Sacheinheit und Sachzuordnung, in: Archiv für civilistische Praxis, Neue Folge, 28. Bd. (1943), S. 57 ff.
- Wieacker, Franz Zum System des deutschen Vermögensrechts, in: Leipziger rechtswissenschaftliche Studien, Heft 126 (1941)

Lebenslauf

Eva-Maria Monski wurde am 15. Juli 1931 in Königsberg i. Pr. geboren. Während der Jahre 1938 bis 1952 besuchte sie die Volksschule in Königsberg, das Luisen-Lyzeum in Königsberg und die Städtische Oberschule für Mädchen in Osnabrück. Das Abitur wurde 1952 an der Städtischen Oberschule in Osnabrück abgelegt. Von 1952 bis 1953 folgte ein Studium der Rechtswissenschaften an der Universität Münster i. W., von 1954 bis 1957 ein Studium der Wirtschafts- und Sozialwissenschaften an den Universitäten Münster i. W. und München. Die Diplomprüfung für Diplom-Volkswirte wurde 1957 an der Universität München abgelegt. Von 1959 bis 1962 erfolgte die Einstellung beim Staatswirtschaftlichen Seminar der Universität München und die überwiegende Zuteilung zu dem Lehrstuhl von Herrn Professor Dr. Bernhard Pfister zur Unterstützung bei wissenschaftlichen Arbeiten. Seit 1966 ist die Verfasserin hauptamtliche Dozentin an der Deutschen Außenhandels- und Verkehrsschule (Höhere Wirtschaftszweig-Fachschule HWF) in Bremen für die Fachbereiche Volkswirtschaftslehre, Außenwirtschaftspolitik und Statistik.

